



UNTER DER FAHNE DER REVOLUTION

Theoretisches Journal der Liga der Sozialistischen Revolution | österreichische Sektion der Liga für die 5. Internationale

Ausgabe 5 | Sept 2010

Preis € 4

Österreichs Wirtschaft: Zwischen Aufschwung und Rezession

Michael Pröbsting

Welche Fünfte Internationale brauchen wir? Zur Frage der Strategie und des Programms der Fünften Internationale

Michael Pröbsting

Thesen zur Geschichte des österreichischen Trotzkismus 1927-1950

ArbeiterInnenstandpunkt

Die Geschichte der Frauenbewegung und ihre Klassendifferenzen

Nina Gunić

ARCHIV DES MARXISMUS

Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Kommunistischen Parteien

Kommunistische Internationale (1921)

FAREV#5 Inhalt

Österreichs Wirtschaft: Zwischen Aufschwung
und Rezession S.3

Welche Fünfte Internationale brauchen wir?
Zur Frage der Strategie und des Programms
der Fünften Internationale und den Lehren
der vergangenen Internationalen S.8

Thesen zur Geschichte des
österreichischen Trotzismus 1927-1950 .. S.18

Die Geschichte der Frauenbewegung
und ihre Klassendifferenzen S.29

ARCHIV DES MARXISMUS

Kommunistische Internationale: Thesen über die
Methoden und Formen der Arbeit unter
den Frauen der Kommunistischen
Parteien (1921) S.33

Kontaktadressen

www.sozialistische-revolution.org

sozialistische-revolution@gmx.net

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Tel.: 0650/4068314

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: "Gruppe Arbeiterstandpunkt" (ASt), Stiftgasse 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00, BLZ 12000, Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckwerkes "ArbeiterInnenstandpunkt" ist zu 100% die Partei "Gruppe Arbeiterstandpunkt" (ASt) Amerlinghaus, Stiftg. 8, 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiterbewegung.

Editorial

Die 5. Ausgabe von „Unter der Fahne der Revolution“ (FAREV) – dem theoretischen Journal der Liga der Sozialistischen Revolution (LSR) – behandelt verschiedene aktuelle und historische Fragen der revolutionären ArbeiterInnenbewegung. Einerseits widmen wir uns wichtigen analytischen und programmatischen Themen der Gegenwart. Die wirtschaftliche Entwicklung des österreichischen Kapitalismus liefert den Hintergrund für die Angriffe der herrschenden Klasse. In unserem Beitrag arbeiten wir heraus, wie instabil sich die Konjunktur entwickelt und wie sehr daher die KapitalistInnenklasse gezwungen ist, ihre Profite auf Kosten der ArbeiterInnenklasse abzusichern. In einem Beitrag zur Strategiediskussion um die Perspektiven der Fünften Internationale legen wir unsere Konzepte für den Aufbau einer neuen revolutionären Weltpartei dar und Grenzen sie von den falschen Konzepten der boliviarischen oder der stalinistischen Linken ab. Andererseits greifen wir aber auch historische Themen auf, denn die Geschichte ist eine der wichtigsten Quellen, aus der wir lernen können. Wir veröffentlichen hier daher ein älteres Dokument unserer Organisation zur Geschichte des österreichischen Trotzismus 1927-1950. Der ausführlichste Teil in dieser Ausgabe des FAREV widmet sich der Frauenbefreiung. Die LSR veröffentlicht seit geraumer Zeit Artikeln zu dieser Frage und gibt seit dem Frühjahr 2010 – gemeinsam mit Aktivistinnen der Jugendorganisation REVOLUTION – eine eigene Frauenzeitung heraus, die „RevolutionärIN“. Diese inhaltliche Schwerpunktsetzung geht Hand in Hand mit einer verstärkten Praxis in der Arbeit unter Frauen und ihrer Gewinnung für das Programm der sozialistischen Revolution. Daher veröffentlichen wir hier einen – ursprünglich in unserer Zeitung BEFREIUNG publizierten – Artikel über die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung. Und wir drucken eine ausführliche Resolution der Kommunistischen Internationale aus dem Jahr 1921 über die Arbeit unter Frauen ab.

Wien, 2.9.2010
FAREV-Redaktion

ZWISCHEN AUFSCHWUNG UND REZESSION

Die Widersprüche des kapitalistischen Profitsystems sorgen für eine unsichere Lage der Wirtschaft Österreichs

Von Michael Pröbsting

Die kapitalistische Wirtschaft in Österreich steht – im Gleichklang mit der kapitalistischen Weltwirtschaft – auf höchst wackeligen Beinen. Die inneren Gegensätze der Profitwirtschaft machen eine stabile, nachhaltige Entwicklung, die zu einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit und einem Wohlstand für alle führt, unmöglich. Die gegenwärtige Konjunkturlage ist zugleich ein Resultat der Wirtschaftsentwicklung in der vergangenen Periode als auch ein Bruchpunkt mit dieser. (1)

Offizieller Optimismus

Die der herrschenden Klasse nahestehenden Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS bemühen sich um offiziellen Optimismus über die Wachstumsaussichten der kapitalistischen Wirtschaft in Österreich. Das WFO titelt seine aktuelle Prognose „Starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im II. Quartal“.

Dieser Optimismus beruht auf der Berechnung, daß Österreichs Wirtschaft im 2. Quartal (also April-Juni) 2010 um +0,9% im Vergleich zum Vorquartal (im folgenden als Q-Q abgekürzt) und +1,9% im Vergleich zum Vorjahr (im folgenden als J-J abgekürzt) wuchs. (2) Dieses Wachstum ist zwar in der Tat eine Verbesserung im Vergleich zu den letzten eineinhalb Jahren, in denen die Wirtschaft ihren schwersten Einbruch seit den 1930er Jahren erlebte. Wie in Tabelle 1 ersichtlich brachen 2009 das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) um -3,5%, die Industrieproduktion um -11,5% und die Brutto-Anlageinvestitionen um -8,1% ein. Nimmt man das verfügbare Nettonationaleinkommen – also das BIP minus den Abschreibungen – her, fiel der Einbruch 2009 mit -4,5% sogar noch schwerwiegender aus. (3)

Aber angesichts der Tiefe des Einbruchs ist der jetzige Aufschwung eindeutig schwach und verläuft im Gegensatz zum üblichen Verlauf des kapitalistischen Konjunkturzyklus, wo normalerweise auf eine Rezession ein starker Aufschwung folgt. Man sehe sich nur folgende Zahlen an: offiziell befindet sich Österreich – wie die meisten Länder der Weltwirtschaft – seit Beginn des 2. Halbjahres 2009 im Aufschwung. Doch statt einer kräftigen Konjunkturbelebung sehen wir ein Wachstum des BIP (Q-Q) von gerade mal +0,6 (Q3 2009), +0,4% (Q4 2009), 0,0% (Q1 2010) und nun eben +0,9 (Q2 2010). Wie wir später zeigen werden, stellt Österreich hier keine Ausnahme dar, sondern die kapitalistische Wirtschaft befindet sich weltweit in einer Periode, in der der Zyklus und der allgemeine Rhythmus nicht „normal“ verlaufen.

Die Schwäche des Aufschwungs wird aber auch offensichtlich, wenn man sich ansieht, auf welche Faktoren dieses Wachstum

zurückgeht. Denn der mit Abstand wichtigste Faktor für das Wachstum im 2. Quartal waren die Exporte ins Ausland, die mit +2,2% (Q-Q) zunahmen. Stattdessen wuchs der private Konsum im Inland um nur +0,2% und die Brutto-Anlageinvestitionen schrumpften sogar um -0,2%, nachdem sie bereits im 1. Quartal um -0,9% zurückgingen.

Die aktuellen Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung heuer und 2011 lauten daher: das Brutto-Inlandsprodukt soll heuer um +1,2% und 2011 um +1,6% wachsen, die Industrieproduktion um +3,5% bzw. +5,8% und die Brutto-Anlageinvestitionen sollen heuer um -3,2% schrumpfen und 2011 um +1,9% leicht wachsen. (5)

Langfristige Entwicklung hin zu Niedergang

Die schwere Wirtschaftskrise 2008-09 stellt einen Wendepunkt in der Geschichte des modernen Kapitalismus dar. Die Widersprüche der Globalisierung schließlich zur schwersten Krise der Weltwirtschaft seit 1929. Die weltweite Industrieproduktion brach im Verlauf der Rezession um 12-13% ein (6), andere Angaben für die imperialistischen Industrieländer sprechen von einem Rückgang von 18,9%. (7)

Schon seit den 1970er Jahren erlebte der österreichische Kapitalismus im Gleichschritt mit der Weltwirtschaft eine Zunahme an Krisen und eine sich abschwächende Wachstumsdynamik. Da wir diese Entwicklung an anderer Stelle ausführlich dargelegt haben, wollen wir uns hier darauf beschränken, einige Zahlen zur Untermauerung unserer These anzuführen. (8) Nehmen wir zuerst die Entwicklung des weltweiten Brutto-Inlandsproduktes im Zeitraum 1971-2009 in Tabelle 2. Das Brutto-Inlandsprodukt ist zwar ein ungenauer Indikator für das Wachstum der Werteproduktion, nicht zuletzt auch deswegen, weil es den spekulativen Finanzsektor miteinberechnet. Da er jedoch die bevorzugte Wirtschaftskategorie der bürgerliche Ökonomen ist, findet sich das dazu meiste Datenmaterial.

Diese langfristige Tendenz des schwächer werdenden Wirtschaftswachstums beruht auf der sich verschärfende Tendenz der Überakkumulation des Kapitals. Für die KapitalistInnen wird es immer schwieriger, ihr Kapital profitabel anzulegen und sie investieren ihre Gewinne daher immer weniger in die Produktion und immer mehr in Spekulation u.ä. Dies führt zu einer Stockung des Kapitalakkumulationsprozesses, also einer Verlangsamung der Investitionstätigkeit. Dies zeigt auch die folgende Tabelle 3 eindrucksvoll, die die Entwicklung der Wachstumsraten der Brutto-Anlageinvestitionen in den imperialistischen Zentren 1961-2010 anzeigt.

Tabelle 1: Österreichs Wirtschaft 2006-2011 (4)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Brutto-Inlandsproduktes	+3.5%	+3.5%	+2.0%	-3.5%	+1.2%	+1.6%
Industrieproduktion	+9.0%	+7.3%	+3.9%	-11.5%	+3.5%	+5.8%
Brutto-Anlageinvestitionen	+2.4%	+3.8%	+1.0%	-8.1%	-3.2%	+1.9%

Diese globale Niedergangstendenz der Weltwirtschaft machte auch vor dem österreichischen Kapitalismus nicht halt. Auch wenn es natürlich bestimmte lokale Besonderheiten gibt, verläuft im großen und ganzen die Entwicklung des österreichischen Kapitalismus im Gleichschritt mit der weltweiten Entwicklung. Dies wird offensichtlich, wenn man sich die Entwicklung des Brutto-Inlandsproduktes in Österreich im Zeitraum 1961-2010 in Tabelle 4 sowie die Entwicklung der Kapitalakkumulation (in Tabelle 7 weiter unten) ansieht. Ähnlich wie in der Weltwirtschaft können wir hier eine deutliche Abflachung der Wachstumsdynamik feststellen.

Rasant wachsende Staatsschulden

Kommen wir zur gegenwärtigen Wirtschaftskonjunktur zurück. Neben dem Export spielen auch die enorm gestiegenen Staatsausgaben, die der bürgerliche Staat dem Kapital zu Verfügung stellte bzw. stellt eine zentrale Rolle für den Wirtschaftsaufschwung seit einem Jahr.

Es ist daher kein Wunder, daß das Budgetdefizit – also das jährliche Minus zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen – sowie die angehäuften Staatsschulden im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung enorm ansteigen.

Wie die Tabelle 5 zeigt, beträgt das Budgetdefizit heuer knapp 13,4 Mrd. Euro oder -4,7% des BIP. Das entspricht einer Verzehnfachung des Wertes von 2008! Die gesamte Staatsverschuldung wird heuer auf über 198 Mrd. Euro oder 70,2% des BIP anwachsen, was ebenfalls deutlich höher liegt als vor Beginn der Krise. Eine wichtige Folge davon ist, daß der Staat alleine heuer den in- und ausländischen FinanzkapitalistInnen für aufgenommenen Kredite 8 Mrd. Euro an Zinsen zahlt.

Aus Platzgründen können wir hier nicht ausführlicher auf die Ursachen und Auswirkungen der rasant wachsenden Staatsverschuldung eingehen und verweisen auf die aktuelle LSR-Broschüre zu diesem Thema. (13) Wir wollen hier nur kurz folgende Beobachtungen festhalten.

Erstens ist die Staatsverschuldung nicht nur hoch, sondern zeichnet sich durch eine rasante Wachstumsdynamik aus. Sie hat innerhalb weniger Jahr stark zugenommen und sie wird noch weiter ansteigen. Der Rechnungshof geht in seiner Prognose davon aus, daß der Bund 2013 bereits 11,4 Mrd. Euro für Zin-

Tabelle 2: Wachstumsraten des Welt-Brutto-Inlandsproduktes 1971-2009 (in % pro Jahr) (9)

1971-1980	+3.8%
1981-1990	+3.2%
1991-2000	+2.6%
2001-2009	+2.36%

Tabelle 3: Wachstumsraten der Brutto-Anlageinvestitionen in den imperialistischen Zentren 1961-2010 (in % pro Jahr) (10)

	USA	Japan	EU-15
1961-1970	+4.7%	+15.7%	+5.9%
1971-1980	+3.9%	+3.5%	+1.8%
1981-1990	+3.0%	+5.7%	+2.7%
1991-2000	+6.4%	-0.6%	+2.2%
2001-2010	-0.9%	-2.2%	+0.2%

szahlungen aufwenden wird müssen. Das wären 15,2% des veranschlagten Jahresbudgets! (14)

Zweitens zeigt dies auch, wessen Interessen der bürgerliche Staat dient: nämlich der KapitalistInnenklasse. Denn der Hauptgrund des Anstiegens der Staatsverschuldung sind die massiven staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für die Banken und Konzerne. Alleine die Banken bekamen bislang 35 Mrd. Euro ohne Wenn und Aber zur Verfügung gestellt. Insgesamt dürften die staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen einen Umfang von knapp 14% des BIP im Jahre 2009 ausgemacht haben. Jetzt will sich der Staat das Geld von der ArbeiterInnenklasse durch Sparpakete und Steuererhöhungen holen!

Insgesamt gilt es, folgendes festzuhalten: das dramatische Anwachsen der Staatsverschuldung hat zwar eine noch schwere Krise verhindert und kann auch kurzfristig einen Konjunkturaufschwung befördern. Ebenso ist das Aufblähen des Kreditapparates ein einträgliches Geschäft für den einzelnen Finanzkapitalisten. Insgesamt aber wirkt sich die wachsende Verschuldung als Bremse aus. Denn ein immer größerer Teil der in der Produktion geschaffenen Werte muß zur Rückzahlung von Schulden verwendet werden.

Job- und Lohnverluste für die ArbeiterInnenklasse

Die Kosten der kapitalistischen Wirtschaftskrise zahlen in erster Linie natürlich nicht die Kapitalisten selber, sondern die ArbeiterInnenklasse – also all jene, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die UnternehmerInnen oder ihren Staat zu verkaufen.

So schnellten in den letzten Jahren die offiziellen Arbeitslosenstatistiken trotz aller Verschönerungsbemühungen der Regierung dramatisch in die Höhe. Obwohl der Staat zehntausende Arbeitslose in Kurse steckt und sie somit aus der offiziellen Statistik verschwinden läßt, stieg die offizielle Zahl jener, die einen Job suchen von 212.000 (2008) auf 260.000 (2009). Im 1. Quartal 2010 waren es sogar schon 301.000 und im 2. Quartal schließlich 230.000. (15)

Diese Zahlen zeigen, daß der Kapitalismus vom Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts und der Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung ein völlig absurdes System ist. Die UnternehmerInnen in der Privatwirtschaft bzw. der kapitalistische Staat im öffentlichen Dienst zwingen den Lohnabhängigen viele Überstunden auf und versuchen seit Jahren alles, um die Lebensarbeitszeit auszuweiten und ihnen erst so spät wie möglich den Eintritt in die wohlverdiente Pension zu gestatten. Gleichzeitig suchen immer mehr Menschen verzweifelt einen Job. Die, die eine Arbeit haben, müssen also immer mehr arbeiten und dafür gibt es immer mehr, die keine Arbeit haben! Das ist die Logik des Kapitalismus, in dem nur der Profit einer kleinen Minderheit – nämlich der Eigentümer der Betriebe – zählt.

Eine Berechnung der Statistik Austria im Jahre 2008 ergab, daß die Zahl der Überstunden kontinuierlich ansteigt. Insgesamt 822.000 Lohnabhängige leisteten im Durchschnitt 8,8 Überstunden pro Woche. In absoluten Zahlen wurden 2008 rund 375 Mio. Überstunden geleistet. Das sind mehr Arbeitsstunden, als alle Arbeitslosen Österreichs bewältigen könnten. Rechnet man die in Österreich geleisteten Überstunden in 40-Stunden-Wochen um, würde das einem Arbeitskräftepotenzial von fast 190.000 Personen entsprechen. Das ist nicht viel weniger, als damals als arbeitslos gemeldet werden. Kurz und gut: würden statt den

Tabelle 4: Wachstumsraten des Brutto-Inlandsproduktes in Österreich 1961-2010 (in % pro Jahr) (11)

1961-1970	+4.7%
1971-1980	+3.6%
1981-1990	+2.2%
1991-2000	+2.5%
2001-2010	+1.5%

Überstunden neue Beschäftigte eingestellt werden, könnte man die Arbeitslosigkeit dramatisch verkürzen! (16)

Zu all dem kommt noch, daß ein Gutteil der Überstunden von den KapitalistInnen nicht bezahlt wird. Laut ÖGB mußten Lohnabhängige 27% der Überstunden unbezahlt leisten. 245.000 ArbeiterInnen mußten mehr als zehn Überstunden, 120.000 sogar mehr als 15 Überstunden pro Woche leisten.

Ebenso mußten die ArbeiterInnen die Krise auf der Ebene der Löhne ausbaden. Den offiziellen Prognosen zufolge werden die Nettoeallöhne pro Kopf 2010 und 2011 jeweils um -0.5% zurückgehen. (17)

Auch hier sehen wir, daß diese jüngsten Entwicklungen sich einfügen in die langfristige Tendenz des stetigen Wachstums der Gewinne auf Kosten der Löhne. Während die Arbeitnehmerentgelte zwischen 1995 und 2009 um +49% anstiegen, wuchsen die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen im gleichen Zeitraum um 73.3%. (18) Mit folgender Tabelle 6 können wir uns einen Überblick verschaffen, wie in den vergangenen Jahrzehnten der Anteil der Gewinne am jährlichen Gesamteinkommen deutlich gewachsen und jener der Löhne ebenso deutlich gesunken ist. Betrag der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am BIP 1976 noch 56.7%, waren es 1989 bloß noch 52.6%, 1999 52.2% und 2009 gar nur noch 50.9%. Der Anteil der Gewinne hingegen wuchs im gleichen Zeitraum von 31.0% auf 35.0%, 35.9% und 2009 gar auf 38.3%.

Wackeliger Aufschwung mit schwachem Motor

Was also sagen all diese Zahlen über die Wirtschaftslage aus? Sie besagen erstens, daß der Aufschwung bislang – nach einem Jahr offizieller Konjunkturerholung – sehr schwach ausfällt.

Die offiziellen Statistiken besagen zweitens, daß der Aufschwung – zumindest bis jetzt – nicht auf einer Dynamik der Produktion und der Nachfrage im Inland beruht, sondern vom Weltmarkt und den Staatsausgaben abhängig ist. Finden die Exporte der österreichischen Wirtschaft keine Abnehmer oder würde der Staat dem Kapital nicht unter die Arme greifen, wäre der Konjunkturaufschwung beim jetzigen Stand der Dinge schon wieder zu Ende.

Dies ist die Folge zweier, miteinander zusammenhängender Faktoren. So wie faktisch in allen kapitalistischen Ländern sehen auch in Österreich die UnternehmerInnen keine ausreichenden Profitaussichten in der Produktion. Sie verwenden daher ihre Gewinne lieber für Investitionen in Staatsanleihen, Börsenspekulationen oder auch in profitableren Bereichen im Ausland bzw.

auch für die Rückzahlung der Schulden. Das IHS meint dazu: „Mehrere Faktoren reduzieren die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Hierbei ist insbesondere die niedrige Kapazitätsauslastung zu nennen, aber auch ungünstige Finanzierungsbedingungen sowie die weiterhin bestehenden Unsicherheiten über die Wirtschaftsentwicklung.“ (20) Das Resultat ist eine seit langem stagnierende Dynamik der Investitionen. Wie die Tabelle 7 zeigt, sind die Brutto-Anlageinvestitionen in den Jahren 2001-2010 in Österreich im Durchschnitt um 0.2% zurückgegangen, nachdem sie auch schon davor eine abschwächende Wachstumsdynamik hatten. Kurz und gut, die Kapitalakkumulation ist schon seit längerem auf- und mangelnder Profitaussichten ins Stottern gekommen.

Bei einer krisenhaften Wirtschaft ist es kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit steigt und die Realeinkommen und damit der Konsum stagniert. Daher ist das Wachstum der Nachfrage nach Waren gebremst.

Unsichere Lage der Weltwirtschaft

Damit kommen wir auch zur dritten Schlußfolgerung. Die (zumindest bisherige) Abhängigkeit des Aufschwungs vom Export bedeutet, daß aufgrund der höchst unsicher Aussichten des Weltmarkts auch die Perspektiven der österreichischen Wirtschaft auf sehr wackeligen Beinen stehen.

Betrachten wir dazu kurz die Aussichten der Weltwirtschaft. Diese verlaufen relativ widersprüchlich. Bei der größten kapitalistischen Wirtschaftsmacht – den USA – verläuft der Aufschwung bisher ebenfalls sehr gedämpft. Nach einem etwas kräftigeren Wachstum im 1. Quartal 2010 mit +3.7% fiel das 2. Quartal mit +1.6% weitaus schlechter aus als ursprünglich prognostiziert. (22) Manche Ökonomen rechnen sogar für das 3. Quartal mit einem neuerlichen Abrutschen der US-Wirtschaft von -0.5% bis -1.0% in eine Rezession. (23) Jedenfalls befindet sich der BIP-Output noch immer um 2.5% und die Industrieproduktion sogar um 6.6% unterhalb des Höhepunkts des vergangenen Konjunkturzyklus im Jahre 2007. (24)

Die deutsche Wirtschaft wuchs stärker mit einem Zuwachs von 2.2% (Q-Q) im 2. Quartal bzw. 3.7% (J-J). (25) Auch hier spielt der Export eine wichtige Rolle. Andere Länder in der Europäischen Union – wie z.B. Spanien – befinden sich bereits mit einem Fuß in einer Rezession.

Gleichzeitig muß man auch die Anzeichen dafür sehen, daß die Produktion und die Akkumulation des Kapitals – wenn auch von einem relativ niedrigen Niveau ausgehend – wieder in Schwung kommt. So stieg die Industrieproduktion in den USA zwischen

Tabelle 5: Schulden, Budgetdefizit und staatliche Zinszahlungen in Österreich 2001-2009 (12)

in Millionen Euro							
	2001	2003	2006	2007	2008	2009	2010
Finanzierungssaldo des Staates	-20	-3.170	-3.855	-1.129	-1.232	-9.496	-13.370
Zinszahlungen des Staates	7.214	6.593	7.060	7.426	7.166	7.489	7.989
Primärsaldo des Staates	7.194	3.423	3.205	6.297	5.934	-2.007	-5.381
Schuldenstand Gesamtstaat	142.598	146.300	159.450	161.033	176.544	184.105	198.380
in % des BIP							
	2001	2003	2006	2007	2008	2009	2010
Finanzierungssaldo des Staates	0,0%	-1,4%	-1,5%	-0,4%	-0,4%	-3,4%	-4,7%
Zinszahlungen des Staates	3,4%	3,0%	2,8%	2,7%	2,5%	2,7%	2,8%
Primärsaldo des Staates	3,4%	1,5%	1,3%	2,3%	2,1%	-0,7%	-1,9%
Schuldenstand Gesamtstaat	-67,1%	-65,5%	-62,2%	-59,5%	-62,6%	-66,4	-70,2

Juli 2009 und Juli 2010 um 7.7% an. Die industrielle Kapazitätsauslastung lag im Juli 2010 mit 74.8% deutlich über den 69.1% ein Jahr zuvor. Daß das dies allerdings für einen Aufschwung ein sehr niedriger Stand ist und dem Niveau des Tiefpunktes (!) der Rezessionen 1974-75 oder 2000-2001 entspricht, soll auch nicht unerwähnt bleiben. (26) Die Brutto-Anlageinvestitionen stiegen um 3.3% im ersten und um 19.5% im zweiten Quartal. (27)

Auch in den USA spielt die staatskapitalistische Intervention in die Wirtschaft nach wie vor eine entscheidende Rolle dabei, um ein erneutes Abgleiten in eine schwere Rezession zu verhindern. Eine aktuelle Studie kommt zu der Einschätzung, daß ohne die staatliche Unterstützungsmaßnahmen das BIP im Jahre 2010 um 11.5% geringer wäre und 8 ½ Millionen Menschen weniger einen Job hätten. (28) Das Etatbüro des Kongresses (CBO) schätzt, daß die staatlichen Maßnahmen seit März 2009 in der Höhe von 814 Milliarden Dollar für 1.7% bis 4.5% des Wachstums zwischen April und Juni 2010 verantwortlich sind. (29)

Ebenso haben wir in Europa einen Aufschwung der Industrieproduktion und der industriellen Kapazitätsauslastung. So wuchs die Industrieproduktion in der Euro-Zone in diesem Jahr deutlich, liegt aber noch immer 2.9% niedriger als im Jahre 2005. Die industrielle Kapazitätsauslastung liegt mit 77.4% deutlich höher als am Höhepunkt der Krise (70.3%), aber noch immer unterhalb des Vorkrisenniveaus (81.8% im Jahre 2008). (30)

Noch mehr als in Österreich ist das Ergebnis der massiven staatskapitalistischen Intervention der Regierung ein extremes Anwachsen der öffentlichen Verschuldung. Innerhalb weniger Jahre – zwischen 2007 und 2011 – wird sich die Verschuldung der imperialistischen Staaten im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung im Falle der EU um fast die Hälfte, der USA um 2/3 und in Japan um zumindest knapp 1/20 (allerdings ausgehend von einem bereits extrem hohen Niveau) erhöhen. (siehe Tabelle 8)

Ohne diese massive Ausweitung der staatlichen Verschuldung hätte es längst bereits einen neuerlichen Crash gegeben. Kein Wunder also, daß diverse ÖkonomInnen darüber spekulieren,

ob die Weltwirtschaft vor einer neuen Rezession steht. Auch wenn wir dies gegenwärtig nicht genau vorhersehen können, so ist es offensichtlich, daß die Wirtschaft wenn schon nicht in eine neue Rezession abrutscht, so doch auf jeden Fall von einer relativ schwachen Akkumulations- und Wachstumsdynamik gekennzeichnet ist. Und diese schwache Wachstumsdynamik beruht auch darauf, daß die kapitalistischen Staaten enormen Summen an Unterstützungsmitteln für ihre Bourgeoisie aufbringen.

Klassenkampf gegen die kapitalistische Krise

Um diese staatskapitalistischen Unterstützungsmaßnahmen zu finanzieren, greift der Staat wiederum die sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse an. Die ArbeiterInnenklasse wird daher sozusagen an zwei Fronten gleichzeitig angegriffen. Einerseits von den KapitalistInnen direkt, die ihre Profite durch Steigerung des absoluten Mehrwerts zu steigern versuchen (dadurch die Löhne senken) und gleichzeitig wenig in die Ausweitung der Produktionskapazitäten investieren (und dadurch kaum Arbeitsplätze schaffen). Und andererseits greift der kapitalistische Staat Sozialleistungen an und raubt der ArbeiterInnenklasse auch dort ihre erworbenen Errungenschaften. Arbeitslosigkeit und Armut werden daher nicht zurückgehen, sondern im Gegenteil zunehmen.

Kurz und gut: Wir stehen am Beginn einer historischen Krise des Kapitalismus selbst. Die KapitalistInnen werden alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um nicht von dem Strudel der Krise hinab gerissen zu werden und sich auf Kosten der ArbeiterInnenklasse über Wasser zu halten. Daher stehen in Österreich ebenso wie weltweit schwere Sparpakete und Angriffe auf die Löhne und Arbeitsplätze an. Damit die ArbeiterInnenklasse diese Krise nicht mit Blut, Schweiß und Tränen bezahlt, müssen wir einen breiten Widerstand dagegen aufbauen und letztlich das kapitalistische System als ganzes stürzen und durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen. ■

Tabelle 6: Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte und Gewinne in % des BIP 1978-2009 (19)

	ArbeitnehmerInnenentgelt	Betriebsüberschuß und Selbständigeneinkommen
1976	56.7%	31.0%
1989	52.6%	35.0%
1999	52.2%	35.9%
2009	50.9%	38.3%

Tabelle 7: Wachstumsraten der Brutto-Anlageinvestitionen in Österreich 1961-2010 (in % pro Jahr) (21)

1961-1970	+5.9%
1971-1980	+3.9%
1981-1990	+2.0%
1991-2000	+2.7%
2001-2010	-0.2%

Tabelle 8: Verschuldung der imperialistischen Staaten 2007 – 2011 (in % des BIP) (31)

	USA	Japan	EU-15
2007	62.2%	187.8%	60.5%
2011	103.0%	194.9%	86.5%

Fußnoten

- (1) Ausführlichere Behandlungen der Wirtschaftskrise, des schwachen Aufschwungs sowie der marxistischen Theorie der Krise finden sich u.a. bei Michael Pröbsting: Steht die Weltwirtschaft vor einem neuen Aufschwung im Wirtschaftszyklus? Thesen zum marxistischen Konzept des Zyklus, dem Verhältnis des gegenwärtigen Zyklus zur Periode der Globalisierung sowie den Aussichten und Widersprüchen der künftigen Entwicklung der Weltwirtschaft; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 41 (2010), bei Richard Brenner: Die Marxsche Krisentheorie, Richard Brenner: Globalisierung und der Mythos von der neuen langen Welle sowie bei Markus Lehner: Finanzkapital, Imperialismus und die langfristigen Tendenzen der Kapitalakkumulation, alle in: Revolutionärer Marxismus Nr. 39 (2008).
- (2) WIFO: Starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im II. Quartal, Presseinformation 2.7.2010, S. 2.
- (3) WIFO: Prognose für 2010 und 2011, Übersicht 4.1. Nationaleinkommen zu Marktpreisen, 20.7.2010
- (3) WIFO: Prognose für 2010 und 2011: Wirtschaft des Euro-Raumes profitiert verzögert von Abwertung und starkem Welthandel, Presseinformation 2.7.2010, S. 2.
- (4) WIFO: Prognose für 2010 und 2011: Wirtschaft des Euro-Raumes profitiert verzögert von Abwertung und starkem Welthandel, Presseinformation 13.8.2010, S. 2.
- (5) Barry Eichengreen, Kevin H. O'Rourke: A Tale of Two Depressions (Update 1 September 2009), <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3421>
- (6) Karl Aiginger: The Great Recession versus the Great Depression: Stylized Facts on Siblings That Were Given Different Foster Parents; in: Economics, Vol. 4, 2010-9, February 15, 2010, S. 11
- (7) Eine Analyse der Weltwirtschaftsentwicklung in den letzten Jahrzehnten findet sich u.a. in Michael Pröbsting: Imperialismus, Globalisierung und der Niedergang des Kapitalismus; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 39 (2008); Luke Cooper: The Crisis of Globalisation, in: Fifth International Volume 3, Issue 3 (2009)
- (8) Für 1971-2000 siehe World Bank: Global Economic Prospect 2002, S. 234; für 2001-2009 siehe United Nations: World Economic Situation and Prospects 2008, S. 1f. bzw. World Economic Situation and Prospects 2010, S. 4. Die Zahlenreihe zwischen 1971-2000 beruht auf Weltbank-Berechnungen des GDP zu konstanten Preisen und Wechselkursen von 1995. Die Zahlenreihe zwischen 2001-2009 beruht auf UN-Berechnungen des GDP zu konstanten Preisen und Wechselkursen von 2000. Die 2,36% ergeben sich aus dem arithmetischen Mittel der Angaben für die Jahre 2001-2009 (1,6%, 1,9%, 2,7%, 4,0%, 3,5%, 4,0%, 3,9%, 1,9% sowie -2,2%).
- (9) EUROPEAN COMMISSION: Statistical Annex of European Economy, Spring 2010, S. 69
- (10) EUROPEAN COMMISSION: Statistical Annex of European Economy, Spring 2010, S. 48.
- (11) Österreichische Nationalbank: Statistiken. Daten & Analysen, Q3-2010, S. D95
- (12) Michael Pröbsting: Staatsschulden, Sparpaket und Widerstand. Explodierende Staatsschulden, massive Angriffe der herrschenden Klasse auf unsere Rechte und die Perspektiven des Klassenkampfes (Mai 2010)
- (13) Der Rechnungshof: Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2009, 1. Teil. III-126 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIV. GP. Voranschlagsvergleichsrechnung, Stand 31. März 2010, S. 10f.
- (14) WIFO: Prognose für 2010 und 2011, Übersicht 12.1. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, 20.7.2010
- (15) Siehe: Arbeitszeitgesetz als totes Recht. Pro Woche werden im Durchschnitt 8,8 Überstunden geleistet. ORF online, 26. 3. 2008
- (16) WIFO: Prognose für 2010 und 2011: Wirtschaft des Euro-Raumes profitiert verzögert von Abwertung und starkem Welthandel, Presseinformation 13.8.2010, S. 3.
- (17) WIFO: Prognose für 2010 und 2011, Übersicht 4.1. Nationaleinkommen zu Marktpreisen, 20.7.2010
- (18) Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Hauptergebnisse, 2010, S. 43. Der fehlende Betrag zu den 100% besteht aus den jährlichen Produktionsabgaben minus Subventionen.
- (19) IHS: Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2010-2011. Wirtschaft auf zögerlichem Expansionskurs (2.7.2010)
- (21) EUROPEAN COMMISSION: Statistical Annex of European Economy, Spring 2010, S. 68.
- (22) BEA: Gross Domestic Product: Second Quarter 2010 (Second Estimate). Corporate Profits: Second Quarter 2010 (Preliminary), 27.8.2010
- (23) MISH'S Global Economic Trend Analysis: 3rd Quarter GDP Likely Negative, Recession Never Ended, August 23, 2010, <http://globaleconomicanalysis.blogspot.com/2010/08/3rd-quarter-gdp-likely-negative.html>
- (24) FEDERAL RESERVE statistical release: Industrial Production and Capacity Utilization, 17. August 2010, S. 1
- (25) Joachim Jahnke: 2. Quartal: Rekordaufschwung? Und für wen?, <http://www.jjahnke.net/wochenbrief23-38349491.html>
- (26) FEDERAL RESERVE statistical release: Industrial Production and Capacity Utilization, 17. August 2010, S. 1
- (27) BEA: Gross Domestic Product: Second Quarter 2010 (Second Estimate), Corporate Profits: Second Quarter 2010 (Preliminary Estimate), 27. August, 2010, S. 5
- (28) Siehe Alan S. Blinder, Mark Zandi: How the Great Recession Was Brought to an End (2010)
- (29) Siehe CBO: Estimated Impact of the American Recovery and Reinvestment Act on Employment and Economic Output From April 2010 Through June 2010 (August 2010)
- (30) European Central Bank: Monthly Bulletin, August 2010, S. 175f.
- (31) EUROPEAN COMMISSION: Statistical Annex of European Economy, Spring 2010, S. 185 ■

Neue LSR-Broschüre!

Staatsschulden, Sparpaket und Widerstand



von Michael Pröbsting

Mai 2010

Preis: 2,50 Euro

Eine Broschüre der

Liga der Sozialistischen Revolution



WELCHE FÜNFTE INTERNATIONALE BRAUCHEN WIR?

Ein Beitrag zur Frage der Strategie und des Programms der Fünften Internationale und den Lehren der vergangenen Internationalen

Von Michael Pröbsting

Einleitende Anmerkung der Redaktion: Der folgende Text ist die Übersetzung eines Hintergrunddokumentes, welches der Autor im Jänner 2010 für den Entwurf des „Programmatischen Manifestes“ der Liga für die Fünfte Internationale (LFI) verfaßte. Das Programmatische Manifest wurde auf dem 8. Weltkongreß der LFI im Juni 2010 diskutiert und beschlossen. Es wird demnächst in deutscher Sprache veröffentlicht.

Als Venezuelas Präsident Hugo Chávez zur Bildung der „Fünften Sozialistischen Internationale“ aufrief, nahm die Liga für die Fünfte Internationale (LFI) diese Aufforderung sofort positiv auf. Die LFI ist eine internationale Organisation revolutionärer SozialistInnen. Sie hat sich seit ihrer Gründung dem Aufbau einer neuen revolutionären Internationale – als Nachfolgerin der vorhergehenden vier Internationalen – verschrieben.

Von 1999 an waren die LFI und die Jugendbewegung *REVOLUCION* bei den Massenprotesten gegen die Gipfeltreffen der Mächtigen sowie den internationalen Aktionstagen aktiv. Ebenso nahmen wir seitdem an den weltweiten sowie auch den kontinentalen Sozialforen teil, welche später als die antikapitalistische Bewegung bekannt wurde.

Aber wir traten von Anfang an dafür ein, daß erstens die formlose Massen-„Zivilgesellschafts“-Bewegung eine Bewegung werden muß, in der die ArbeiterInnenklasse die führende Kraft darstellt. Zweitens sollte sie offen und unverhüllt politisch werden. Drit-

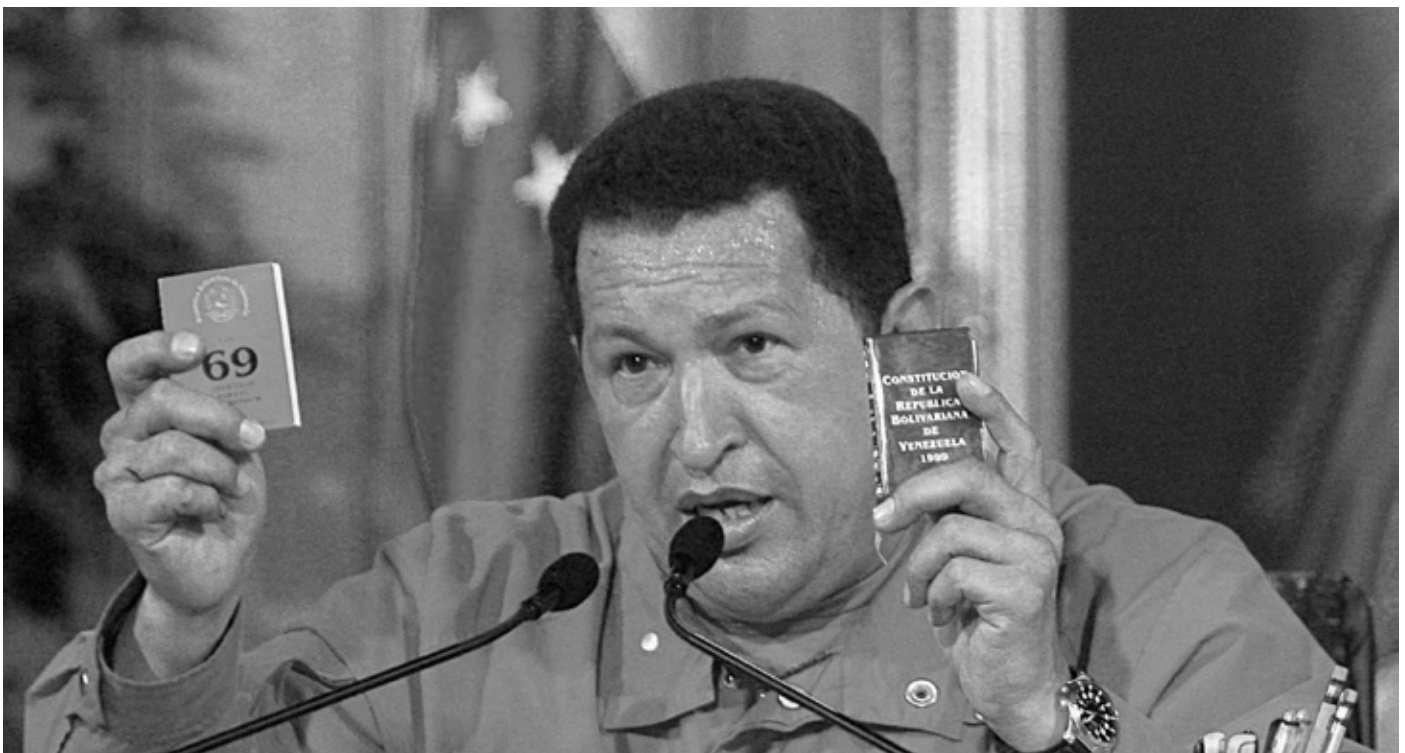
tens sollte sie eine weltweite Organisation von Parteien – eine Internationale – ins Leben rufen. Daher riefen wir schon im April 2003, zur Fünften Internationale auf.

Wir richteten diesen Aufruf an die hunderttausenden AktivistInnen, die sich zu den europäischen und den Weltsozialforen versammelten (Paris 2003, Mumbai 2004, London 2004, Pôrto Alegre 2005 und Athen 2006). Wir richteten diesen Aufruf an die Gewerkschaften und an anti-kapitalistische Initiativen, an die ArbeiterInnenparteien, die gegen Neoliberalismus, Kapital und Krieg auf die Straße gingen. Wir sprachen uns dafür aus, die neue Internationale nicht in einer weit entfernten Zukunft zu gründen, sondern in den Monaten und in den Jahren die unmittelbar vor uns lagen, als sie erforderlich war, um die Gegenschläge gegen Neoliberalismus und imperialistischen Krieg zu koordinieren.

In Pôrto Alegre 2005 und in Caracas 2007 unterstrich Hugo Chávez zurecht, daß die antikapitalistische Bewegung ihre Opposition zur Politik und ihren naiven Glauben fallenlassen mußte, laut dem es möglich wäre, „die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen.“ Er appellierte an die Bewegung, sich in eine umzuwandeln, die sich aktiv bemüht, die Macht zu erobern.

Damit hatte er Recht, selbst wenn wir anderer Meinung darüber sind, was unter der Macht der werktätigen Massen zu verstehen ist und wie man sie erlangt.

Ebenso hat Hugo Chávez mit folgendem Recht: es ist höchste Zeit, eine Fünfte Internationale zu gründen.



Hugo Chavez, Präsident von Venezuela, während seiner Kampagne für die neue Verfassung 2007

Die Menschheit steht an einem Scheideweg. Der Kapitalismus ist ein System im Niedergang, das Milliarden von Menschen keine Zukunft bietet. Sein blinder Drang nach Profit führt unvermeidlich zu tiefen Rezessionen, der Verbreitung von Armut, Hunger, der erhöhten Rivalität zwischen Großmächten und zu Kriegen. Wenn er als Grundlage der Produktion fortbesteht, wird eine verhängnisvolle Klimaänderung das Überleben eines großen Teils der Menschlichkeit gefährden.

Daher ist Hugo Chávez' Aussage, daß wir entweder den Sozialismus im 21. Jahrhundert aufbauen, oder es kein 22. Jahrhundert geben wird, die reine Wahrheit.

Hunderttausende, möglicherweise Millionen, haben Chávez' Aufrufe gehört, und – so hoffen wir –, werden Delegierte zu einem – so dieser von Chavez einberufen wird – Kongreß für die Fünfte Internationale nach Caracas schicken, um diese zu besprechen, sich für eine Vorgehensweise zu entscheiden und entsprechende Maßnahmen dann zu ergreifen.

Wenn Sozialismus, Antikapitalismus und Revolution mehr als militante Parolen sein sollen, müssen sie Ziele im Rahmen einer Gesamtstrategie werden. Wie werden wir den Sozialismus erreichen? Er wird nicht vom Himmel fallen. Die kapitalistischen herrschenden Klassen werden den Verlust ihrer Macht nicht passiv hinnehmen, nur weil sie bei einer Wahl eine Niederlage einfahren. Die Großmächte wie die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, Japan, Russland oder China, werden sich dem mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen. Und auch die herrschenden Klassen in der sogenannten Dritten Welt werden es ihnen gleich tun.

Wir können eine sozialistische Welt folglich nur errichten, wenn wir zuerst die Staatsmacht der kapitalistischen Klasse in jedem Land zerstören, indem die ArbeiterInnen und alle unterdrückten und ausgebeuteten Menschen diese Macht selbst in die Hand nehmen. Diese Revolution besteht nicht einfach in der Übergabe der Staatsmacht – die als solche unverändert bleibt – von einem Präsidenten oder von einer Partei von BerufspolitikerInnen zu einer anderen. Nur wenn die ArbeiterInnen und die Unterdrückten sich durch einen Staat von demokratischen ArbeiterInnen- und Bauern/Bäuerinnen-Räten selbst regieren, ohne Chefs oder BürokratInnen, können wir den Sozialismus aufbauen.

Den Kapitalismus zu überwinden und den Sozialismus weltweit zu errichten ist nichts, was spontan ohne einen Plan geschehen wird. Um diese historische Umwälzung zu erzielen, benötigen wir ein Programm, eine Strategie und eine Weltpartei, um diesen Kampf zu führen. Alle Versuche der letzten eineinhalb Jahrhunderte, die Macht zu übernehmen und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten sind fehlgeschlagen oder entartet, weil wir eben kein solches Programm und keine Weltpartei hatten. Zweimal im 19. Jahrhundert und zweimal wiederum im 20. Jahrhundert, wurden solche Parteien und Programme begründet. Es waren die vier proletarischen Internationalen auf der Grundlage von Programmen, die von Marx und Engels, von Lenin und Trotzki entwickelt wurden. Aber seit über einem halben Jahrhundert hat es keine starke revolutionäre internationale Partei gegeben – keine Internationale, die diesen Namen tatsächlich verdient hätte.

Deshalb hat die *Liga für die Fünfte Internationale*, wie unser Name es nahelegt, schon seit 2003 argumentiert, daß der Aufbau einer Fünften Internationale eine dringliche Notwendigkeit ist. Die Zeit ist reif, den Grundstein für die Fünften Internationale JETZT zu legen!

Die bestehenden Führungen der ArbeiterInnenklasse

Die ArbeiterInnenklasse ist die Klasse jener, die keinerlei Eigentum an den Produktionsmitteln besitzen und infolgedessen gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. So besteht die ArbeiterInnenklasse nicht nur aus FabrikarbeiterInnen oder Bergleuten, sondern auch aus denen im sogenannten Dienstleistungssektor Beschäftigten, aus Büroangestellten, aus den VerkäuferInnen, aus Krankenschwestern, LehrerInnen, jenen, die in Call-Centern arbeiten etc. Mit mehr als einer Milliarde Menschen weltweit ist die ArbeiterIn-

nenklasse sind sie – zusammen mit den Kleinbauern/-bäuerinnen und solchen, die den Grund gepachtet haben, und die ihren Lebensunterhalt erwerben, indem sie die Erzeugnisse ihres Landes verkaufen – bei weitem die Mehrheit der Bevölkerung der Welt. In der kapitalistischen Gesellschaft leben die KapitalistInnen – die EigentümInnen der Banken und der Unternehmen – von den Profiten, die sich auf dem Mehrwert begründen, den sie den ArbeiterInnen abknöpfen, indem sie ihnen einen Lohn zahlen, der niedriger ist als der Wert, den ihre Arbeit geschaffen hat. Sie unterdrücken auch andere Klassen und Schichten und beuten sie aus, wie die städtischen Armen, die Bauern/Bäuerinnen und Teile der Mittelschicht. Deshalb können und sollen wir all jene mobilisieren, die unterdrückt werden, um gemeinsam gegen die kapitalistische Klasse zu kämpfen und für eine sozialistische Revolution.

Aber der Sozialismus kann nur erzielt werden, wenn die ArbeiterInnenklasse solch ein Bündnis anführt. Nur die ArbeiterInnenklasse hat die Kraft, alle Rädchen der kapitalistischen Profitmacherei zu blockieren. Es ist diese Klasse, deren Befreiung von der Ausbeutung die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums erfordert. Sie ist die Klasse, die die gesellschaftliche Arbeit mittels der modernen Produktionsmittel, dem Austausch, der Kommunikation vollbringt. Sie ist die Klasse, die unabdingbar ist, um eine Welt des Überflusses und der Gleichheit aufzubauen. Deshalb sehen SozialistInnen die ArbeiterInnenklasse als die zentrale, revolutionäre Klasse an.

Selbstverständlich kann die ArbeiterInnenklasse nur gewinnen, und der Sozialismus kann nur errichtet werden, wenn es der ArbeiterInnenklasse gelingt, ein Bündnis mit den anderen unterdrückten Volksklassen und -schichten zu schließen. Das ist der Grund, warum die Fünfte Internationale für eine breite Massenbewegung für den Sozialismus unter der Führung der ArbeiterInnenklasse kämpfen muß.

Diese Führung ist notwendig, weil ohne sie eine solche Massenbewegung für den Sozialismus direkt oder indirekt unter die Vorherrschaft von Teilen des Bürgertums fallen würde. In der kapitalistischen Gesellschaft sind die einzigen Klassen, die stark genug sind, um die Gesellschaft zu führen und seine Zukunft zu bestimmen, das Proletariat oder die KapitalistInnen. Was wir in der Vergangenheit und der Gegenwart gesehen haben ist, daß ArbeiterInnen- und Volksbewegungen, die nicht von revolutionären sozialistischen Kräften angeführt werden, und linke Regierungen die ihre Führung nicht auf ArbeiterInnen- und Bauern/Bäuerinnen-Räte gründen und mit dem Kapitalismus brechen, schlussendlich gezwungen werden, aufzugeben und den KapitalistInnen zu weichen.

Der wichtigste Grund für das Versagen der sozialistischen Revolutionen seit 1917 ist die schreckliche Krise der Führung unter den ArbeiterInnen und ihren Verbündeten gewesen. Sie haben Führungen ihrer Massenorganisationen, die unfähig sind, aktiv für ihre Klasseninteressen einzutreten, weil ihnen ein revolutionäres Programm und eine Strategie fehlt und sie in den meisten Fällen von einer bürokratischen Kaste angeführt werden, für die die Basis bloßes Kanonenfutter für ihre Manöver innerhalb der kapitalistischen Machtstrukturen sind.

In den reichen, imperialistischen Ländern haben *sozialdemokratische Parteien* den KapitalistInnen seit fast einem Jahrhundert als Regierungspartei gedient. Sie wurden das, was Lenin und Trotzki bürgerliche ArbeiterInnenparteien nannten, d.h. Parteien, die organisierte Verbindungen mit Teilen der ArbeiterInnenklasse als ihre Hauptsozialbasis haben, die aber von einer bürokratischen Kaste beherrscht werden, die den Bossen dient und – über zahlreiche materielle Privilegien – tief in den kapitalistischen Staat eingebunden sind. Hinzu kommt in den letzten Jahren die Tatsache, daß sie eine neo-liberale Politik betreiben und infolgedessen ihre Verbindungen zur ArbeiterInnenklasse und die Unterstützung für sie von dort wesentlich geschwächt worden sind. Sie haben sich in zunehmendem Maße in der ArbeiterInnenklasse diskreditiert.

Die *Europäische Linkspartei* (das sind die Linkspartei in Deutschland, die französische Kommunistische Partei PCF, die Partei von Fausto Bertinotti in Italien etc.) und Parteien wie die

zwei kommunistischen Parteien von Indien sind auch reformistische, bürgerliche ArbeiterInnenparteien. Auch sie haben in der Praxis bewiesen, daß sie entschlossen sind, als Parteien der Bosse zu handeln. In Indien regiert die CPI(M) seit Jahrzehnten in West-Bengalen. Dabei hat sie Bauern/Bäuerinnen enteignet, um das Land den multinationalen Konzernen zu überlassen und die Polizeigewalt und ihre eigenen ParteischlägerInnen auf jene losgelassen, die um ihr Land kämpfen.

In Frankreich war die PCF Teil der imperialistischen Regierung von Lionel Jospin (1997-2002), das viele Unternehmen privatisierte und die NATO-Kriege gegen Serbien 1999 und gegen Afghanistan 2001 mitführte. Ähnlich dazu schloß sich Bertinotis Partei der neo-liberalen Regierung von Romano Prodi an (2006-2008) und führte Pensionsreformen und andere Angriffe auf das Sozialsystem durch. In Deutschland ist die Linkspartei Teil regionaler Regierungen (Berlin, Brandenburg etc.), die neo-liberale Kürzungen im Sozialbereich und Privatisierungspläne umsetzen.

Stalinistische Parteien des alten Stils, wie das griechische KKE, versuchen noch immer, ihren Reformismus durch „marxistisch-leninistische“ Rhetorik zu tarnen. Aber ihre wahre Natur hat sich während des Aufstands der Jugend und der Armen in Winter 2008/09 gezeigt, als sie die militante Jugend als „Rowdys“ denunzierten und jeglichen möglichen Bewegung für einen uneingeschränkten Generalstreik blockierten, der den Aufstand in eine Revolution umwandeln hätte können.

Ein weiteres Beispiel für eine Partei, die dem Kapitalismus im Namen des Kommunismus dient, ist die *Kommunistische Partei Chinas*. Während sie noch immer noch die rote Fahne und gelegentliche Mao-Zitate als Tarnung gebraucht, hat sie den Kapitalismus in China wieder eingeführt. Diese „KommunistInnen“ haben bei gewaltigen Privatisierungsprogrammen als Schirmherr fungiert, ebenso bei der Rückkehr des chinesischen Bürgertums und bei der Öffnung der Wirtschaft für imperialistisches Kapital, Kürzungen im Sozialbereich und bei Massenentlassungen in den Staatsunternehmen. Nur dem Namen nach ist die KPC ein Partei der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft: in ihren Taten ist sie eine Partei, welche den chinesischen KapitalistInnen und den StaatsbürokratInnen dient.

Schließlich zeigt die Politik der *bürgerlichen populistischen und links-bonapartistischen Regierungen in Lateinamerika* (Venezuela, Bolivien, Ecuador, Nicaragua etc.) die Unmöglichkeit eines mittleren Wegs zwischen wirklichem Sozialismus und Kapitalismus. Hugo Chávez und seine Regierung haben einerseits wichtige Sozialprogramme für die Armen ins Leben gerufen und die Erdölindustrie und einige andere Unternehmen verstaatlicht. Andererseits haben sie die entscheidenden Sektoren des venezuelanischen Großbürgertum und das Auslandskapitals nicht enteignet. Sie haben zahlreiche ArbeiterInnenstreiks und Betriebsbesetzungen bestenfalls nur halbherzig unterstützt, obwohl sie seit 1998 an der Macht sind. Was Chávez und die PSUV-Führung wirklich in Venezuela errichtet haben, ist ein kapitalistisches System mit einem starken staatskapitalistischen Sektor und wichtigen Sozialprogrammen. Chávez sagte selbst Mitte des Jahres 2009: *„Wir lehnen nicht den Markt ab, sondern den freien Markt.“* Aber eine Fusion zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist nicht möglich. Dies sind unvereinbare Gegensätze.

Auf ähnliche Weise können wir in der Außenpolitik der Regierung Venezuelas Zickzack-Kurse feststellen und keine kontinuierliche sozialistische Politik. Während Chávez richtigerweise scharf die staatsterroristische Politik des US-Imperialismus anprangerte und sich gegen die Kriege Israels gegen den Libanon und die PalästinenserInnen stellte, lobt er gleichzeitig das reaktionäre islamistische Regime im Iran. Wie kann die vorgeschlagene Fünfte Internationale eine wirklich sozialistische Internationale sein, wenn sie es nicht wagt, die Diktatur in Teheran anzuprangern?! Ist es nicht vielmehr die Pflicht eines solchen Internationalen, die Rechte der Lohnabhängigen dort zu aktiv zu unterstützen, damit sie unabhängige Gewerkschaften bilden können?! Und ebenso für die demokratischen Rechte der Frauen und der nationalen Minderheiten wie den Kurden auf Selbstbestimmung einschließlich der Bildung eines eigenen Staates – wenn sie dies

so wünschen – einzutreten?!

Chávez beruft sich auf Lenin und Trotzki. Lassen wir ihn einen Blick darauf werfen, was ihre klare und unmissverständliche Position zu solchen Punkten war.

In einigen Ländern verwenden politisch-islamistische Kräfte eine radikal anti-imperialistische Rhetorik und übernehmen in der Tat eine Führungsrolle in den nationalen Befreiungskämpfen gegen Besatzungen (wie Hamas, Hisbollah oder die Taliban). Während SozialistInnen natürlich diese Kämpfe unterstützen und die IslamistInnen gegen den Imperialismus verteidigen, unterstreichen sie auch den sozial reaktionären Charakter ihrer Politik. Feindseligkeit gegenüber Frauenrechten und gegenüber allen demokratischen und säkularen Freiheiten macht sie zu einem Feind der Befreiung der Armen, der Ausgebeuteten und der Unterdrückten. Die Fünfte Internationale soll daher für die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse und der populären Massen vom Islamismus kämpfen.

Die Fünfte Internationale sollte alle Formen des Reformismus, des Stalinismus und des Populismus ablehnen. Sie darf nie an einer kapitalistischen Regierung teilnehmen, d.h. einer Regierung, die sich nicht auf ArbeiterInnen- und Bauernräte stützt und die nicht mit dem Kapitalismus bricht. Die Fünfte Internationale soll von den FührerInnen von reformistischen und populistischen Parteien, Bewegungen und Regierungen verlangen, daß sie mit dem Kapitalismus brechen. Das heißt, daß diese nicht mit Schichten des Bürgertums und des Imperialismus zusammenarbeiten, sondern die gesamte kapitalistische Klasse enteignen, daß sie die Bildung von Räten sowie von Milizen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen unterstützen und daß sie ArbeiterInnen- und Bauernregierungen schaffen, die sich auf solche Räte und Milizen stützen. Wenn Hugo Chávez sich ehrlich dazu durchgerungen hat, die Ansichten von Trotzki und Lenin anzunehmen, die diese in Werken wie der *„Permanente Revolution“* oder *„Staat und Revolution“* dargelegt haben, wenn auch die PSUV solche Positionen einnimmt, dann gibt es nur eine Schlußfolgerung:

Bruch mit der venezuelanischen Bourgeoisie!

Führt die Massen hin zur Schaffung einer ArbeiterInnen- und Bauernregierung!

Helft bei der Bewaffnung der ArbeiterInnen und dabei, die Armee für ihre Seite zu gewinnen!

Verwandelt die revolutionäre Situation in eine siegreiche sozialistische Revolution!

Gleichzeitig wenden wir uns an die UnterstützerInnen an der Basis jener Parteien und die gesamte ArbeiterInnenklasse und Volksmassen und ersuchen sie eindringlich, nicht auf die Initiative irgendeines Führers zu warten. Unter der Auswirkung der Wirtschaftskrise, der Inflation und der Sabotage durch das Bürgertum, kann die Situation sich in eine konterrevolutionäre verwandeln. Ein Staatsstreich oder eine Ermordung könnte alle Errungenschaften der Armen in Gefahr bringen. Wenn die FührerInnen nicht die Führung im Kampf für eine solche Perspektive übernehmen – und die ganze Erfahrung des letzten Jahrzehnts hat gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, mit dem Kapitalismus zu brechen – müssen die ArbeiterInnen, die Bauern/Bäuerinnen und die städtischen Armen für ihre Anliegen kämpfen und ihre eigenen Organe des Kampfes errichten, die vollständig unabhängig sind von der „bolivarischen Bourgeoisie“ sind. Dafür benötigen sie ihre eigenen Parteien und deshalb wenden wir uns an militante Gewerkschaften, Sozialbewegungen und alle ArbeiterInnen und Unterdrückten, die nach einer Alternative zum Reformismus suchen, und rufen sie auf, neue ArbeiterInnenparteien aufzubauen. Die Fünfte Internationale wird eine Avantgardekraft sein, die die Massen in diesem Prozess unterstützt und sie vorwärts zur sozialistischen Revolution führt.

Was wir aus den Erfahrungen der letzten vier Internationalen übernehmen sollten

Die Fünfte Internationale muß sich auf die Schultern der bisherigen vier Internationalen der ArbeiterInnenklasse stützen, die unsere Vorfahren aufgebaut haben. Sie muß die besten Elemente einer jeden von ihnen übernehmen, die Lehren aus ihren früh-

zeitigen Erfolgen und ihres schlußendlichen Scheiterns ziehen und diese an die Erfordernisse des Kampfes für die Weltrevolution und für den Sozialismus im 21. Jahrhundert anpassen.

Die Erste Internationale

Im Jahre 1864 gründeten englische, französische und belgische ArbeiterInnen-Vertreter bei ihrem Zusammenreffen in London die „*International Working Men's Association*“. Ebenfalls anwesend waren englische AnhängerInnen vom Robert Owen, ehemalige ChartistInnen, Christlich-Soziale, irische, italienische und polnische NationalistInnen sowie eine kleine Gruppe von deutschen KommunistInnen. Letztere waren Flüchtlinge, die in London wohnten, unter ihnen auch Karl Marx. Rasch wurde er zur Schlüsselfigur ihrer Koordinationsstelle, dem *Generalrat*.

Die *Internationale* – unter diesem Namen wurde sie bekannt – bestand aus ArbeiterInnen, die in Gewerkschaften, Genossenschaften oder in kleinen sozialistischen und anarchistischen Zirkeln organisiert waren. Die Franzosen waren mehrheitlich AnhängerInnen von Pierre Joseph Proudhon, dem Begründer des Anarchismus, sowie einige AnhängerInnen von Auguste Blanqui, einem heroischen Kämpfer, der großen Wert auf – von Geheimgesellschaften organisierte – bewaffnete Aufstände legte. Später schlossen sich die AnhängerInnen des Russen Mikhail Bakunin, dem zweiten Gründer des Anarchismus, an.

Marx setzte es sich zum Ziele, seine MitstreiterInnen dafür zu gewinnen, daß sie die Notwendigkeit einer internationalen politischen Organisation verstehen. Er erklärte den englischen Gewerkschaftern, daß es nicht ausreicht, nur um wirtschaftliche Vorteile gegen ihre eigenen Bosse zu kämpfen, sondern das gesamte kapitalistische System der Lohnsklaverei zu bekämpfen. Als Orientierungshilfe für die Arbeit der Internationalen entwarf er die „*Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation*“ und die Statuten.

Dieses kurze und prägnante politische Manifest führt bereits das Grundprinzip der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse und die Notwendigkeit, die staatliche Macht zu ergreifen, um jede Form der Klassenherrschaft abzuschaffen und letztlich die Klassen selbst: „*Die politische Macht zu erobern ist daher zur großen Pflicht der arbeitenden Klassen geworden.*“ Es führte weiter aus:

„Daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen von den arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden muß, daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen kein Kampf für Klassen-Privilegien und Monopole ist, sondern einer für gleiche Rechte und Pflichten und die Abschaffung aller Klassenherrschaft.“

Die *Inauguraladresse* und die Statuten waren die Grundlage für die ersten Programme der neuen ArbeiterInnenparteien, die bald um die ganze Welt herum in den nächsten drei Jahrzehnten gegründet wurden.

Aus Marx' Intervention müssen wir lernen, daß die Umstände RevolutionärInnen möglicherweise dazu verpflichten, die Gründung einer Internationale gemeinsam mit FührerInnen zu initiieren die zwar ihrer Meinung nach keine revolutionäre KommunistInnen sind, die aber an der Spitze von breiten Schichten kämpferischer ArbeiterInnen stehen.

Allerdings war der Aufbau einer nicht-revolutionären Internationale nicht das Ziel Marx', wie es einige Leute heute behaupten, und es kann auch nicht unseres sein. Dennoch hat Marx klar erkannt, daß die voll entwickelte Darlegung des revolutionären Kommunismus, die er und Engels sechzehn Jahre zuvor im kommunistischen Manifest vermittelt hatten, nicht einfach wiederholt werden konnte, wenn man versucht, die Massenarbeiterorganisationen zu vereinen. In einem Brief an Engels merkte er an: „*Es war sehr schwierig, die Sache (die Ansprache und die Regeln) in einer Form zu halten, die unsere Ansichten in der gegenwärtigen Phase der ArbeiterInnenbewegung akzeptabel machten. Es braucht Zeit, bevor die Bewegung, jetzt wiederbelebt, die alte Sprachgewalt zulassen wird.*“

Doch selbst im 19. Jahrhundert, während des Wachstums vom Kapitalismus hin zu einer weltweiten Gesellschaftsordnung, stellten die entscheidenden Klassenkämpfe – 1848-49 und 1870-71 – die Ergreifung der Macht auf die Tagesordnung. In der Tat

sahen wir in dieser Zeit die erste Ergreifung der Macht durch die ArbeiterInnenklasse, wenn auch nur in einer einzelnen Stadt: die Pariser Kommune von 1871. Unter Marx' Führung unterstützte der *Generalrat* die Kommune und zog die korrekten Lehren aus ihr: nämlich die Notwendigkeit, die alte kapitalistische Staatsmaschinerie zu zertrümmern und sie durch einen Rat von gewählten und abwählbaren Delegierten und der allgemeine Bewaffnung der Bevölkerung zu ersetzen.

Jedoch verwandelte der heterogene Charakter der breiten Basis der Internationalen diesen politischen Erfolg für Marx in einen Pyrrhussieg. Die britischen GewerkschaftlerInnen nahmen ihre Unterstützung – geschockt durch solche revolutionären Lehren – zurück und entwickelten sich zu Liberalen. Auch die AnarchistInnen spalteten die Internationale, allerdings aus dem gegenteiligen Grund: sie lehnten die Diktatur des Proletariats ab.

So brach die Erste Internationale als Opfer des englischen bürgerlichen, reformistischen Gewerkschaftertums einerseits und des „europäischen“ kleinbürgerlichen, dezentralisierenden Anarchismus andererseits zusammen. Resultierend aus der historischen Rückentwicklung, die durch den Stalinismus und dem Zusammenbruch der degenerierten ArbeiterInnenstaaten verursacht wurden, können wir dank dieses Verrats heute in der Bewegung ähnliche Kräfte bei der Arbeit sehen. Sie müssen bekämpft werden, in den Arenas, in denen sie die ArbeiterInnenmassen beeinflussen – und nicht bloß durch literarische Aufklärung oder in den kleinen Diskussionsforen von selbsternannten „TrotzkistInnen“.

Die Zweite Internationale

Der Zweite International konzentrierte sich auf die Notwendig-

LSR-Aktionsprogramm

**Keine Zukunft ohne Sozialismus!
Kein Sozialismus ohne Revolution!
Keine Revolution ohne Partei!**

Aktionsprogramm für Österreich



Maï 2009

Preis: 2€

Liga der Sozialistischen Revolution



keit des Aufbaus gut organisierter politischer Parteien sowie dem Ausnutzen von Wahlen und von Massengewerkschaften, um die ArbeiterInnenklasse politisch zu entwickeln. Unter der Führung der deutschen Sozialdemokratie verpflichtete sie sich einem Programm der politischen Unabhängigkeit von allen anderen Klassen, der Ablehnung einer Regierungsbeteiligung mit bürgerlichen Parteien und sah diese Unnachgiebigkeit als wichtige Vorbereitung für die unvermeidliche und herannahende soziale Revolution.

Der Zweite Internationale erlebte auch den Triumph des Marxismus über die zahlreichen Spielarten des kleinbürgerlichen „Sozialismus“ des 19. Jahrhunderts. Durch seinen linken Flügel (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Lenin und Trotzki) schuf er auch die Grundlagen für eine Nachfolgerin: eine Internationale, die sich mit der Frage der Führung der proletarischen Revolution auseinandersetzte.

Von den historischen Mängeln und vom Schicksal der Zweiten Internationalen (nämlich dem Verrat und der Kapitulation vor dem Chauvinismus am Beginn des 1. Weltkrieges 1914) müssen wir lernen: nämlich mit all jenen zu brechen, für die Wahlen und Gewerkschaften nur Selbstzweck sind, die bereit sind, innerhalb des Zwangsjacke des bürgerlichen Staates ein Amt zu übernehmen und im Auftrag der kapitalistischen Klasse zu regieren, die sich in Zeiten des Krieges auf die Seite des imperialistischen Vaterlandes stellen, und die die Partei nicht als Kampforganisation der proletarischen Avantgarde verstehen.

Innerhalb der Zweiten Internationale schuf Lenin zwischen 1903-1912 eine andere Art von Partei als die der SPD: den Bolschewismus. Allerdings war Lenin sich bis 1914 der verallgemeinerten Anwendbarkeit des Konzepts des Bolschewismus nicht bewußt. Nach dem großen Verrat von 1914, durch die Teilnahme als kommunistischer linker Flügel an der heterogenen Antikriegsbewegung Zimmerwald-Kienthal, vor allem aber wegen des Sieges des Bolschewismus im Jahre 1917, zeigte diese Partei ihre Fähigkeit, eine Dritte Internationale (1919-23) aufzubauen und so die Lehren des Bolschewismus auf der ganzen Welt zu verbreiten. Auch die Parteien der Fünften Internationale müssen demokratisch-zentralistische Kampforganisationen sein, keine Wahlmaschinen, die beherrscht werden, von den Parlamentariern und Stadträten sowie deren Verbündeten in der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Dritte Internationale

Die Kommunistische Internationale, gegründet durch Lenin und Trotzki 1919, zog die Lehren aus dem Scheitern der Zweiten Internationale, als diese sich zu Beginn des ersten Weltkrieges 1914 Krieg und Chauvinismus gegenübersahen. Sie beharrte auf dem Aufbau von Kampfparteien, die kein Auseinanderklaffen zwischen Worten und Taten zuließen. Sie verallgemeinerte die Erfahrung der Klassenkämpfe, in denen ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Soldaten sich in den Räten (Sowjets) organisierten, um ihre Forderungen und Taktiken zum Sieg zu debattieren und festzulegen und um ihre Führer zu wählen und zu kontrollieren.

Die Dritte Internationale fügte den Lehren der Pariser Kommune jene der Oktober-Revolution von 1917 hinzu: nämlich daß der Sozialismus nur aufgebaut werden kann, wenn die ArbeiterInnenklasse, im Bündnis mit allen anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten, den alten kapitalistischen Staat mit seiner Bürokratie und Maschinerie der Unterdrückung zertrümmert, und eine neue Art von Staat aufbaut. Dieser neue Staat ist bloß ein „Halbstaat“ (in den Worten Lenins), weil die Massen bewaffnet sein werden und ihr Netz der Räte die Gesellschaft lenken wird. Solch ein Zustand ist die höchste Form der Demokratie für die ArbeiterInnenklasse. Aber sie ist gleichzeitig eine Diktatur gegenüber der Minderheit der AusbeuterInnen, da er deren Revolten zerschlagen wird sowie ihr Eigentum an den Fabriken, den Banken und des Grund und Bodens wegnimmt und sie in das Eigentum der gesamten Gesellschaft verwandelt. Dies ist die wirkliche Bedeutung der Diktatur des Proletariats. Auf der

Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft wird der Unterschied zwischen den entwickelten und unterentwickelten Nationen, zwischen den reichen und den armen, verschwinden. Schlußendlich wird es eine Welt und eine Gesellschaft ohne Staaten oder Klassen geben.

Der Dritte International verstand auch, daß der Kapitalismus zu einer Welt geführt hatte, die geteilt wurde in eine kleine Anzahl vorherrschender, imperialistischer Staaten und die überwiegende Mehrheit der Menschen, die in den Kolonien oder Halbkolonien leben (unter Halbkolonien verstehen MarxistInnen Länder die, zwar formal unabhängig sind, doch in Wirklichkeit von den imperialistischen Staaten ökonomisch und politisch dominiert werden). Sie stellte fest, daß revolutionäre SozialistInnen die Kämpfe der unterdrückten Nationen gegen den Imperialismus unterstützen müssen. Und sie stellte fest, daß der Sozialismus nur erfolgreich aufgebaut werden kann, wenn, nach einer nationalen Revolution, der ArbeiterInnenstaat nicht auf ein Land beschränkt bleibe, sondern sich international ausbreitet.

Schließlich gab die Kommunistische Internationale von Lenin und Trotzki uns das Verständnis, daß die ArbeiterInnenklasse immer die Kämpfe der Bauern/Bäuerinnen gegen die Großgrundbesitzer unterstützen muß, ebenso wie die Kämpfe der einheimischen Völker und jener, die sich gegen den Rassismus wehren, der Frauen, der Jugend, der Lesben und Schwulen. Nur dadurch kann ein starkes Bündnis der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten zustande kommen.

Der Dritte International sah sich nicht als ein Bündnis nationaler Parteien, von denen jede ihre eigene Strategie verfolgte, sondern als eine geeinte Weltpartei der sozialen Revolution. Während sie sich als kommunistisch und proletarisch verstand, sah sie sich auch als der „Tribun“ aller ausgebeuteten und unterdrückten Völker der Welt, die alle KämpferInnen gegen Unterdrückungen – nationale, rassistische, sexistische usw. – zusammenschloß. So war sie keine beschränkte „workeristische“ – d.h. letztlich ökonomistische – Internationale. Daher lautete ihre Losung: *Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!*

Aber das Schicksal dieser Internationale nach Lenins Rückzug von ihrer Führung und seinem Tod 1924 ist auch eine Warnung an uns alle. Zuerst unter der Führung Sinowjews (1923-5), dann Bucharins (1925-28) und schließlich unter Stalins Diktatur über die Komintern (1928-1943) sahen wir, daß Bürokratie und die Zusammenarbeit mit angeblichen „anti-imperialistischen“ oder „antifaschistischen“ bürgerlichen Regimes die Unabhängigkeit des Proletariats schwächen und zu historischen Niederlagen führen, wie es in den 1920er und 1930er Jahren der Fall war.

Die Internationale darf nie dem Interesse irgendeines Staates unterstellt werden, nicht einmal eines gesunden ArbeiterInnenstaates. Um wie viel weniger kann sie sich einverstanden erklären, das Instrument eines bürgerlichen Staates und seiner Außenpolitik und Bündnisse zu sein. Venezuela unter Chávez, ein bürgerlicher Staat, der privaten Besitz der Produktionsmittel zulässt, ist mit anderen solchen Staaten verbündet und scheint sich mit jedem Staat zu verbünden, mit dem es die Feindschaft zur USA teilt. Dies hat Chávez dazu gebracht, die Regimes in China, dem Iran und Zimbabwes zu preisen, trotz ihrer Unterwerfung der unterdrückten Nationalitäten und der ArbeiterInnen und der Jugend, die für demokratische Rechte kämpfen. Es hat zu einem Block mit dem Regime in Kuba geführt, das keine freien Gewerkschaften oder andere ArbeiterInnenparteien erlaubt. Diese Lehre der Dritten Internationale, die Notwendigkeit der Unabhängigkeit des Proletariats von jedem Staat, das Recht und die Aufgabe, die Tätigkeiten jeder Regierung zu kritisieren, ist unabdingbar für eine Internationale, die als die Weltführung einer revolutionären Klasse handeln möchte.

Die Vierte Internationale

Die Vierte Internationale wurde 1938 nach einem 15 Jahre andauernden Kampf von Leo Trotzki und seinen UnterstützerInnen gegen die Entartung der UdSSR zu einer stalinistischen Diktatur und gegen die Irrführung des Proletariats durch die

sozialdemokratischen, „kommunistischen“ und zentristischen Parteien, gegründet. Die Vierte Internationale lehrt uns, daß der Sozialismus nicht nur nicht in einem Land aufgebaut werden kann, sondern, daß er auch unvermeidlich zu einer bürokratischen Diktatur entarten muß, falls die Revolution nicht international voranschreitet – und zwar sowohl in den industriell entwickelten als auch in den halb-kolonialen Länder.

Sie vertiefte das kommunistische Verständnis der Einheitsfront, daß die Kritik und die gefährliche Rolle, die von ReformistInnen und von den GewerkschaftsführerInnen gespielt wurde, mit einer systematischen Kampagne kombiniert werden muß, um die Basis zu organisieren, indem man ihre Führer aufruft, gegen die Klassenfeinde zu kämpfen. Sie lernte auch von der Erfahrung in China und in anderen Ländern in den 1920ern und in den 1930ern, daß während es notwendig sein kann, zusammen mit Teilen des nationalen Bürgertums gegen den Imperialismus zu kämpfen, es ebenso wichtig ist, daß sich die ArbeiterInnenklasse anderen Klassen nicht unterordnet. Vielmehr muß sie anstreben, eine Führungsrolle in diesem Kampf zu übernehmen und sich gegen das nationale Bürgertum zu richten, sobald dieses den Kampf verrät.

Schließlich vertiefte sie das Verständnis des revolutionären Programms der Kommunistischen Internationale unter dem Gesichtspunkt der alltäglichen Nachfrage nach höheren Löhnen, demokratischen Verbesserungen etc., indem sie für die Mobilisierung argumentierte und die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten für Übergangsforderungen organisierte. Solche Übergangsforderungen, wie die ArbeiterInnenkontrolle in Unternehmen oder ArbeiterInnen- und Volksmilizen, zeichnen sich dadurch aus, daß sie die ökonomische, politische und militärische Macht der herrschenden Klasse in Frage stellen und so den Weg zur sozialistischen Revolution ebnen.

Die Vierte Internationale wurde in einem Zeitraum der tiefen politischen Reaktion aufgebaut und gegründet und mußte gegen den feindlichen Strom der Unterdrückung und Niederlagen für die ArbeiterInnenklasse schwimmen: in Deutschland (1933), in Österreich (1934), in Spanien (1939) und die großen „Säuberungen“ in der Sowjetunion (1936-38), die direkt auf das Auslöschen der tausenden linken Oppositionellen abzielten. Die besondere historische Aufgabe der Vierten Internationale lag darin, gegen die bürokratische Degeneration des ersten ArbeiterInnenstaates mittels einer politischen Revolution zu kämpfen und die Ersetzung der dritten kommunistischen Internationale als weltweite revolutionäre Partei.

Die AktivistInnen der Vierte Internationale nahmen während und nach dem zweiten Weltkrieg heroisch an Massenbewegungen und revolutionäre Kämpfe teil und führten sie z.T. sogar an. Dennoch wurde die Vierte Internationale nie eine Internationale der Massen. Sie erlebte eine zentristische Degeneration und letztlich einen Zusammenbruch zwischen 1948 und 1953. Ihr Zentrismus wurde vollends sichtbar festgeschrieben auf ihrem dritten Kongreß (1951). Diese Degeneration bzw. Zusammenbruch geschah weder wegen irgendeiner Schwäche in ihrem Programm noch weil ihre Gründung „voreilig“ gewesen wäre oder auf einen revolutionären Aufschwung hätte warten sollen. Bevor sie ihre revolutionären Kader mit den Massen in den neuen revolutionären Parteien verbinden konnte, wurden ihre führenden Kader durch das Überleben und den Aufschwung der Sozialdemokratie und des Stalinismus verwirrt, die dem zweiten imperialistischen Weltkrieg folgten – ein Umstand, den Trotzki in seinen vor dem Weltkrieg entwickelten Perspektiven nicht voraussah.

Nach einem kurzen Zeitraum des Versuchs, die ursprünglichen Vorkriegsprognosen und Perspektiven zu rechtfertigen, wurden die FührerInnen der Vierten Internationale durch die unübersehbare Ausbreitung der degenerierten ArbeiterInnenstaaten nach Osteuropa und nach China, Vietnam und Korea, in verheerendem Ausmaß verwirrt. Sie waren nicht instande, die neue Situation auf einer revolutionären Basis zu analysieren und ihr Programm zu überarbeiten, um sich auf die radikal veränderten Umstände einzustellen. So degenerierte die Vierte Internationale in den Zentrismus.

Die Neuausrichtung der Vierten Internationale – angeführt von ihren Nachkriegsführern, Michael Pablo, Joseph Hansen und Ernest Mandel – war in Wirklichkeit eine Kapitulation gegenüber dem Stalinismus, linker Sozialdemokratie und dem Dritten-Welt-Nationalismus. Sie entwickelten ein evolutionistisches bzw. „prozessistisches“, objektivistisches Verständnis und akzeptieren daher die führende Rolle dieser Kräfte für eine ganze geschichtliche Periode als historisch notwendig. Ohne jeglichen Existenzgrund als Strategie der Weltrevolution (einschließlich der anti-bürokratischen politischen Revolution in den degenerierten ArbeiterInnenstaaten) zerfiel die Vierten Internationale in zentristische Fragmente. Die Herausbildung einer – in der imperialistischen Epoche beispiellosen – ausgedehnten Periode des Wirtschaftsausweitung für den Kapitalismus (dem langen Boom in den Jahren 1950-70) und die Tatsache, daß in dieser Periode die meisten revolutionären Kämpfe in der „Dritten Welt“ stattfanden (einschließlich der Entstehung neuer degenerierter ArbeiterInnenstaaten in Kuba und in Vietnam) führten zu einer Vertiefung diese Degeneration.

Jedoch bewahrten viele dieser Fragmente – trotz ihres Verfallschens oder Verwerfens des revolutionären Erbes des Trotzismus – Elemente seines Programms, gaben Lehren an neue Kader weiter, und übersetzten und veröffentlichten Werke von Trotzki und von seinen MitstreiterInnen. Die Hauptströmung der zentristischen vierten Internationale (das ehemalige Vereinigte Sekretariat) erkennt die Sinnlosigkeit ihres eigenen Bestehens und versucht, in eine neue Internationale zu kommen, wenn eine solche als nennenswerte Kraft entsteht. Ihr Haupttheoretiker, François Sabado, begrüßte daher, wenn auch vorsichtig, den Aufruf von Hugo Chávez.

Chávez selbst hat sich zustimmend zu Trotzki und zum Trotzismus ausgedrückt – so wie er ihn versteht. Er erkannte ausdrücklich die Vierten Internationale als Teil der Kontinuität der Internationalen, indem er eine Fünfte forderte. Das ist zweifellos eine außergewöhnliche Haltung für ein Staatsoberhaupt, da sie eine politische Sympathie für den Trotzismus ausdrückt (wenngleich schon 1937 Präsident Lazaro Cardenas Trotzki Schutz in Mexiko gewährte).

Es ist selbstverständlich kein Zufall, daß Chávez (wie Cardenas) an der Spitze eines halb-kolonialen Staates steht, der seine Unabhängigkeit vom Imperialismus erklärt und die Antikriegs- und antikapitalistische Bewegung unterstützt hat. Er lobte Trotzkis Werk *„Die Permanente Revolution“* und Lenins Schrift *„Staat und Revolution“*. Aber kann er diese Dinge, als der Präsident eines Staates, der noch immer den Kapitalismus verteidigt, verstanden haben? Sicherlich, der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Wiedereinführung des Kapitalismus in China durch die KPC schwächt enorm das Prestige des Stalinismus verglichen mit diesem „Trotzkismus.“ Auch wenn Chávez' Missbrauch des Trotzismus etwas ist, wogegen wir ankämpfen müssen, ist selbst die Tatsache, daß diese Fragen zur öffentlichen Debatte und auf der Tagesordnung von Massenorganisationen stehen, ein enormer Schritt nach vorn im Vergleich zur Lage zwischen 1945 – 2000 und wir müssen daraus geschickt und prinzipienfest Vorteile ziehen.

Die Fünfte Internationale - die Kampfpartei für die sozialistische Revolution

Die Fünfte Internationale kann und muß die Menschheit vom Kapitalismus und allen Schrecken, die durch ihn verursacht werden, befreien. Sie kann und muß die Lösung für die schreckliche Führungskrise sein, indem sie den arbeitenden und Volksmassen ein Programm und ein Instrument anbietet, um den Kapitalismus ein für alle mal zu beseitigen. Dafür braucht die Fünfte Internationale ein Programm der internationalen sozialistischen Revolution. Aber ein Programm ist nicht genug. Das Programm kann nur Wirklichkeit werden, wenn wir eine Weltpartei schaffen, die kämpft, um dieses Programm in die Tat umzusetzen. Dafür benötigen wir eine Partei des Handelns, eine Kampfpartei für die sozialistische Revolution.

Die Fünfte Internationale muß die Weltpartei sein, die alle For-

men der ArbeiterInnenklassenorganisation vereinigt – Parteien, Gewerkschaften, Kooperativen, Vereinigungen der Frauen, Jugendverbände – sowie allen jene, die den Kampf für den Sozialismus unterstützen. Wir rufen die breite Masse und auch ihre FührerInnen aller dieser Organisationen auf, sich der Fünften Internationale anzuschließen.

Die Fünfte Internationale kann und muß zweifellos „ein Raum für sozialistisch orientierte Parteien, Bewegungen und Strömungen sein, in denen wir eine allgemeine Strategie für den Kampf gegen den Imperialismus vereinbaren können, der Umsturz des Kapitalismus‘ durch den Sozialismus“, wie die Caracas-Verpflichtung vom 21. November 2009 erklärte. Sie benötigt die größtmögliche Demokratie, um sich frei und ohne bürokratische Beschränkungen zu besprechen. Gleichzeitig muß es eine internationale Partei mit Einheit im Handeln sein, d.h. eine Weltpartei, die für gemeinsam vereinbarte Ziele kämpft. Das bedeutet natürlich, dass, solange es um Aktionen geht, die Teile dem Ganzen unterstellt sind und nationale Parteien der Internationalen unterstellt sind.

Massenorganisationen aufbauen, die für unsere Zukunft kämpfen

Der Kampf für die Überwindung der Führungskrise dreht sich um den Aufbau der Fünften Internationale als die Weltpartei der sozialistischen Revolution. Aber wir benötigen mehr als das. Die Fünfte Internationale muß sich verpflichten, den Aufbau bzw. die Erneuerung der Gewerkschaften und Massenorganisationen der Bauern/Bäuerinnen, der Armen, der Jugend und der Frauen voranzutreiben.

Wir benötigen Gewerkschaften und Massenorganisationen, die sich nicht den Befehlen der Bosse unterordnen, sondern die die Interessen der werktätigen Massen mit militanten Methoden des

Kampfes verteidigen (wie Massenstreiks, Besetzungen, bis zum Generalstreik).

Wir benötigen Gewerkschaften und Massenorganisationen, die nicht von oben nach unten bürokratisch kontrolliert werden, sondern demokratisch sind, in denen unterschiedliche Standpunkte frei diskutiert werden können und FührerInnen kontrolliert und, wenn notwendig, abgewählt werden.

Wir warten sicherlich nicht passiv darauf, bis die Gewerkschaften und Massenorganisationen sich verwandeln und der Kontrolle ihrer derzeitigen FührerInnen entrissen werden. Im Gegenteil, wir müssen von den heutigen FührerInnen verlangen, daß sie für die unmittelbaren Interessen der Massen kämpfen. Gleichzeitig aber warnen wir die Basis, diesen FührerInnen nicht zu vertrauen. Wir kämpfen für den Aufbau von Basisbewegungen in den existierenden Gewerkschaften und in den Massenorganisationen, um gegen die Kontrolle durch die bürokratische Kaste zu kämpfen.

Wir benötigen Gewerkschaften und Massenorganisationen, die nicht durch die weißen, männlichen und wohlhabenden Schichten beherrscht werden, sondern die die gesamte ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten vereinigen können. Wir benötigen folglich Gewerkschaften und Massenorganisationen, die den unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse, den Armen, den Frauen, der Jugend und den MigrantInnen volle Rechte und eine gleichwertige Vertretung in ihren Führungsstrukturen geben.

Wir können nie eine Gesellschaft erzielen, in der alle Menschen gleich sind, wenn wir nicht unsere Entschlossenheit zeigen, Gleichheit in unseren eigenen Bewegungen zu überwinden. Verschiedene Mittel können diesem Prozeß helfen: das Recht, sich unabhängig zu treffen, um die spezifischen Probleme der Frauen, Jugend, MigrantInnen oder Lesben und Schwule zu besprechen, das Recht auf eine anteilmäßige Vertretung in den Führungsstrukturen entsprechend ihrem Anteil innerhalb der Basis sowie anderen Maßnahmen.

Schlussendlich hängt diese Notwendigkeit von neuen (oder erneuerten) Massenorganisationen mit der Notwendigkeit der Gewinnung von ihnen für das Programm der sozialistischen Revolution zusammen. Die Aufgabe der Fünften Internationale besteht folglich darin, diese Massenorganisationen für ihr revolutionäres Programm zu gewinnen.

Wir können den Kapitalismus nur besiegen - nicht ihn reformieren!

Die Fünfte Internationale, die wir benötigen, sollte ein Programm haben, das auf den historischen und aktuellen Lehren der Kämpfe gegen Kapitalismus und Imperialismus basiert. Das Programm sollte klar aussagen, daß wir jede Errungenschaft gegen die kapitalistischen Bosse verteidigen – gegen die Senkung der Löhne, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Angriffe auf demokratische Rechten oder die Verletzung der nationalen Souveränität durch die Imperialisten. Außerdem unterstützen wir alle Kämpfe, um unsere Lebensstandards durch Reformen zu verbessern.

Aber wir sind keine TräumerInnen. Letztlich ist der Kampf für Verbesserungen eine Sisyphusarbeit. Jede Errungenschaft, die wir den KapitalistInnen und ihrem Staat abringen, versuchen sie wieder sich zurückzuholen. Der Kapitalismus kann nicht verbessert werden. Er muß zerstört werden.

Die KapitalistInnen und die OligarchInnen geben ihre Macht niemals auf friedlichem Wege auf. Wo sie sich durch Massenbewegungen gefährdet glauben, versuchen sie, ihren Staatsapparat und/oder fremde imperialistische Truppen zu mobilisieren. Als Beispiel sei auf diverse Coups oder Coupversuche hingewiesen: 1973 in Chile, 2002 in Venezuela oder 2009 in Nepal und in Honduras. Deshalb müssen sich die ArbeiterInnenklasse und die breiten Massen in Aktionsräten organisieren und eigene bewaffnete Milizen schaffen. Ihr Ziel darf nicht sein, den alten Staatsapparat zu übernehmen, sondern ihn zu zerstören und zu ersetzen, durch einen vollständig neuen Staatsapparat, aufgebaut von unten nach oben mit solchen Aktionsräten.

Selbst wenn politische Kräfte die Macht übernehmen, die be-



Friedrich Engels: Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus
und der II. Internationale

haupten, ihr Ziel wäre der Sozialismus, wie es Chávezs PSUV in Venezuela, der MAS von Evo Morales in Bolivien oder die UCPN (Maoisten) in Nepal tun, so bleiben entscheidende Hindernisse zur sozialistischen Umwandlung bestehen. Solange die kapitalistische Klasse nicht enteignet wird (d.h. sie weiterhin wirtschaftlich mächtig bleibt) und solange der alte Staatsapparat weiter besteht (und somit die mächtigen Schichten der Militärs, der Polizeibeamten, der Richter sowie die Staats- und Kommunalbürokratie fortbestehen), so lange ist die wirkliche Macht nicht in den Händen des Volkes, sondern in den Händen der Bourgeoisie. Präsident Chávez selbst sagte im November 2009, daß sogar 11 Jahre nach seiner Wahl der Staatsapparat und die Wirtschaft kapitalistisch geblieben sind. So bleibt sogar eine sozialistisch-orientierte Regierung in ihrer Macht eingeschränkt, den Kapitalismus abzuschaffen. Wenn die ArbeiterInnenklasse und die breiten Massen nicht selber die Macht übernehmen, dann paßt sich eine solche sozialistisch-orientierte Regierung entweder an die KapitalistInnen an, oder sie wird von diesen – wie es bereits 1973 in Chile oder 2009 in Honduras geschehen ist – besiegt.

Wir kritisieren folglich die politische Strategie von Führungen wie der PSUV, der MAS in Bolivien oder den nepalesischen MaoistInnen, als utopisch reformistisch. Sie können ehrliche Absichten haben, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, aber sie glauben, daß diese über schrittweise Fortschritte möglich sei. Das ist falsch! Es gibt keine starr voneinander getrennten Etappen in der Revolution, von der jede zuerst separat abgeschlossen werden muß, bevor die folgende anfangen werden kann. Die Revolution muß permanent, ununterbrochen vorwärts getrieben werden bis die vollständige politische und ökonomische Enteignung der kapitalistischen Klasse erzielt worden ist. Solange dieser Feind nicht enteignet wird, mobilisiert er seine militärischen, politischen und ökonomischen Machtinstrumente, um die Stärke der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten zu zerstören. Sie-uns oder Wir-sie, es gibt keine anderen Möglichkeiten!

Selbstverständlich, unter bestimmten Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß solch eine sozialistisch-orientierte Regierung durch die Entwicklung der Ereignisse weiter vorangetrieben werden kann als sie es ursprünglich beabsichtigte. Als die Castro-Führung 1959 in Kuba die Macht übernahm, hatten sie keine Strategie, um eine Verstaatlichung der Betriebe auf breiter Grundlage und eine Planwirtschaft einzuführen. Doch angesichts der Angriffe des US-Imperialismus und dem Beitritt zum Lager der stalinistischen Sowjetunion führte die Castro-Führung einen „Sozialismus“ wie in Osteuropa ein. Während die kubanische Revolution zweifellos enorme Errungenschaften für die ArbeiterInnen und die Bauern/Bäuerinnen mit sich brachte und dem Imperialismus einen schweren Schlag versetzte, denken wir nicht, daß solch eine Strategie ein Modell für heutige Revolutionen ist. Warum? Weil sie nicht eine sozialistische Gesellschaft, sondern ein bürokratisches Einpartei-Regime hervorbrachte, wo die Macht nicht auf den Räten der ArbeiterInnen und die Bauern/Bäuerinnen beruht, sondern in den Händen einer kleinen Schichten von BürokratInnen. Ähnlich wurden die ersten Versuche, die Revolution in anderen Ländern auszubreiten (durch AktivistInnen wie Che Guevara), abgebrochen und unter dem Druck von Moskau wurde eine Politik der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Regimen in Lateinamerika betrieben. Während die Fünfte Internationale Kuba natürlich gegen jede mögliche Form des imperialistischen Angriffs und Drucks verteidigt, muß sie auch den Weg zum Sozialismus über eine politische Revolution gegen das Castro-geführte bürokratische Regime weisen.

Der Kampf um Macht - die Strategie der permanenten Revolution

Eine sozialistische Revolution „erobert“ die Macht nicht über Wahlen und sie errichtet keine „freien Zonen“ d.h. „sozialistische“ Inseln innerhalb der kapitalistischen Gesellschaften. Sie beginnt, indem sie die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten für den dauerhaften Kampf gegen die Bosse und die imperialistischen Herrscher mobilisiert und sie in unabhängigen Organisationen zusammenfaßt (kämpferische Gewerkschaften,

sozialistische Frauen- und Jugendbewegungen, revolutionäre Parteien). Um ausreichend stark dafür zu sein um die Macht der herrschende Klasse in Frage zu stellen, müssen die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten ihre eigenen Organe gründen – Räte – und sich in den bewaffneten Volksmilizen zusammenschließen. Auf Grundlage solcher Kampforgane kann die ArbeiterInnenklasse die Macht durch einen bewaffneten Aufstand gegen den kapitalistischen Staat ergreifen. Nur eine solche sozialistische Revolution, die den Staat der KapitalistInnen zerstört und ihr Privateigentum an Produktionsmittel abschafft, kann den Weg in Richtung Sozialismus öffnen.

Aber die sozialistische Revolution beschränkt sich nicht auf einzelne Aktionen. Sie beginnt mit dem Vorbereiten des Aufstandes und setzt sich nach der Übernahme der Macht fort. Sie muß den Widerstand der alten herrschenden Klasse brechen und das Land gegen jede kapitalistische Invasion von außen verteidigen. Sie muß einen neuen ArbeiterInnenstaat aufbauen, der auch die Errichtung einer geplanten Wirtschaft beinhaltet. Sie muß eine Kulturrevolution herbeiführen, die alle Formen der Unterdrückung und der Vorurteile gegen nationale Minderheiten, Frauen, Jugend, Lesben und Schwulen etc. ausrottet.

Die Strategie der permanenten Revolution umfaßt auch die Internationalisierung der Revolution. Denn, wenn die Revolution nur in einem Land erfolgt, versucht die herrschende Klasse in anderen Ländern und besonders in den imperialistischen Metropolen alles in ihrer Macht stehende, die Revolution rückgängig zu machen. Deshalb z.B. hat der US-Imperialismus Kuba für Jahrzehnte blockiert und isoliert und hat Militärstützpunkte in Venezuelas Nachbarland, Kolumbien, errichtet. Der Kampf für die sozialistische Revolution wird solange andauern bis die ArbeiterInnenklasse die Macht sowohl in den Halbkolonien in Lateinamerika, Asien, dem Nahen Osten und Afrika wie auch den imperialistischen Zentren in Nordamerika, Europa und Asien übernimmt.

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts für den wir kämpfen

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, für den wir kämpfen, ist ein Sozialismus, in dem die ArbeiterInnenklasse und die Bauern/Bäuerinnen (einschließlich jener, die sich noch in Ausbildung befinden und die bereits in Pension sind) die Gesellschaft über Räte leiten, die überall – in den Betrieben, den Schulen und den Universitäten, den Stadtteilen und den Dörfern – existieren. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts wirkt von unten nach oben und nicht umgekehrt. Alle wichtigen Fragen werden in diesen Räten besprochen und Delegierte werden gewählt, um die Standpunkte der Basis in den höheren Delegiertengremien – lokal, regional, national und international – zu vertreten. Diese Abgeordneten müssen abwählbar sein, wenn sich die Basis nicht mehr von ihnen vertreten fühlt.

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts darf kein Sozialismus sein, in dem eine Kaste der BürokratInnen, die Gesellschaft beherrscht – wie das in den stalinistischen Ländern der Fall war bzw. ist. Es ist eine wichtige Lehre des 20. Jahrhunderts, daß der Sozialismus niemals eine Diktatur der Bürokratie gegen die ArbeiterInnen sein darf. Ebenso wenig kann der Sozialismus des 21. Jahrhunderts ein Sozialismus sein, in dem nur eine einzige Partei existiert. Die ArbeiterInnenklasse und die breiten Massen müssen die Möglichkeit haben, ihre Ansichten in verschiedenen Parteien zu äußern, die demokratisch um die Mehrheit in den Räten wetteifern.

Schließlich darf der Sozialismus des 21. Jahrhunderts auch kein Sozialismus sein, in dem ein Caudillo über der Gesellschaft herrscht auf Grundlage eines kombinierten parlamentarischen und bonapartistischen Systems (wie in Venezuela).

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, für den wir kämpfen, zeichnet sich durch eine globale geplante Wirtschaft und eine weltweite Föderation von sozialistischen Republiken aus. Er zielt auf die Schaffung des allgemeinen Wohlstandes für die gesamte Menschheit ab und in diesem Prozeß werden staatliche Strukturen und Klassen nach und nach absterben.

Jedoch, im Zeitraum der sozialistischen Revolution und in der

Übergangsperiode danach, wenn die alte herrschende Klasse versucht an der Macht zu bleiben oder sie zurückzuerlangen, muß die ArbeiterInnenklasse alles Notwendige unternehmen, um diesen langen und bitteren Bürgerkrieg zu gewinnen. In solch einer Übergangsperiode ist es klar, daß nur die Diktatur des Proletariats und der werktätigen Massen den Widerstand der alten herrschenden Klasse zertrümmern und unterdrücken kann. Andernfalls zertrümmern sie uns.

Demokratisch geplante Wirtschaft

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, für den wir kämpfen, ist ein Sozialismus, in dem die Wirtschaft in den Händen der ArbeiterInnenklasse ist und demokratisch geplant wird. Sofort nach der erfolgreichen sozialistischen Revolution verstaatlicht die ArbeiterInnenklasse die Banken, zentrale Finanzinstitute, Transport- und Energieunternehmen sowie Schlüsselindustrien. Familienunternehmen und bäuerliche Kleinbetriebe bleiben als Privateigentum bestehen und werden in einen ökonomischen Entwicklungsplan integriert.

Schlussendlich jedoch erzielt die Wirtschaft nie ihre bestmögliche Entwicklung, solange bedeutende Teile von ihr in privater Hand bleiben. Selbstverständlich sollte die Vergesellschaftung in Bezug auf die bäuerlichen Kleinbetriebe vorsichtig angegangen werden und strikt auf freiwilliger Basis erfolgen. Wir wollen keine Wiederholung der Zwangskollektivierungen, wie sie von der stalinistischen Bürokratie betrieben wurden.

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, für den wir kämpfen, ist folglich ein Sozialismus, in dem die Menschen die Wirtschaft gemeinsam besitzen und in ihr gemeinsam arbeiten. Wir lehnen die Vorstellung eines Sozialismus ab, der auf Genossenschaften basiert. Selbstverständlich – während einer Übergangszeit nach der Revolution – wird es wahrscheinlich Genossenschaften geben. Aber wir müssen uns der damit verbundenen Gefahren bewußt sein. Ein solches System von Genossenschaften würde unvermeidlich zur Konkurrenz zwischen den Genossenschaften führen und damit letztlich zur Schaffung einer Marktwirtschaft. Mit anderen Worten, es kommt wieder zur Kapitalbildung und der Wiedereinführung von Klassen. Und dann haben wir wieder „die ganze alte Scheiße“ (Marx) von Profit und Elend.

Wenn es kein Privateigentum in der Wirtschaft gibt, gehört das „Eigentum“ denen, die produzieren, und für die produziert wird – auf der jeweils adäquaten Ebene: lokal, regional, national, international. Alles, was lokal vor Ort entschieden werden kann, soll auch dort entschieden werden. Größere Zuteilungen von Ressourcen und Austausch von Gütern werden auf einem nationalen, regionalen oder globalen Niveau erfolgen. Da es keinen Konkurrenzkampf um Profite, keine versteckten Privilegien für BürokratInnen oder ExpertInnen gibt, existiert keine Notwendigkeit zur Geheimhaltung. Informationen über Ressourcen und Entscheidungen sind für alle zugänglich.

Wir werden nicht einen einzigen, riesigen, bürokratischen zentralen Plan haben, wie das im Stalinismus der Fall war, wo alles an einem Ort von einer Kaste der privilegierten BürokratInnen entschieden wurde. Im wirklichen Sozialismus wird es eine Serie von aufeinander aufbauenden Plänen geben, die jeweils auf der Grundlage demokratischer Debatten der ArbeiterInnen und KonsumentInnen ausgearbeitet und entschieden werden.

Solch eine demokratisch geplante Wirtschaft ist keine Utopie, wie die bürgerliche Propaganda gerne behauptet. Auf der Grundlage moderner Technologien ist es ohne große Schwierigkeiten möglich, weltweit innerhalb von Sekunden Bedürfnisse und Notwendigkeiten mitzuteilen und Produktion und Transport zu koordinieren. In Wirklichkeit arbeitet jeder moderne multinationale Konzern auf diese Art und Weise. Aber im Gegensatz zu den kapitalistischen Konzernen verwenden wir die Errungenschaften der modernen Technik nicht für den Profit von einigen wenigen, sondern für den Wohlstand der Menschheit in ihrer Gesamtheit.

ArbeiterInnen, Bauern, Bäuerinnen und Jugendliche: mit dem Sozialismus haben wir eine Welt zu gewinnen! Aber mit dem Kapitalismus werden wir sie verlieren! Laßt uns vorwärts zum

Sozialismus schreiten um die Menschheit vor den Schrecken des Kapitalismus zu schützen.

Zusammenfassung

Hugo Chávez's Aufruf für eine Fünfte Internationale im November 2009 bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Idee einer neuen Weltpartei der ArbeiterInnenklasse zu verbreiten. So viele SozialistInnen wie möglich sollten in die Debatten um diese Idee eingreifen und für eine klare revolutionäre Perspektive kämpfen. Eine solche Perspektive steht im Gegensatz zu Chávez's Sozialismus' des 21. Jahrhunderts in Venezuela, der in Wirklichkeit eine Mischwirtschaft mit einem Wohlfahrtsstaates und gleichzeitig existierender großer Konzerne ist und in dem all die mit dem Markt untrennbar verbundene Ausbeutung und Ungleichheit existiert. Stattdessen fordern SozialistInnen einen revolutionären Sturz des Kapitalismus und seines Staates, ArbeiterInnenkontrolle über die Industrie und eine geplante Wirtschaft. Chávez sieht eine Fünfte Internationale als ein Unterstützungsinstrument für sein Regime und seine Politik. Aber er wird sehen, daß der revolutionäre Antriebe der Massen deutlich über seine beschränkten Vorstellungen von Sozialismus hinaus gehen wird.

Der Kampf für ein trotzkistisches Übergangsprogramm und eine leninistische, demokratisch-zentralistische Form der Parteiorganisation muß geführt werden unter all jenen, die positiv und aktiv auf die Idee einer Internationale der ArbeiterInnenklasse, des Antiimperialismus, des Antikapitalismus und des Sozialismus reagieren. Jene hingegen, die sich zwar in Worten als „TrotzkistInnen“ oder „LeninistInnen“ bezeichnen, aber gleichzeitig die Frage der Internationale als ein weit in der Ferne liegendes Projekt betrachten, als ein Produkt, daß durch irgendeinen objektiven Prozeß von selbst zustande kommt oder einfach als das Resultat der Ausweitung ihrer eigenen Propagandagesellschaft in andere Länder – jene sind hoffnungslos national-bornierte, passive PropagandistInnen (SektiererInnen im wahren Sinn des Wortes). Sie sind bloß platonische InternationalistInnen.

Diese Tatsache ist heute noch immer genauso gültig wie vor 10 Jahre oder wie 2003, als wir den Aufruf für eine Fünfte Internationale veröffentlichten und klar als Losung sahen, für die es galt innerhalb der Massenbewegung des Widerstands gegen Globalisierung und imperialistische Kriegen zu kämpfen. Heute, angesichts des Übergangs von einer welthistorischen Periode der Stagnation des Kapitalismus zu einer der Erschütterungen und des Niederganges, ist die Ablehnung des offenen Aussprechens und Kämpfens für eine Masseninternationale geradezu kriminell.

Das Chávez-Projekt kann natürlich bereits in seinem Anfangsstadium noch vor der geplanten Konferenz in Caracas scheitern aufgrund der Ablehnung durch die meisten stalinistischen Parteien, der unpolitischen NGO's und der Libertären oder der antikommunistischen bürgerlichen PopulistInnen. Und selbst wenn die Konferenz stattfindet, ist es sehr gut möglich, daß sie nicht mehr als eine kubanische, stalinistisch-populistische Massenveranstaltung unter den Augen von Chávez, Morales oder sogar Castro selbst wird.

Nichtsdestotrotz würde Chávez' Aufruf, zu einer Konferenz nach Caracas zu kommen, vermutlich viele der kämpferischsten Kräfte weltweit anziehen. Dies trifft zu unabhängig davon, welche populistischen Motive auch immer ihn dazu bewegen und wie undemokratisch auch immer die Strukturen dort auch sein mögen. Allein schon das auf die Tagesordnung setzen einer Fünften Internationalen unterstreicht die Berechtigung des historischen Aufrufs, den die Liga 2003 machte. Jetzt gilt es, darauf mit positiven Vorschlägen zu antworten.

Es ist wahrscheinlich, daß der Aufruf für eine Fünfte Internationale anfangs eine heterogene Masse von AktivistInnen aller Art und mit unterschiedlichen radikalen politischen Hintergründen anzieht. Doch damit sie als revolutionäre Internationale erfolgreich ist, muß sie ein klares Programm entwickeln, Kampfparteien in jedem Land bilden und eine internationale Führung schaffen. Dies wird zweifellos einen harten Kampf zwischen den verschiedenen politischen Tendenzen mit sich bringen. Daß Chávez die

Berechtigung aller vier historischen ArbeiterInnen-Internationalen erkannt hat, ist für sich schon ein Schlag gegen den Stalinismus und eröffnet eine Debatte über die Lehren, die aus der Erfahrung dieser Internationalen gezogen werden können.

Wir kämpfen von Anfang an für eine revolutionäre, proletarische Fünfte Internationale. Wir treten daher von Anfang an für ein revolutionäres Programm ein. Im Gegensatz zu der IMT (Funke in Deutschland und Österreich), dem CWI (SAV in Deutschland und SLP in Österreich) oder dem VSVI (RSB und isl in Deutschland, SOAL in Österreich) weisen wir das Etappen-Modell einer neuen Internationalen zurück, das diese zuerst auf einer link-reformistischen, dann auf einer zentristischen und irgendwann einmal auf einer revolutionären Basis errichten möchte.

Gleichzeitig ist es klar, daß eine Chavez-orientierte Fünfte Internationale durch link-populistische und reformistische Kräfte beherrscht werden würde. Wir schlagen daher einen ausgedehnten Zeitraum – möglicherweise ein Jahr – der intensiven Programmdiskussion für eine solche Internationale vor. Dies wäre auch angesichts der Tatsache gerechtfertigt, daß vermutlich viele mehr Kräfte sich erst nach der Caracas-Konferenz der Fünften Internationale anschließen würden und dadurch die Möglichkeit hätten, sich so in die Diskussionen einzubringen.

Wir sind uns im klaren darüber, daß wir angesichts des widersprüchlichen Klassencharakters einer Chavez-orientierten Fünften Internationale von Beginn an die Rolle einer revolutionären Oppositionsfraktion einnehmen würden. Wir dürfen keine Illusionen darüber haben und, ebenso wichtig, wir dürfen keine Illusionen hervorrufen. Dies wäre eine Internationale, deren FührerInnen in einer Reihe von Fällen auf der anderen Seite der Barrikaden gegen die ArbeiterInnen stehen würden. (so z.B. bei Streiks in Venezuela und in Bolivien, durch die Unterstützung für Achmadinejad gegen die Massenproteste im Iran, für Mugabe und Zanu-PF gegen die ArbeiterInnen in Zimbabwe usw.)

Wir müssen einen revolutionären Klassenkampf innerhalb der Fünften Internationale gegen eine Chavez-/Castro/ELP-Führung führen. Selbstverständlich muß dies auf eine pädagogische Art getan werden, welche die Illusionen vieler ArbeiterInnen in

Rechnung stellt, um zu vermeiden, daß wir uns unnötig vom ersten Tag an isolieren. Unser Ziel muß darin bestehen, linke Kräfte, sich neu radikalisierende ArbeiterInnen und Jugendliche zu sammeln und sie nach links und hin zu einem revolutionären Weg zu führen. Während wir uns ein unabhängiges Profil als Liga mit unserem vollen Programm bewahren, müssen wir gleichzeitig versuchen, breitere Kräfte in eine Opposition gegen die Chavezista-Führung einzubeziehen. (eventuell auf Grundlage einer ersten Grundsatzklärung) Wenn möglich sollten wir versuchen, solche revolutionären, pro-Fünfte Internationale Kräfte zu einer Konferenz zusammenzubringen.

Die Bildung einer Fünfte Internationale, die aus RevolutionärInnen und ReformistInnen besteht sowie aus jenen, die zwischen diesen beiden grundlegenden Positionen schwanken (die ZentristInnen), könnte ungeheure fortschrittliche Konsequenzen haben

* unter der Voraussetzung, daß sie auf der Grundlage einer internen Demokratie existiert und sich auf MassenarbeiterInnenbewegungen stützt, die kämpfen und sich politisch entwickeln;

* und unter der Voraussetzung, daß RevolutionärInnen offen und hartnäckig für die Annahme eines revolutionären Programm und revolutionärer Methoden der Parteiorganisation kämpfen.

Solch eine Bildung einer Fünfte Internationale würde die Möglichkeit der Schaffung von neuen Parteien links von der Sozialdemokratie und dem Stalinismus erhöhen, in denen Fragen von Strategien und Taktiken nicht als bereits seit langem abgeschlossene Fragen behandelt werden, sondern als Fragen einer lebendigen Diskussion verstanden werden, die eng verbunden sind mit der Notwendigkeit des Widerstands gegen kapitalistische Krisen, inner-imperialistische Rivalität und gegen drohenden Kriege. Auch wenn die Frage von neuen ArbeiterInnenparteien, neuen antikapitalistischen Parteien, in vielen Ländern bereits auf der Tagesordnung steht, würde sich diese Tendenz verstärken, wenn eine solche Fünfte Internationale ins Leben gerufen wird.

Es ist Zeit, die Gelegenheit zu ergreifen, und mit der Bildung einer Fünften – proletarischen und revolutionären – Internationale anzufangen. ■

Revolutionärer Marxismus Nr.39

zu bestellen über unsere Kontaktadresse

Revolutionärer Marxismus Nr.40

zu bestellen über unsere Kontaktadresse

Finanzmarktkrise und fallende Profitraten

Beiträge zur marxistischen Imperialismus- und Krisentheorie



60 Jahre NATO

Geschichte und Perspektiven einer imperialistischen Kriegsallianz



Außerdem: ● Lenin, die Bolschewiki und der Kampf gegen den Krieg ● Thesen zum Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit ● Deutschland: Wer hat Angst vor der Linkspartei? ● Buchbesprechung: Moody zur US-Arbeiterklasse

verlag global red



THESEN ZUR GESCHICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN TROTZKISMUS 1927-1950

Resolution des ArbeiterInnenstandpunkt (1999)

Im folgenden veröffentlichen wir eine Resolution, die unsere Organisation 1999 bei ihrer 11. Konferenz – damals hießen wir noch ArbeiterInnenstandpunkt (ASt) – diskutierte und beschloß. Wir haben zwar auf Grundlage dieser Resolution mehrere Artikel veröffentlicht. So verweisen wir die LeserInnen auf die zweiteilige Artikelserie „Die Geschichte des österreichischen Trotzkismus 1927-1950 - seine Geschichte, seine Politik, sein Kampf“ (in ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 101 und 102) sowie den Artikel „Sozialdemokratie, Stalinismus und der österreichische Trotzkismus“ (in: Revolutionärer Marxismus Nr. 29). Die Resolution als solches, die auch auf Fragen eingeht, die in diesen Artikel nicht behandelt wurden, haben wir aber bislang noch nicht veröffentlicht.

Die Geschichte des Trotzkismus in Österreich ist ohne Zweifel ein mühsamer Leidensweg. Die Jahre der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur 1934-1938, die Nazi-Herrschaft 1938-45 und anschließend die Besatzung durch die alliierten Siegermächte bis 1955 brachten große Schwierigkeiten für die politische Arbeit mit sich. Dazu noch die Übermacht der reformistischen Bürokratie innerhalb der ArbeiterInnenbewegung – die „passiv-drohende, abwartend sich sträubende Politik der österreichischen Sozialdemokratie“ (Trotzki) auf der einen Seite, die selbst vor der Verschleppung trotzkistischer Kader (Karl Fischer) in sibirische Lager nicht zurückschreckenden StalinistInnen auf der anderen Seite. Das verhältnismäßig kleine Häufchen von TrotzkistInnen glich wahrlich einem David gegen Goliath.

Als TrotzkistInnen des 21. Jahrhunderts sind wir stolz auf die Geschichte unserer politischen Großväter und –mütter. Das schließt kritische Bewertungen keineswegs aus. Im Gegenteil, wie die LeserInnen sehen werden, denken wir, daß die österreichischen TrotzkistInnen eine Reihe von Schwächen hatten. Und wenn wir aus der Geschichte unserer Bewegung lernen wollen, müssen wir diese Schwächen auch offen bilanzieren. Die für MarxistInnen notwendige Strenge in der Beurteilung des Handelns von politischen Kräften, gilt auch für sie selber. Daher haben wir in diesem Dokument den Versuch unternommen, nicht nur über die Geschichte des Trotzkismus zu berichten, sondern sie auch politisch zu bewerten und zu charakterisieren. Marxismus ist bekanntlich – wie Lenin wiederholt betonte – in jeder Hinsicht parteilich, einen Standpunkt beziehend. Der marxistische Philosoph Iwan K. Luppold hat einmal den Zusammenhang von theoretischer und praktischer Parteilichkeit folgendermaßen formuliert: „Die Parteilichkeit in der Wissenschaft verpflichtet auch zur Parteilichkeit in der praktischen Tätigkeit. Die theoretische Parteilichkeit liefert ja gerade die Begründung zur praktischen Tätigkeit.“ (Iwan K. Luppold: Die materialistische Dialektik und die Arbeiterbewegung (1928); in: Unter dem Banner des Marxismus, II. Jahrgang (1928), S. 231; wir haben diesen Text in der Ausgabe 2-3 des FAREV neu abgedruckt)

Doch all diese Kritik tut der Hochachtung und dem politischen Stolz, den wir für die Begründer unserer Bewegung vor über 80 Jahren empfinden, keinerlei Abbruch.

Redaktion des FAREV

Einige Vorbemerkungen zur allgemeinen Vorgangsweise zum Gegenstand der Geschichte des österreichischen Trotzkismus: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des österreichischen Trotzkismus kann und darf nicht auf eine

Beschäftigung sich fern der Gegenwart abspielender geschichtlicher Ereignisse reduziert werden, die mit den aktuellen Anforderungen, die an eine revolutionäre Organisation von heute gestellt werden, nur abstrakt am Rande was zu tun hätte. Diese „normale“ Betrachtungsweise bürgerlicher oder liberaler Historiker, vor der auch Linke nicht gefeit sind (bspw. die AGM (Vorläuferorganisation der RSO, Anmerkung der FAREV-Redaktion)), Geschichte weitgehendst als einen neutralen und unverbindlichen Auftrag der Gegenwart zu fassen, lehnen wir ab. Von einem historisch-materialistischen Standpunkt aus betrachtet ist demgegenüber die Auseinandersetzung mit dem österreichischen Trotzkismus ein Versuch, eine Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart schlagen zu können. Erst diese Art und Weise des Zuganges zu historischen Prozessen erlaubt es uns, die Geschichte des österreichischen Trotzkismus unter dem Blickwinkel einer Handlungsanleitung für marxistisch-revolutionäre Politik sehen zu können – insbesondere zu den in den Thesen behandelten Fragen wie Krieg, Stalinismus, Sozialdemokratie, Internationalismus, Intervention in den Klassenkampf usw.. sehen zu können. Im Anschluß daran steht die Frage nach der Kontinuität revolutionär-marxistischer Politik in Österreich im Zentrum unserer Beschäftigung mit der Geschichte des Trotzkismus.

Sozialdemokratie und Einheitsfronttaktik, Entrismus und der „tiefe“ Entrismus.

1. Allgemein gesprochen war die taktische Haltung der Trotzkisten zur Sozialdemokratie von einer weitgehend prinzipienfesten Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die KPÖ(Opposition) (KPÖ(O)), der generellen Ablehnung der von der Internationalen Linksoption in den 30er Jahren vorgeschlagenen Entrismus-Taktik und vom „Entrismus sui generis“ in den 50er und 60er Jahre der Internationalen Kommunisten Österreichs (IKÖ, die österreichische Sektion der IV. Internationale) bestimmt. Daß der Weg zur Revolution über die Gewinnung der reformistischen Arbeiter verläuft, hat die KPÖ(O) erkannt. Im April 1927 hat die KPÖ(O) bei den stattfindenden Nationalratswahlen die Einheitsfronttaktik prinzipienfest auf die Wahlbene erweitert. Die KPÖ(O) hat für eine, wenn auch von ihr nicht explizit so bezeichnete „kritische Wahlunterstützung“ der Sozialdemokratie (Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, SDAP) aufgerufen, in Verbindung mit der Errichtung einer revolutionären Arbeiterregierung in Anwendung der Beschlüsse des 4. Weltkongreß. Von Bedeutung ist dieser Wahlaufbruch für die Sozialdemokratie auch hinsichtlich des an die Wahlempfehlung gekoppelten revolutionären Aktionsprogramms. Das von der KPÖ(O) erstellte Aktionsprogramm war das einzige von dieser Art, das in den darauffolgenden Jahrzehnten von sich auf den Trotzkismus berufenden Organisationen bei einer Wahlunterstützung für die Sozialdemokratie herausgegeben wurde. Eine exemplarische Einheitsfronttaktik mit der Sozialdemokratie zeichnete ebenso die Intervention der KPÖ(O) im schwelenden Bürgerkrieg im Juli 1927 aus. Dabei hat die Linksoption für die Losung des revolutionären Generalstreiks agiert und in Verbindung mit der Machteroberung gesetzt, in diesem Fall mit dem Sturz der bürgerlichen, von Seipel geführten Koalitionsregierung.

2. Die ursprünglich vorgenommene taktische Ausrichtung der KPÖ(O) auf die Sozialdemokratie ist mit der interna-

tionalen Orientierung der KPÖ(O) in Widerspruch geraten. Dadurch hat die Linksoption die nationale Komintern-Sektion, die KPÖ, zugunsten der SDAP in ihren taktischen Überlegungen im Abseits stehen lassen. Die Opposition hat sich bei ihrer Gründung als ein (ausgeschlossener) Bestandteil der Komintern betrachtet. Als Konsequenz der darauffolgenden Auseinandersetzungen über die Orientierung der Opposition manifestierten sich erstmals eine sektiererische Abwendung von der Sozialdemokratie, die mit einer Tendenz zur Anpassung an die KPÖ zusammengefallen ist. Von nun an haben der Mahnruf wie auch die KPÖ(O) Freys ausnahmslos für die KPÖ bei allen künftigen Wahlen aufgerufen. Erst in der Nachkriegsphase ist durch den Kampfbund und der IKÖ in aller Regel wieder für die SPÖ zu den Wahlen aufgerufen worden. Diese Orientierung der beiden Oppositionsgruppen stand indessen im Widerspruch zu der von Trotzki empfohlenen Wahltaktik. Trotzki vertrat die Ansicht, die Opposition müsse innerhalb der KPÖ einen Kampf für die unabdingbare Notwendigkeit der Einheitsfront der KPÖ mit der Sozialdemokratie gewinnen. Sie dürfe aber nicht die ArbeiterInnenbewegung, die in Österreich beinahe identisch mit der Sozialdemokratie und ihres Arbeiteranhangs war, keineswegs ignorieren. Der Kampf um die Einheitsfronttaktik mit der Sozialdemokratie stand aber für Trotzki und die internationalen Linksoption unter dem Blickwinkel der Reformierung der Komintern-Sektionen und war der grundlegenden Orientierung auf die nationalen Sektionen der kommunistischen Parteien untergeordnet. Wenn die Opposition die KPÖ für die notwendige Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie nicht gewinnen könne, was sehr wahrscheinlicher war, müsse sie für die Wahl der KPÖ aufrufen, meinte Trotzki. Diese richtige Orientierung brachte jedoch insbesondere in Österreich auch einige Schwierigkeiten mit sich, da die KPÖ von ihrer Gründung bis 1934 nicht über das Stadium einer kleinen Partei hinaus kam. Trotzdem repräsentierte sie die – wenn auch kleine – politische Avantgarde, auf die es sich zu orientieren galt. Noch wichtiger ist allerdings zu bewerten, daß die Trotzkiisten richtigerweise eine internationale Orientierung auf die Reform der Komintern hatte und für dieses Ziel alle Kräfte gebündelt werden mußten. Konkrete nationale Besonderheiten mußten der allgemeinen internationalen Strategie untergeordnet werden.

3. Feststeht hingegen, daß aber auch die Sozialdemokratie bis 1932/33 kein attraktiveres Interventionsfeld für die Linksoption eröffnet hätte. Bis dahin ist die Opposition zur Parteiführung und ihrem Kurs der Anpassung gegenüber den reaktionären Maßnahmen des Bürgertums unbedeutend gewesen. Die Opposition hat sich kaum in irgendeiner Weise spürbar bemerkbar gemacht. Erst nachdem sich das österreichische Bürgertum durch die Ausschaltung des Parlaments und des Verbots des Schutzbundes an die Zerschlagung der sozialdemokratischen Partei heranmachte (1933), sind starke oppositionelle Regungen zum Ausdruck gekommen. Innerhalb der Sozialdemokratie hat sich die zuspitzende Phase des Klassenkampfes während der ersten Republik (1932/33) organisatorisch nicht in der Gründung expliziter Tendenzen oder Fraktionen niedergeschlagen. Im Unterschied zur Phase vor 1932/1933, wo der Orientierung auf die KPÖ keine relevanten Nachteile in Hinblick auf das Wachstum und Überwindung ihrer Isolation erwachsen sind, kann das in der Phase unmittelbar vor und nach dem Februar 1934 ganz und gar nicht behauptet werden. Die KPÖ(O), später der Kampfbund und die RKÖ haben aufgrund ihrer sektiererischen Ablehnungsfront gegenüber der Entrismus-Taktik aus den zunehmenden innerparteilichen Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie und später dann in der illegalen RS die Gelegenheit eines möglichen Wachstums verpaßt. Anstatt dessen haben sie ihre sektiererische Isolierung und Abschottung von der ArbeiterInnenbewegung künstlich verstärkt. Die offizielle Sektion der IKL, die BL-Ö, unterstützte prinzipiell die Entrismus-Taktik, arbeitete auch eng mit einer Reihe von RS-AktivistInnen zusammen und rekrutierte einige von ihnen, aus organisatorischen Gründen dürften sie jedoch keine entschlossene entristische Wende gemacht haben. Ob ein Entrismus vom Standpunkt prinzipienfester revolutionärer Politik aus betrachtet praktisch unter der bürokratisch behüteten

Disziplin der sozialdemokratischen Parteiführung auch durchführbar gewesen wäre, läßt sich nur sehr schwer beurteilen.

4. Unsere Kritik besteht aber darin, daß die meisten Trotzkiisten nicht einmal den Versuch unternommen haben, eine Oppositionsarbeit innerhalb der Sozialdemokratie überhaupt anzupfeilen. Josef Frey und der Kampfbund, die Befürworter des Teilentrismus waren, haben sich sogar veranlaßt gesehen, ihre Ablehnung des „Vollentrismus“ von prinzipiellen Erwägungen heraus zu begründen. Dieser Einwand war kein Zufall. Frey und später die IKÖ haben in ihrer Charakterisierung der Sozialdemokratie die durch den gewerkschaftlichen Einfluß der Sozialdemokratie vermittelte Wechselbeziehung zwischen dem proletarischen Massenhang und der bürgerlichen Politik der Parteibürokratie außer Acht gelassen. Beide haben den die dialektische Widersprüchlichkeit und Einheit widerspiegelnden Begriff der bürgerlichen Arbeiterpartei zur Einschätzung des sozialdemokratischen Reformismus nicht angewendet. Frey bzw. die IKÖ haben die organischen Beziehungen des Proletariats mit der Sozialdemokratie unterschätzt. In der Sozialdemokratie sahen beide nicht mehr als eine andere bürgerliche Klassenpartei mit dem Unterscheidungsmerkmal des proletarischen Massenhangs sah. Das hat Frey in der Entrismus-Frage offenkundig dazu verleitet, die Betonung der unbedingten organisatorischen Selbständigkeit der „proletarischen Klassenpartei“ zu einem Fetisch und Prinzip an sich erhoben.

5. Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre hat sich die IKÖ über die Frey'sche Unterteilung des Entrismus in Voll- und Teilentrismus unter der Perspektive des vom IS geforderten „Entrismus sui generis“ in zwei getrennte Organisationen gespalten (1949-1954). Beide Strömungen sind vom IS unter Bevorzugung der auf ihrer Linie stehenden Minderheitsfraktion (u.a. Modlik) anerkannt worden. Im Unterschied zu den 30er Jahren war aber ein Entrismus unter der Aufrechterhaltung des revolutionären Programms in der Sozialdemokratie während der Nachkriegsphase und des einsetzenden Kalten Krieges ein nicht realisierbares Unterfangen. Ein Entrismus war nur unter Verzicht des revolutionären Programms möglich. Spätestens mit dem 3. Weltkongreß der 4. Internationale (1951) hat das IS und die österreichische Minderheit der Vollentristen ihr bis dahin noch formales Festhalten an dem revolutionären Übergangsprogramm bei Durchführung des Entrismus preisgegeben. Der 3. Weltkongreß hat in seinen Beschlüssen explizit das Zurückstellen „unnötiger“ prinzipieller Fragen gefordert. Die Unterschiede zwischen den beiden IKÖ-Gruppierungen in ihrer Entrismus-Konzeption dürfen aber nicht überschätzt werden. Beide haben in ihrer entristischen Praxis vor und nach ihrer Spaltung den vom IS vorgeschlagenen tiefen Entrismus in der Sozialdemokratie angewendet. Dies fand am deutlichsten seinen Ausdruck in der gleichfalls von beiden Strömungen in bewußter Abgrenzung zum Aufbau eines revolutionären Kerns vorgenommenen Zielsetzung der Schaffung eines linken reformistischen Flügels innerhalb der SPÖ. Die minimalen konzeptuellen und praktischen Differenzen zwischen den beiden IKÖ-Lagern beschränkten sich so darauf, daß die IKÖ-Mehrheit (u.a. Babnik, Drexler, Thomas) den tiefen Entrismus für die Partei – den sogenannten „Parteikern“ – als Ganzes ablehnte. Das lag wohl an der in der IKÖ ganz und gar üblich gewesenen Trennung zwischen reformistischer Praxis und orthodoxem Festhalten am revolutionären Programm begründet – einem ersten zentristischen Fehler. Das Programm war damit seiner Bestimmung als Handlungsanleitung im Klassenkampf beraubt, und wurde für diesen wertlos. Die Minderheit hat hingegen diese „Prinzipienreitereien“ auch nicht mehr für den Parteikern gelten lassen wollen. Den Kampf um prinzipielle Fragen in den sozialdemokratischen Parteien empfand die IKÖ-Minderheit als ein Hindernis zur Erfüllung der Perspektiven des 2. Weltkongresses der 4. Internationale (1948). Die 4. Internationale/IKÖ-Minderheit erachtete angesichts ihrer übertriebenen optimistischen Perspektiven Ende der 40er/50er Jahre die Überwindung des Daseins kleinster Propagandagruppen und den Aufbau einer Massenpartei für möglich.

6. Aber auch der Kampfbund von Frey, der in den 30er Jahren sich als entschiedener Opponent gegen den Entrismus

profilierte, da er ein opportunistisches Abgleiten in die Sozialdemokratie befürchtete, lag in den 50er Jahren in der Begründung seiner Vorstellung über den von ihm befürworteten Teilentrismus mit den Teilentristen der IKÖ-Mehrheit grundsätzlich auf einer Ebene. Frey, der sich nach Kriegsende wieder zum Thema des Teilentrismus äußerte, hielt nunmehr einen programmatisch astreinen Teil-Entrismus in die sozialdemokratischen oder stalinistischen Parteien für ausgeschlossen. Nach Frey wäre es den Revolutionären „bestenfalls“ gestattet gewesen, als „linke“ Stalinisten oder „linke“ Sozialdemokratien zu agieren. Das war mit Sicherheit der Normalfall in der Praxis der IKÖ und wäre auch nach den neu formulierten Überlegungen von Frey zum Teilentrismus die des Kampfbundes geworden. Für Frey ist diese angepaßte Variante des Entrismus dennoch eine mögliche Option für eine Arbeit des Kampfbundes in der SPÖ geblieben. Der Kampfbund hat aber im Vergleich zur IKÖ auf keine von der Organisation angeleitete Intervention in der ArbeiterInnenbewegung verweisen können. Wenn auch durch die illegalen Bedingungen sehr eingeschränkt, hat die IKÖ über ein begrenztes Praxisfeld in der Nachkriegsphase verfügt.

7. Wir halten an dieser Stelle fest, daß es für revolutionäre KommunistInnen in der Tat Bedingungen geben kann, in der innerhalb einer reformistischen/zentristischen Partei zwar keine entristische Arbeit möglich ist, jedoch eine revolutionäre Fraktionsarbeit. Unter der Bedingung, daß eine solche Partei einerseits unter der scharfen bürokratischen Kontrolle der Führung steht, andererseits eine Schicht nach links gehender ArbeiterInnen (oder Jugendlicher) in diese Partei hineinströmt, kann es sinnvoll und legitim sein, eine geheim angeleitete Gruppe von GenossInnen in diese Partei zu entsenden. Ihr Ziel ist es, mögliche Differenzierungsprozesse voranzutreiben und schließlich die besten Elemente abzuspalten und der revolutionären Organisation zuzuführen. (Trotzki empfahl z.B. der US-SWP eine solche Taktik gegenüber der CPUSA 1939/40, die auch ansatzweise umgesetzt wurde.) Hierbei kann es sogar über einen gewissen Zeitraum notwendig sein, auf das offene Propagieren des vollen Programms zu verzichten. Allerdings darf dies nicht die revolutionäre Partei als ganzes umfassen, da sonst das revolutionäre Programm verschwindet. In jedem Fall ersetzt eine solche taktische Möglichkeit nicht die Taktik des Entrismus und in jedem Fall muß im Rahmen einer solchen revolutionären Fraktionsarbeit nach einer gewissen Phase offen das revolutionäre Banner heißt und eine Spaltung angestrebt werden. Ein längeres Verbleiben, „Untertauchen“ wäre hingegen falsch und prinzipienlos.

Die Kriegsfrage

8. Die *kombinierte Kriegstaktik* (KKT) stand im bewußten Gegensatz zum revolutionären Defätismus. Für Frey war der revolutionäre Defätismus unter den Bedingungen der Existenz des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates vor dem Kriegsausbruch die Haupt(!)gefahr, die es innerhalb den Reihen der Revolutionäre zu bekämpfen galt. Das von Frey am Vorabend des zweiten imperialistischen Weltkrieges ausgearbeitete System der KKT war ein Konzept, das Taktik und Strategie des Kampfbundes unter dem Blickwinkel mehr oder weniger voneinander unabhängiger isolierter Nationalstaaten ableitete und nicht umgekehrt von dem in sich widersprüchlichen, aber einheitlichen Weltsystem als Ganzes bestimmte. Von dieser grundlegenden auf die einzelnen Nationalstaaten beschränkte Prämisse ausgehend leitete Frey von Nationalstaat zu Nationalstaat die Haltung des Kampfbundes im Kriegsfall ab. Die konkret angewendete Taktik war von der Stellung des betreffenden imperialistischen oder halbkolonialen Staates zur „proletarischen Weltfront“, dem sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat, abhängig. Der Kampfbund forderte so auch die „Eingliederung und Einordnung“ der proletarischen Revolutionäre in die „proletarische Weltfront“.

9. Die KKT nahm eine Aufspaltung des imperialistischen Lagers in „Hauptfeinde“, die sich auf die faschistischen Achsenmächte Deutschland, Japan, Italien konzentrierten und

„vorübergehend“ verbündete Staaten vor. Diese Einteilung in prinzipiell verfeindete und vorübergehende „höchst“ unsichere mit der Sowjetunion verbündete imperialistische Staaten, war an sich schon darauf angelegt, nicht einheitliche, sondern unterschiedliche taktische Konsequenzen in den kriegführenden imperialistischen Staaten zu ziehen. Die Vorbedingung der Bündnisstellung zur Sowjetunion hat Frey jedoch noch vor dem Überfall auf die Sowjetunion fallengelassen. Nun war für den Kampfbund eine gemeinsame feindliche Frontstellung zum unmittelbaren deutschen „Hauptfeind“ der Sowjetunion ausreichend, um den revolutionären Defätismus einzustellen. Außer in den Achsenmächten war für den Kampfbund der revolutionäre Defätismus in der überwiegenden Anzahl von imperialistischen Staaten so hinfällig geworden (etwa England, Dänemark, Frankreich...). Wie weit Frey mit seiner Auslegung eines Zusammenfallens einer Interessenskoalition eines imperialistischen Staates mit der Sowjetunion gegangen ist, demonstrierte das französische Fallbeispiel. Im Krieg zwischen den französischen und deutschen Imperialismus empfahl er, Frankreich gegen den gemeinsamen deutschen „Hauptfeind“ der UdSSR zu unterstützen. Frey sprach sich dafür aus, eine gemeinsame militärische Front zwischen den Revolutionären, der ArbeiterInnenklasse und dem französischen Generalstab herzustellen. Dies, obwohl der Bündniszusammenhang Frankreichs mit der Sowjetunion höchst unvermittelt und indirekt war.

10. Die Frey'sche Einteilung in „Hauptfeinde“ und Verbündete des imperialistischen Lagers in Zusammenhang mit der Verteidigung der Sowjetunion ist aber ebenso Indiz seiner Fehlinterpretation des Charakters des zweiten Weltkrieg. Frey hat den zweiten Weltkrieg als einen „allimperialistischen“ Krieg der vereinten imperialistischen Weltmächte gegen die Sowjetunion mißverstanden. Der Angriff auf den (degenerierten) sowjetischen Arbeiterstaat war sicher einer von mehreren Aspekten des zweiten Weltkrieges. Aber er gehörte sicher nicht zu den entscheidenden Auslösern des zweiten imperialistischen Weltkrieges. Die lagen mit Abstand in der Neuaufteilung der nach dem 1. Weltkrieg entstandenen imperialistischen Weltordnung zwischen dem zu spät und zu kurz gekommenen faschistischen Achsenmächten und der Vormachtstellung seiner anglo-sächsischen Rivalen begründet. Der Frey'sche Standpunkt ignorierte die überragende Bedeutung der innerimperialistischen Konflikte. Diese haben während des zweiten Weltkrieges einen höheren Stellenwert eingenommen haben als ihr Antagonismus zum degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat. In dieser Fehleinschätzung liegen die Wurzeln der schweren Orientierungskrise des Kampfbundes nach dem zweiten Weltkrieg begraben. Der Kampfbund ist beinahe bis zu seiner Auflösung anfangs der 70er Jahre von der Perspektive der Fortsetzung des zweiten Weltkrieges ausgegangen.

11. Die Unterteilung des Kampfbundes in Haupt- und Nebenfeinde der Sowjetunion beschränkte sich nicht auf die Ebene der imperialistischen Nationalstaaten. Frey Sichtweise fixierte sich auf die isolierte, von der stalinistischen Bürokratie beherrschte „proletarische Weltfront“. Damit löste Frey die Verteidigung der Errungenschaften der sowjetischen ArbeiterInnenklasse aus dem Gesamtzusammenhang der proletarischen Weltrevolution und der internationalen ArbeiterInnenbewegung heraus. Die ArbeiterInnenklasse im Westen und die von der Bürokratie beherrschte sowjetische ArbeiterInnenklasse hatten ein objektives Interesse an der Zerschlagung der imperialistischen Kriegsmächte und an ihrer Überwindung durch die sozialistische bzw. politische Revolution. Im Unterschied zu Frey hat die 4. Internationale in ihrer Einschätzung den Grundcharakter des zweiten Weltkrieges als eine Fortsetzung des ersten imperialistischen Weltkrieges unter Berücksichtigung des Ausnahmefalls des (degenerierten) sowjetischen Arbeiterstaates gewürdigt. Von dieser Bestimmung des Krieges als eines reaktionären imperialistischen Krieges, ausgenommen der berechtigten Verteidigungshaltung durch die Sowjetunion und durch die Halbkolonien, begründete die 4. Internationale den revolutionären Defätismus in allen imperialistischen Staaten. Die taktische Haltung der ArbeiterInnenklasse in den imperialistischen Staaten zum (degenerierten) Arbeiterstaat konnte aber tatsächlich nicht ein und die-

selbe sein wie zu einem imperialistischen Staat. Die sowjetische Ausnahmestellung im zweiten imperialistischen Weltkrieg verlangte hingegen nach der Einheitsfront mit der mit den proletarischen Eigentumsverhältnissen verwurzelten stalinistischen Bürokratie zur Verteidigung der verstaatlichten Produktionsmittel unter der Perspektive des Kampfes zum Sturz der Bürokratie. Während z. B. der revolutionäre Defätismus die Verhinderung und Sabotage von britischen Waffenlieferungen an die deutsche Front verlangt, hätte die 4. Internationale die von Britannien an die Sowjetunion ergangenen Waffenlieferungen nicht behindert. Diese praktischen und taktischen Maßnahmen erforderten nicht die Zurückstellung des revolutionären Defätismus.

12. Im Zentrum der taktischen und strategischen Überlegungen der 4. Internationale stand das Ausnützen des imperialistischen Krieges durch die internationale ArbeiterInnenklasse mit der Perspektive der Organisierung der sozialistischen Revolution im Westen und der politischen Revolution in der Sowjetunion. Von revolutionären Perspektiven in der Nachkriegsordnung war die zentristische KKT weit entfernt. Die KKT war von einem Pragmatismus durchzogen und eher auf die Bewahrung als auf eine grundlegende Veränderung der alten Verhältnisse der Zwischenkriegszeit ausgerichtet. Für den Kampfbund war die internationale ArbeiterInnenklasse am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges nicht der Hauptakteur in der Weltarena. Der Kampfbund übertrug die Verteidigung der Errungenschaften der sowjetischen ArbeiterInnenklasse, die im wesentlichen die verstaatlichten Produktionsmittel umfaßten, die mit der Kreml-Bürokratie in einer gemeinsamen Frontstellung zum „unmittelbar Hauptfeind“ Deutschland stehenden Teile der imperi-

alistischen Weltbourgeoisie. Der Kampfbund rief in Umkehrung der revolutionären defätistischen Tradition der ArbeiterInnenbewegung die Arbeiter dazu auf, sich als „bewußte Sklaven“ in eine gemeinsame militärische Einheitsfront mit den betreffenden imperialistischen Staaten einzureihen. An die Einheitsfront war für den Kampfbund die Aufrechterhaltung der „revolutionären Opposition“ gekoppelt. Aus dem gemeinsamen Kampfziel ergab sich zwischen dem Kampfbund und Teilen der imperialistischen Weltbourgeoisie eine gemeinsame Interessenparallelität. Diese bestand in dem Sieg über den deutschen „Hauptfeind“.

13. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß sich die in der KKT integrierte „revolutionäre Opposition“ des Kampfbundes auf reine Propaganda, die in der „grundsätzlichen Opposition“ gegen das herrschende imperialistische System bestand, zu beschränken hatte. Agitatorische Aufforderungen zu Massenaktionen durch den Kampfbund zur Durchführung von Sabotagen der Kriegsanstrengungen in den anti-deutschen kriegführenden imperialistischen Staaten hätte das militärische Bündnis in den betreffenden imperialistischen Staat ad absurdum geführt. Im Anfangsstadium und während des Krieges hätte aber die konsequente revolutionär defätistische Linie gegen den kriegführenden imperialistischen Staat vorbereitende Aktionen zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg und schließlich der sozialistischen Revolution erfordert. Die propagandistische „revolutionäre Opposition“, die den revolutionären Anspruch von seiner Praxis trennte, war für den Kampfbund hingegen ein Behelfsmittel zur ideologischen Deckung seiner Praxishöhe zu den ReformistInnen. Die reformistischen Parteien waren wie der Kampfbund in Europa gegenüber

Theoretisches Journal der Liga der Sozialistischen Revolution

UNTER DER FAHNE DER REVOLUTION

Zu Bestellen über unsere Kontaktadresse



Der Marxismus als theoretische Praxis und praktische Theorie

Roman Birke

Kampf dem Klerikalismus

Thesen zur christlichen Religion und Kirche

ArbeiterInnenstandpunkt

Das reaktionäre Weltbild von Papst Benedikt XVI

Michael Pröbsting

Das Christentum als Rechtfertigungsideologie des imperialistischen „Krieg gegen den Terror“

Michael Pröbsting

ARCHIV DES MARXISMUS

Sozialismus und Religion (1905)

Wladimir Iljitsch Lenin

Des Revisionismus letzte Weisheit (1924)

Abram Deborin



Ist eine Vereinigung Europas im Kapitalismus möglich? Lenin und Trotzki zur Frage eines sozialistischen Europas

Michael Pröbsting

Der Tschad-Konflikt und die Linke:

Schein-Antiimperialismus mit marxistischen Phrasen getarnt

Michael Pröbsting

Europäische Linkspartei und KPÖ:

Degenerationsprozess zeigt sich in Kosova-Frage

Roman Birke

Tierbefreiung als Teil des revolutionären Programms?

Roman Birke

ARCHIV DES MARXISMUS

Materialistische Dialektik und Arbeiterbewegung (1928)

Leon E. Dargoff

Texte über die Losung der

Vereinigten Staaten von Europa (1923 und 1928)

Leon Trotzki

Doppelnummer

Deutschland und Italien, wenn auch unfreiwillig, DefätistInnen, und zwar ausschließlich gegenüber diesem Kreis von Staaten. An tatsächlicher Abgrenzung von der Haltung des Kampfbundes zu den sozialdemokratischen Parteien im zweiten Weltkrieg ist praktisch nicht viel übriggeblieben. Die Unterschiede beschränkten sich auf die „grundsätzliche“ Kritik des Kampfbundes an der von der militärischen Front auf die Regierungsebene verlagerten Burgfriedenspolitik. Der Kampfbund lehnte hingegen Beteiligungen an nationalen Konzentrationsregierungen (z.B. die Labour-Party in England) ab. Außerdem verweigerte der Kampfbund die Zustimmung zu Kriegskrediten.

Die Volksabstimmung 1938, imperialistischer Krieg und die Opposition

14. Zum Zeitpunkt der von Schuschnigg im März 1938 geplanten, unter dem Druck von Hitler verhinderten Volksabstimmung über den Fortbestand der österreichischen Unabhängigkeit vor den Annexionsbestrebungen Deutschlands war der Kampfbund gespalten. Eine Mehrheit hat den von ihr so bezeichneten „Sozialimperialismus raffinierter Art“ der KKT von Frey nicht akzeptiert. Der Kampfbund ist in vier Fragmente zerfallen, bevor es noch zum Kriegsausbruch am 1.9.1939 kam. Es bestanden fortan vier in der Illegalität wirkende voneinander unabhängige Organisationen: die Proletarischen Internationalisten (PI), die Gruppe gegen den Strom, die Proletarischen Revolutionäre, der Rest-Kampfbund. Die „kritische“ Ja-Empfehlung bei der Volksabstimmung durch den Kampfbund und der PI (die diese jedoch später korrigierte) unterstrich erneut die Mängel in ihrer Einschätzung des Imperialismus. Ausgangspunkt ihrer Analyse war wiederum nicht eine wissenschaftliche, primär von sozialökonomischen und nicht nach politischen Kriterien abgeleiteten Einschätzung zur Charakterisierung eines Staates durch den Kampfbund. Vor dem Hintergrund der Annexionsbestrebungen des deutschen Imperialismus von Österreich und der Tschechoslowakei entwickelte der Kampfbund zusätzlich zu seiner politisch begründeten antagonistischen Gegenüberstellung in imperialistische Haupt- und Nebenfeinde die These der Unterscheidung zwischen schwachen und starken imperialistischen Staaten. Der konkrete Hauptfeind war aus der Sichtweise von der PI und dem Kampfbund im Konflikt zwischen Schuschnigg und Hitler Deutschland. Bis 1936 hat der Kampfbund das österreichische Regime als bonapartistisch eingeschätzt. Nach dem erzwungenen Abkommen vom Juli 1936 von Schuschnigg mit Hitler war die österreichische Diktatur für den Kampfbund eine faschistische Diktatur. Der „Austrofaschismus“ hinderte aber den Kampfbund und gleichfalls die PI nicht daran, den „kleinen“ faschistischen imperialistischen „Räuber“ vor dem großen „faschistischen Räuber“ zu verteidigen. Die Unterteilung in Haupt- und Nebenfeinde, in schwache und starke imperialistische Staaten hat indessen auch im österreichischen Anlaßfall für den Kampfbund und die PI die Unterordnung der Taktik und Strategie der internationalen Arbeiterklasse unter die nationale Arbeiterklasse bedeutet. Mit dieser auf den einzelnen Nationalstaat konzentrierten Methode zur Bestimmung der Strategie und Taktik war wie im Fall der KKT die Bindung der nationalen Arbeiterklasse an die Interessen des imperialistischen bürgerlichen Staat und den bürgerlichen Regierungen verbunden anstatt diese aufzuheben.

15. Bezüglich der politischen Charakterisierung des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes zeigten sich einige Schwächen bei den österreichischen Trotzkisten. Der Kampfbund bezeichnete das Regime nach 1934 als bonapartistisch und dann ab 1936 als faschistisch, womit er seine impressionistische Methode unter Beweis stellte, die konjunkturelle Änderungen der Außenpolitik zur Grundlage der politischen Charakterisierung des Regimes machte. Darüberhinaus stellte er die ganze Logik des Trotzki'schen Verständnis auf den Kopf. Trotzki argumentierte, daß faschistische bonapartistische Staaten nach der Machtübernahme und dem erfüllten Dienst des kleinbürgerlichen/lumpenproletarischen Mobs zur Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung der Staat seinen spezifisch faschistischen Charakter (Massenmobil-

isierung) immer mehr verliert und sich immer mehr zu einem gewöhnlichen Bonapartismus entwickelt. Die offizielle Sektion, die BL-Ö, definierten das Regime von Anfang an als faschistisch. Tatsächlich jedoch war das Dollfuß/Schuschnigg-Regime von 1934 bis 1938 eine bonapartistische Diktatur, in der es allerdings v.a. Anfangs ein wichtiges faschistisches Element (nämlich die Heimwehren) gab. Der Grund, warum wir das Regime nicht als faschistisch bezeichnen, liegt darin, daß die faschistischen Heimwehren nicht die zentrale Machtbasis des Regimes darstellten, sondern der Staatsapparat, Teile der Christlich-Sozialen und die Kirche. Ebenso spielte beim Putsch im Februar 1934 nicht die Heimwehren, sondern das Bundesheer die entscheidende Rolle. Als Resultat dieses Charakters erlitt die ArbeiterInnenbewegung keine auch nur annähernd so vernichtende Niederlage wie z.B. in Deutschland 1933. Vielmehr konnte sie sich im Untergrund rekonstituieren und radikalisierte sich nach links (Vervierfachung der KPÖ-Mitgliedschaft auf 16.000 nach dem Februar 1934, Abspaltung der zentristischen Revolutionären Sozialisten von der Sozialdemokratie und führende Stellung innerhalb der ArbeiterInnenbewegung).

16. Von der Gruppe „Gegen den Strom“ – die insgesamt recht schwach bei der Entwicklung revolutionärer Antworten war – ist keine Stellungnahme zur Volksabstimmung bekannt. Allerdings lehnten sie grundsätzlich die Verteidigung kleinerer imperialistischer Staaten gegen größere ab. Die offizielle österreichische Sektion der BL-Ö/RK ist in ihrer Position zur Volksabstimmung gegenüber der PI und dem Kampfbund den Anforderungen einer internationalistischen Linie am Nächsten gekommen. Sie rief auf, mit „Nein“ zu stimmen. Dieser Fehler, dem ein Mißverständnis über den Gegenstand des Referendums, das die Unabhängigkeit Österreichs bzw. den Anschluß an Deutschland zum Inhalt hatte, zugrunde lag, soll nicht überbewertet werden. Die Grundhaltung der „Nein“-Empfehlung der BL-Ö/RK war von der grundsätzlichen Ablehnung der Vaterlandsverteidigung eines schwachen imperialistischen Staates unter Bedrohung der Annexion durch einen stärkeren imperialistischen Staat geprägt. Insofern stand die Haltung der BL-Ö/RK im Lichte des proletarischen Internationalismus. Mit ihrer Stellungnahme hat die BL-Ö/RK im Vergleich zur PI und dem Kampfbund gegenüber der RS und der KPÖ einen deutlich schärferen Trennstrich gezogen. Unter dem Damoklesschwert des „gefährlicheren“ Hauptfeindes Hitlers, nahmen KPÖ und die RS ohne wenn und aber eine Position der Vaterlandsverteidigung gegenüber dem „austrofaschistische“ Regime ein. KPÖ und RS haben mit der ab 1936 immer akuter werdenden Annexionsbedrohung durch Hitler selbst die formale Zielsetzung der Wiederherstellung der bürgerlichen Republik aufgegeben. Sie waren Unwillens, einen konsequenten Kampf um die bürgerlich-demokratische Rechte zu führen. Durch die bedingungslose Vaterlandsverteidigung in Rot-Weiß-Roten Farben haben RS und KPÖ nach und nach die beschränkten politischen und ökonomischen Forderungen der im Gefolge des Fiat-Streiks (1936) wieder erwachenden ArbeiterInnenklasse preisgegeben. Die Folge davon war die völlige Unterordnung unter die Diktatur Schuschniggs. RS und KPÖ kapitulierten kampfflos vor Schuschnigg als auch vor Hitler.

17. Im Lichte einer Selbstkritik hat die PI ihre Position zum österreichischen und tschechoslowakischen Fall und ihrer methodischen Prämissen, die Anlaß zur „kritischen“ Verteidigung schwacher gegenüber starken imperialistischen Staaten gaben, einer Korrektur unterworfen. Anlaß dazu war für die PI das Überdenken der Stellungnahme von Trotzki in Bezug auf einen Konflikt zwischen Schuschnigg und Hitler. Trotzki, der die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs ablehnte, betonte den revolutionär-defätistischen Standpunkt des taktischen Ausnützens durch die Führung eines Zweifrontenkriegs. Trotzki sprach sich für den bedingungslosen Klassenkampfes durch die österreichische ArbeiterInnenbewegung aus. Daraus ergaben sich im Nachhinein für die PI die richtigen taktischen und praktischen Maßnahmen, für welche sie exemplarisch nach ihren bescheidenen Kräften in der österreichischen ArbeiterInnenklasse vor der angestrebten Volksabstimmung agitieren hätte müssen:... „Klassenaktionen, Streiks in den Betrieben, gegen

das Ablenkungsmanöver des Referendums“. Aber die vorgetragene Kritik durch die PI hat die Grundfesten ihrer falschen methodischen Voraussetzungen zum Komplex ihrer Einschätzungen zum Imperialismus, Kriegsfrage und nationale Frage kaum erschüttert. Mit der Feststellung, (schwache) imperialistische Staaten, die sich anlässlich einer Annexion durch imperialistische Großmächte in unterdrückte Nationen verwandeln würden, hat die PI ihren alten Standpunkt der geopolitisch-militärischen Unterscheidung zwischen schwachen und großen imperialistischen Staaten wiederholt. Besonders hervorgehoben hat die PI das in solchen Fällen zur Anwendung kommende nationale Selbstbestimmungsrecht. Damit wurde eigentlich ihre Neubewertung im Rahmen ihrer veröffentlichten Selbstkritik zur österreichischen und tschechoslowakischen Frage hinfällig. Beide Staaten waren „kleine Länder“ und eindeutig Annexionsopfer durch die imperialistische Großmacht Deutschland. Sie hätten den Kriterien der PI entsprechend die Verteidigung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes verlangt. Daß die PI dies unterlassen hat, hat weniger mit einem Wandel ihres methodischen Ansatzes als offensichtlich mit den von Trotzki vertretenen gegenteiligen Positionen in diesen spezifischen Fällen zu tun.

Die Proletarischen Internationalisten und das nationale Selbstbestimmungsrecht imperialistischer Staaten im zweiten Weltkrieg

18. Unbestritten ist, daß der militärische Tatbestand einer Annexion den Beginn einer Rückverwandlung einer imperialistischen Unterdrückernation in einen vom Imperialismus unterdrückten Staat langfristig auslösen kann. Das muß aber nicht zwangsläufig der Fall sein wie dies die PI in mehreren Stellungnahmen im Annexions- und Besatzungsfall eines imperialistischen Staates durch fremde imperialistische Truppen unterstellt hat. Der Umstand einer vorübergehenden militärischen Niederlage und Zerschlagung bspw. Belgiens durch den deutschen Imperialismus stellt unter Kriegsbedingungen nichts Ungewöhnliches dar. Die durch die Niederlage hervorgerufene Annexion und der Verlust an Souveränität der belgischen Bourgeoisie ließ den grundlegenden imperialistischen Charakter des belgischen Staates unverändert. Aus Belgien wurde kein national unterdrücktes Land. Es hat die Unterstützung des Kampfes nach dem nationalen Selbstbestimmungsrecht durch eine revolutionäre Partei nicht verlangt. Durch die zwei Mal in diesem Jahrhundert erfolgten Annexionen durch Deutschland hat die belgische Bourgeoisie nicht einmal ihren Status einer Kolonien besitzenden Macht eingebüßt. Aber gerade aufgrund der Fixierung auf kurzfristige politisch-militärische Kräfteverhältnisse und die Außerachtlassung der sozialökonomischen Verfassung eines Staates in ihrer Imperialismus-Analyse kam die PI zum Ergebnis, die Zulässigkeit der Einheitsfront mit der imperialistischen belgischen Bourgeoisie gegen Deutschland anzuerkennen. Das bedeutete in der Sprache der Taktik und Strategie die Zurückstellung des revolutionären Defätismus und des revolutionären Kampfes gegen die belgische Bourgeoisie im Kriegsfall.

19. Nach diesem Muster verfuhr die PI in ihrer Beurteilung der hauptsächlich unter dem bürgerlichen-stalinistischen Einfluß stehenden Partisanenbewegungen bspw. in Italien oder Frankreich. Diese wurde durch die PI als „Teil eines nationalen Befreiungskampfes gegen den unterdrückenden deutschen Imperialismus“ charakterisiert. Der Charakter des Kriegs zwischen zwei oder mehreren Staaten wird nicht durch militärische Kräfteverhältnisse bestimmt, sehr wohl aber durch den Klassencharakter der beteiligten Staaten bzw. deren Stellung im Weltsystem und den politischen Charakter der an den (kriegerischen) Auseinandersetzungen beteiligten politischen Gruppierungen. Primär wird der Charakter des Krieges aber durch den politischen Charakter der kriegsführenden Partei und ihre (objektiven) Kriegsziele bestimmt. Innerhalb dieses methodischen Rahmens ist bspw. der Kampf der italienischen Partisanenbewegung zu sehen. Das „nationale“ Kampfziel der im Schatten der völlig zerrütteten italienischen Bourgeoisie stehenden militärischen Volksfront-Partisanenbewegung bestand in der Wiederherstel-

lung der „Rechte“ des italienischen Imperialismus unter dem Schutzmantel der Alliierten. Der Kampf der von den Stalinisten beherrschten Partisanenbewegung für die Niederlage und den Abzug der deutschen Truppen aus Italien wäre so nur dann ein fortschrittlicher Kampf gewesen, wenn dieser in Verbindung mit dem Kampf um die Niederlage der italienischen imperialistischen Bourgeoisie und ihrer nach dem Frontenwechsel von 1943 verbündeten westlichen Alliierten gestanden hätte. Das war zweifellos nicht der Fall.

20. So ist die vom Exekutivkomitee der 4. Internationale getroffene Feststellung (1943) in Bezug auf Italien an sich richtig, daß alleine der Massencharakter der Partisanenbewegung ihren objektiven Charakter einer im „Schlepptau des Imperialismus“ segelnden Bewegung nicht verändert hat. Aus der sich daraus ergebenden grundsätzlich revolutionär defätistischen Haltung darf nicht ein Abseitsstehen vom militärischen Kampf durch die Arbeiterklasse für den Abzug der deutschen Besatzungstruppen aus Italien abgeleitet werden. Das war zumindest die Ansicht der diversen bordigistischen Strömungen. Diese haben sich ausschließlich nur an den ökonomischen und betrieblichen Kämpfen der Arbeiterklasse beteiligt und dadurch in ihr einen gewissen Einfluß erlangen können. Diese Ausschließlichkeit hat eine erhebliche Rolle bei ihrer Isolierung von der Arbeiterklasse und letztendlich bei ihrem Niedergang gespielt. Das italienische Proletariat hatte ein objektives Interesse an dem militärischen Kampf für den Rückzug und die Niederlage aller Besatzungsmächte genauso wie an der Niederlage ihrer eigenen imperialistischen Bourgeoisie. Durch den Zerfall der italienischen Bourgeoisie nach dem Sturz des „Duce“ war diese mehr oder weniger auf die Repressionsorgane der fremden Truppen zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ gegenüber der nach der Streikwelle von 1943 erstarkenden Arbeiterklasse angewiesen.



Leo Trotzki: Gründer der IV. Internationale (Fotomontage 1919)

21. Der Massencharakter der Partisanenbewegung und das Zusammenfallen des Klassenkampfes durch die Arbeiterklasse in Verbindung mit dem Kampf gegen den deutschen Imperialismus hätte aber den revolutionären Defätismus zum Teil aufgehoben. In Abstimmung mit den im objektiven Interesse des italienischen Proletariats liegenden Kampfzielen wären sporadische taktische Einheitsfronten mit der Partisanenbewegung im Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht möglich und notwendig gewesen. Darunter wäre die Verteidigung der von Streiks durchgesetzten Elemente betrieblicher Arbeiterkontrolle oder gegen die militärische Besetzung der Arbeiterviertel u. a. mehr gefallen. Die teilweise Zurückstellung des revolutionären Defätismus zur Verteidigung der Interessen der italienischen Arbeiterklasse kann nicht auf die italienische Bourgeoisie gegenüber dem deutschen Imperialismus ausgedehnt werden. Als eine Macht mit selbständigen imperialistischen Interessen konnte die italienische Bourgeoisie gegen den „unterdrückenden deutschen Imperialismus“ keine fortschrittliche, sondern ebenso nur eine „unterdrückende“ Rolle spielen. Deshalb war die Annahme der PI verfehlt, es könne eine vorübergehende „nationale“ Interessenkoalition mit der italienischen Bourgeoisie geknüpft werden. Die italienische Bourgeoisie war ebenso wie die belgische Bourgeoisie keine national unterdrückte Bourgeoisie. Eine Verteidigungshaltung konnte gegenüber der imperialistischen italienischen Bourgeoisie analog zu der vom deutschen Imperialismus während des Krieges unterdrückten kapitalistischen Halbkolonien (z.B. Griechenland, Jugoslawien etc.) nicht eingenommen werden. In imperialistischen Staaten ist das Wesen des Kampfes gegen vorübergehende Annexionen, Besetzungen durch fremde Truppen ein Bestandteil des Kampfes für den Internationalismus der Arbeiterklasse und nicht einer suggerierten gesamten unterdrückten Nation schlechthin. Der Internationalismus wird durch die Taktik der Verbrüderung der einfachen Soldaten der Besatzungstruppen und den Massen in den besetzten Ländern vermittelt.

Stalinismus, nationale Frage und Osteuropa nach 1945

22. Wie schon hingewiesen löste das Frey'sche Schema der „proletarischen Weltfront“ den sowjetischen (degenerierten) Arbeiterstaat aus dem Gesamtzusammenhang der Interessen des Weltproletariats heraus. Frey wiederholte in Bezug auf die internationale ArbeiterInnenklasse seine Methode des Denkens in nationalen und nicht internationalen Kategorien. Aus der Sichtweise der „proletarischen Weltfront“ war für Frey und den Kampfbund der Ausgangspunkt zur Bestimmung der Taktik und Strategie der national isolierte, rückständige und von der Stalin-Bürokratie unumschränkt beherrschte sowjetische Arbeiterstaat. Die kaum vorhandene systematische Einschätzung von Frey über Wesen und Natur der stalinistischen Bürokratie ist über sehr weit auszuliegende Interpretationen wie Hinweise auf die „bürokratische Entartungen“ nicht hinaus gekommen. Diese methodischen Defizite verschaffen sich in der äußerst sprunghaften Haltung des Kampfbundes zum Stalinismus vor und während des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegsphase Ausdruck. In vieler Hinsicht war die Einschätzung des Stalinismus von Frey seinen taktischen Überlegungen und bestimmten konjunkturellen Ereignissen angepaßt und nicht umgekehrt die Bürokratie Gegenstand seiner Analyse.

23. In dieses Bild fügt sich die zum Bestandteil der KKT gehörende „proletarische Weltfront“ Freys. Diese statische und auf einen Nationalstaat konzentrierte unverrückbare Einteilung Freys in Haupt- und Nebenfronten der Welt-ArbeiterInnenklasse stand im deutlichen Widerspruch zu dem internationalistischen Ansatz der Bolschewiki während der Oktoberrevolution und später der Linksopposition. In ihrer Perspektive waren das Schicksal der russischen Revolution, ihr Weiterbestehen und die schon von Lenin beobachtete bürokratische Degeneration unabdingbar an eine siegreiche Revolution der ArbeiterInnenklasse im Westen gekoppelt. Demnach haben die Bolschewiki einen möglichen Sieg der deutschen Revolution über die Verteidigung der russischen Oktoberrevolution gestellt. In Anerkennung der

Notwendigkeit von Vereinbarungen und Verträgen eines isolierten Arbeiterstaates mit imperialistischen Staaten unter Ausnutzung ihrer latenten Gegensätze haben die Bolschewiki und die kommunistischen Parteien in den verbündeten imperialistischen Staaten dem revolutionären Defätismus nicht abgeschworen. Das ist u.a. in dem durch Deutschland erzwungenen Brest-Litowsk-Abkommen (1918) der Fall gewesen. Die Perspektive der unmittelbaren Organisation der sozialistischen und politischen Revolution stellte für Frey hingegen einen Gegensatz dar. Die taktischen Prämissen der KKT erforderten explizit die „Eingliederung und Einordnung“ in den „Hauptabschnitt der proletarischen Weltfront“. Diese „Eingliederung“ bedeutete für Frey und der Kampfbund die Einstellung des revolutionären Defätismus in beinahe völliger Ausblendung der konterrevolutionären Rolle der stalinistischen Bürokratie. Unter den Voraussetzungen einer positiven Bündiskonstellation zur stalinistischen Bürokratie hatte nach Frey der Klassenkampf in den imperialistischen Zentren und in den Halbkolonien China oder im Nahen Osten gegen die Bourgeoisien in den betreffenden Staaten zurückgestellt zu werden.

24. Im Fall der Annexion der baltischen Staaten als auch zur Invasion der Roten Armee im finnischen Winterkrieg (1940) im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes (1939) zeigte Frey ein Höchstmaß an politischer Verwirrung und zentristischen Verständnis. Vor dem hatte Frey noch in den Eroberungen der Kreml-Bürokratie einen „proletarisch-revolutionären“ Akt erkennen wollen. An dieser Einschätzung hat die PI im Unterschied zum Kampfbund weiterhin festgehalten. Freys Begründung seiner Opposition zu den außerhalb der Grenzen unternommenen Vorstößen Stalins stand im Einklang mit den in der KKT formulierten Postulaten. Sie war nicht Anlaß eines grundsätzlichen Überdenken der Haltung zum Stalinismus. Frey, der keine Bedenken im Bündnis der StalinistInnen mit dem französischen Imperialismus (1935 der Laval-Pakt) äußerte, lehnte den Bündnisfall Stalins mit dem „Hauptfeind“ Hitler prinzipiell ab - die KKT war im deutschen Fall für den Kampfbund nicht anwendbar. Während des Hitler-Stalin-Paktes blieb für Frey der „Hauptfeind“ Deutschland. Das hat Frey dazu bewogen, an Stelle des „proletarischen-revolutionären“ Aktes durch die Kreml-Bürokratie nun einen nationalen Befreiungskampf der finnischen und baltischen „Volksmassen“ im Kampf gegen den „Kolonialismus des stalinistischen Imperialismus“ zu erkennen. Freys Position des „stalinistischen Imperialismus“ hat somit die Verteidigungshaltung gegenüber der stalinistischen Bürokratie außer Kraft gesetzt. In diesem Fall war die stalinistische Bürokratie gegenüber dem nationalen Bürgertum und dem Großgrundbesitz der betreffenden Staaten und den sie unterstützenden auswärtigen imperialistischen Mächte nicht zu verteidigen. Für die 4. Internationale war die Verteidigungshaltung gegenüber der Sowjetbürokratie auch im Annexionsfall und außerhalb der staatlichen Grenzen der Sowjetunion anzuwenden.

25. Mit ihrer Charakterisierung der Kriege der stalinistischen Sowjetunion (Baltikum, Polen, Finnland) als „proletarisch-revolutionär“ beging die PI einen ernstesten Fehler. Auch wenn die PI gegen die ultralinke Kritik von „Gegen den Strom“ (GdS) darauf insistierte, daß sie hier ausschließlich auf den ökonomischen Charakter der UdSSR beziehe, aber nicht auf die Kreml-Politik, so ignoriert diese Begrifflichkeit den widersprüchlichen, aber im gesamten konterrevolutionären Charakter der stalinistischen Bürokratie. Sie überschätzt die Bedeutung der sozialrevolutionären Maßnahmen in den eroberten Gebieten (Enteignungen der Bourgeoisie etc.) und unterschätzt die reaktionären politischen Folgen. Allerdings geht es hier nicht bloß um eine Frage der Begrifflichkeit. In der Tat klebte die PI noch an den Formeln Trotzki's aus den frühen 1930er Jahren, wo er einen „Doppelcharakter“ der stalinistischen Bürokratie feststellte, während er mit dem Fortschreiten der thermidorianischen Konterrevolution diese Kaste als reaktionär, parasitär etc. bezeichnete, die sich aufgrund der ökonomischen Basis zu einzelnen fortschrittlichen Handlungen gezwungen sehen kann. Insgesamt kann die PI seine Herkunft in der Frey-Tradition nicht verleugnen, die sich durch einen tiefsitzenden Schematismus und völligen Mangel eines di-

alektischen Verständnisses auszeichnete. Nichtsdestotrotz nahm die PI in einer Reihe von zentralen Fragen im Unterschied zum Kampfbund oder GdS eine korrekte Position ein. So stand sie in den militärischen Auseinandersetzungen - Baltikum, Polen, Finnland – auf der richtigen Seite, der Sowjetunion. Ebenso sprach sie sich klar für eine Orientierung auf den revolutionären Sturz der Stalin-Bürokratie aus. Schließlich verstand sie den Klassencharakter der Bürokratie viel besser und genauer als den einer reaktionären Kaste, die nicht Teil der ArbeiterInnenklasse ist.

26. Die Gruppe GdS dagegen sah „die Stalin-Bürokratie (als Teil des russischen Proletariats...“. Insgesamt zeichnete sich diese Gruppe durch große Schwankungen und mangelnde Konsistenz aus. Ursprünglich hing sie einer Position an, daß in der Sowjetunion ein „Staatskapitalismus“ vorherrsche. Diese Position überwand sie dann später, konnte sich jedoch zu keiner klaren Haltung in den Baltikum-, Polen- und Finnland-Kriegen durchringen. Vielmehr tendierte sie dazu – ohne jedoch eindeutig die Konsequenzen auszusprechen – in den Eroberungen durch die sowjetische Armee in erster Linie die Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes zu sehen. Dies war in der Tat in Faktor, jedoch war dieser untergeordnet gegenüber der Verteidigung der Sowjetunion im Weltkrieg allgemein und in Kriegen mit kapitalistischen Staaten im besonderen.

27. Die Politik revolutionärer Kommunisten bestand damals darin, vor dem Einmarsch der Roten Armee gegen die stalinistische Außenpolitik und gegen Eroberungen zu argumentieren (da diese die UdSSR in der internationalen ArbeiterInnenklasse diskreditierten, die ArbeiterInnen der betroffenen Länder in die Hände der eigenen Bourgeoisie trieben etc.). Als jedoch der Krieg begann, mußten Revolutionäre bei aller politischen Kritik eindeutig auf Seiten der Roten Armee stehen.

28. Der Stalinismus hat nach dem zweiten Weltkrieg historisch einen beispiellosen Aufstieg zur zweiten „Supermacht“ erfahren. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges registrierten Frey und der Rest-Kampfbund dennoch eine durch den Krieg verursachte arge Schwächung des Stalinismus. Von der daraus hervorgerufenen Verwundbarkeit der militärischen Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion begründete Frey die Fortsetzung des zweiten Weltkrieges. So war die nach Frey zum Untergang geweihte stalinistische Bürokratie in den von der Roten Armee militärisch besetzten osteuropäischen Glacis-Staaten und in Jugoslawien unfähig, (degenerierte) Arbeiterstaaten zu errichten. Eine Einschätzung, die offensichtlich Produkt einer Rechtfertigung der düsteren Perspektiven über die Zukunft der Stalin-Bürokratie als Versuch einer Analyse über den komplexen Prozeß der Errichtung degenerierter Arbeiterstaaten Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre ist. In Anlehnung an die eine Zeit lang innerhalb der 4. Internationale von Ernest Mandel vertretenen Ansichten charakterisierte Frey diese Staaten ebenso als „deformierte bürgerliche Staaten“. Das hat Frey nicht davon abgehalten, unter Berufung auf die KKT die Niederwerfung der Arbeiteraufstände in den 50er Jahren durch die Rote Armee in den „deformierten kapitalistischen“ Staaten Osteuropas „kritisch“ zu unterstützen. Frey schätzte die durch den „Imperialismus konterrevolutionär verrissenen Massen“ offensichtlich als ein höheres Risiko zur Verteidigung des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates ein als die Rote Armee, die den „deformierten kapitalistischen Staat“ vor den Arbeitern verteidigte. Andernfalls hätten Frey und der Kampfbund die konterrevolutionäre Niederschlagung der revolutionären Arbeiteraufstände nicht decken können.

29. Die der 4. Internationalen angeschlossene IKÖ prognostizierte ähnlich wie der Kampfbund Todesagonie und Sturz des Stalinismus nach dem zweiten Weltkrieg. In der Jugoslawien-Frage verlief die Einschätzung in der IKÖ entlang der Spaltungslinien. Die Minderheit um Modlik betrachtete den jugoslawischen Arbeiterstaat nach Maßgabe der 4. Internationale in Abgrenzung zum degenerierten Arbeiterstaat als einen reformierbaren „deformierten“ Arbeiterstaat sah. Die IKÖ-Mehrheit sah in Jugoslawien einen degenerierten von der stalinistischen Tito-Bürokratie beherrschten Arbeiterstaat. Der IKÖ-Mehrheit ist aber mit dem Hinweis auf den „Massendruck“, der u.a. die Bürokratie

zum Einschwenken zur Errichtung eines (degenerierten) Arbeiterstaates veranlaßt hätte, ein methodischer Fehler unterlaufen. Im Ergebnis kam die IKÖ-Mehrheit dennoch zur richtigen Einschätzung. Der von der IKÖ-Mehrheit betonte „Massendruck“ suggerierte, die Tito-Bürokratie kann über die Druckausübung der Massen potentiell in ihrem Interesse handeln. Unter dem Blickwinkel des „Massendrucks“ kann die Bürokratie unter gewissen Umständen auch für die Interessen der Massen nutzbar gemacht. Von dieser Perspektive aus gesehen war der Schritt der IKÖ-Mehrheit in der Frage der Einschätzung des Tito-Regimes von der 4. Internationale/IKÖ-Minderheit nicht mehr weit entfernt. Diese hat vorrangig den „Massendruck“ zum Ausgangspunkt der zentristischen Reformstrategie gegenüber der stalinistischen Bürokratie genommen. Im Verlauf der Fusionierung mit der Minderheit hat die IKÖ-Mehrheit dann auch zugunsten der Position der 4. Internationale (Mandel/Pablo) ihre einstmalige richtige Einschätzung aufgegeben. In den osteuropäischen Ereignissen der 50er Jahre war die IKÖ/4.Internationale im Gegensatz zum Kampfbund in der Lage, einen politisch revolutionären Vorgang und die Notwendigkeit der Verteidigung der Massen gegen die Repression der Bürokratie zu erkennen. In Westeuropa bildeten für die 4. Internationale die sozialdemokratischen Parteien und ihr linker reformistischer Flügel den Kern, um den herum der revolutionäre Faktor herauszubilden war. Analog dazu waren für die zentristische IKÖ/4.Internationale in Osteuropa nicht die Massen das revolutionäre Subjekt der politischen Revolution, sondern reformwillige Teile der herrschenden Bürokratie (Nagy in Ungarn, Gomulka in Polen...).

Perspektiven, Illegalität und Klassenkampf

30. Noch vor seinem Tod prognostizierte Trotzki, dieser Krieg würde einen noch stärkeren revolutionären Impuls der ArbeiterInnenklasse als nach dem ersten Weltkrieg auslösen. In Zusammenhang mit diesen übertriebenen Prognosen stand für Trotzki das historische Ende der AgentInnen des Imperialismus in der ArbeiterInnenbewegung - der stalinistischen und sozialdemokratischen Bürokratie. Das Bild der Weltlage und des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und Staaten präsentierte sich nach 1945 in Berücksichtigung gewisser nationaler Besonderheiten (Italien, Griechenland, Vietnam, China..) in einem relativ starken Kontrast zu Trotzki's Prognosen. Trotzki hat nicht die schweren Krankheitssyndrome des europäischen Imperialismus überschätzt. Trotzki's grundlegende Hauptschwäche in seiner Einschätzung der Perspektiven lag in seiner Unterschätzung der Dynamik des amerikanischen Imperialismus. Nach dem Krieg hat der US-Imperialismus in diesem Jahrhundert eine historisch beispiellose politische, militärische und ökonomische Vormachtstellung eingenommen. Die Wiederbelebung des europäischen Kapitalismus und das Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre einsetzende Wirtschaftswunder hatte nur vor dem Hintergrund des stabilen US-Imperialismus Wirklichkeit werden können. Ein Spiegel dieser internationalen Situation und der internationalen Kräfteverhältnisse war die österreichische Lage nach dem zweiten Weltkrieg. Die Sozialdemokratie übte beinahe wieder eine unumschränkte Vormachtstellung über die ArbeiterInnenbewegung aus. Mit dem Ende der Illegalität taute das für die KPÖ ungünstige Kräfteverhältnis nach 1945 wieder auf. Die Wiederauferstehung der Sozialdemokratie erfolgte, nachdem sie 1938 am Endpunkt angelangt ist. Der RS vertrat damals nicht mehr als Staubkörner einer einst 600.000 Mitglieder zählenden Massenpartei. Unter Einschluß der ÖVP bildete die SPÖ eine Koalitionsregierung, die unter der militärischen Kontrolle der de facto die Macht ausübenden stalinistischen Besatzungsmacht und der westlichen imperialistischen Militärs stand.

31. Der Kampfbund und gleichfalls die IKÖ/4.Internationale haben ihre Perspektiven in den Rang eines Dogmas erhoben. Anstatt ihre sich in Widerspruch zu den internationalen und nationalen Kräfteverhältnissen bewegend Perspektiven mit der Nachkriegsrealität in Einklang zu bringen, verfahren beide umgekehrt. Zusammen damit, daß sie die Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus nicht zur Kenntnis nehmend

wollten, löste die verzerrte Wahrnehmung der Weltlage schwere Orientierungskrisen aus. Orientierungsverlust und Zentrismus verursachten schließlich den völligen Zusammenbruch der IKÖ Anfang der 60er Jahre. Die mit den Perspektiven verbundene Problemstellung lag im Fall der IKÖ nicht in einer Ignoranz der fortschreitenden Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus und seines politischen Systems. In Anbetracht der von der IKÖ eingeschätzten „permanenten Krisen des Systems“ konnten die wahrgenommenen Stabilisierungserfolge des österreichischen Kapitalismus - „des schwächsten Gliedes in Europa“ - nicht von Dauer, sondern nur von vorübergehender Natur sein. Der Kampfbund hat durch die in der KKT angelegte Einschätzung über den Charakter des zweiten Weltkrieges - ein vereinter „allimperialistischer“ Krieg gegen die Sowjetunion - seine eigene schwere Orientierungskrise provoziert. Durch die zwischen dem US-Imperialismus und der Sowjetunion entstandene Bipolarität im Weltsystem und das Einsetzen des Kalten Krieges hatte sich der Kampfbund allem Anschein nach in seiner mißratenen Perspektive bekräftigt gefühlt. Mit dem Beginn des Kalten Krieges und des Korea-Krieges hat auch die IKÖ ihre Revolutionsperspektive mehr mit einer kriegerischen Auseinandersetzung - 3. Weltkrieg/Revolution - als mit einem ökonomischen Zusammenbruch des Imperialismus in Verbindung gesetzt. Insgesamt können wir festhalten, daß die zentristische Degeneration sowohl der IV. Internationale als auch der IKÖ im wesentlichen in ihren systematischen, programmatischen Abweichungen begründet lag (v.a. Jugoslawien, Stalinismus, tiefer Entrismus). Die Falschheit der katastrophistischen Perspektive war zwar schon in den frühen 1950er Jahren erkennbar, jedoch verdeckte der Korea-Krieg die tatsächliche Stabilisierung des Kapitalismus und der Weltlage. Spätestens mit Mitte der 1950er Jahre hätte dies jedoch einwandfrei erkennbar sein müssen. In jedem Fall war dieser Hyperoptimismus anfänglich nicht die Ursache der programmatischen Fehler, wurde jedoch zu einem Bestandteil der zentristischen Degeneration; nämlich ab dem Zeitpunkt, wo der Katastrophismus, der Glaube an die „unverrückbare revolutionäre Dynamik des objektiven Prozesses“ zu einem Ersatz für die programmatisch klare Intervention des revolutionären subjektiven Faktors wurde.

32. In der Nachkriegsphase beschränkte die militärische Präsenz des Stalinismus in Osteuropa objektiv den Interventionsspielraum für den Kampfbund und die IKÖ in Ostösterreich. Darin ist zweifellos eine Ursache für die weitgehende, in ihrem Ausmaß aber übertrieben gehandhabte Zurückhaltung des Kampfbundes und der IKÖ gegenüber den Klassenauseinandersetzungen der Nachkriegsphase zu sehen. Mit der sowjetischen Besatzungsmacht waren ernstzunehmende Sicherheitsrisiken für die Organisationen und ihre Mitglieder verbunden. Eine Warnung hinsichtlich dieser Gefahren war die Verschleppung von Karl Fischer durch den stalinistischen Geheimdienst. Von den absolut notwendigen Sicherheitsvorkehrungen sind hingegen die schon aus der Zeit der Linksoption rührenden Tendenzen der Abschottung sowohl gegenüber den Klassenauseinandersetzungen der ArbeiterInnenklasse als auch gegenüber den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung zu trennen. Die KPÖ(O) beschränkte in den 20er Jahren ihre Außenaktivität im wesentlichen auf die Verteilung ihres Organs - der *Arbeiterstimme* - durch Hauskolportage oder Hinterlegung in einem Kiosk. In der Entrismus-Frage zog Frey es vor, mit dem Kampfbund außerhalb der Sozialdemokratie zu stehen, obwohl gerade die Schutzbund-Intervention des Kampfbundes Möglichkeiten offengelegt hat, Mitglieder aus der Sozialdemokratie zu gewinnen. Hinsichtlich der Auseinandersetzungen mit Trotzki und später dann mit der 4. Internationale (Mandel/Pablo) ordnete Frey in beiden Fällen von sich aus den Rückzug an.

33. Diese Tendenz, sich außerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu stellen und sich sektiererisch abzukapseln, haben die illegalen Bedingungen der Nachkriegsphase zusätzlich verstärkt. Illegale Bedingungen schränken den Interventionsspielraum der illegalen Organisation beträchtlich ein. Sie haben aber nicht gänzlich unüberwindbare Hindernisse für eine stärkere Hinwendung zu den Klassenkämpfen der Nachkriegsphase dargestellt als

dies bei der IKÖ und dem Kampfbund der Fall war. Nach all den Jahren der Illegalität während der österreichischen Diktatur und des deutschen Faschismus hat außerdem noch eine übertriebene Einschätzung von Sicherheitsrisiken über Hand genommen. So hat die IKÖ, die bis zu ihrer Spaltung in einen Mandel-Flügel (Heinrich Thomas) und Pablo-Flügel (Modlik) bis Mitte der 60er Jahre in der Illegalität verhaftet blieb, kein einziges von ihr unterzeichnetes Organ herausgebracht. Das Organ der IKÖ, der Spartakus, ist bis zu seiner Einstellung 1955 ausschließlich unter Mitgliedern und SympathisantInnen zirkuliert worden. Der Kampfbund ist ebenso lange nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich, fast bis zu seiner Auflösung in die 70er Jahre in der Illegalität verharret. Ein handfester Sicherheitsgrund, der die Fortdauer der Illegalität rechtfertigen hätte können, war indessen spätestens nach dem Staatsvertrag (1955) nicht mehr auszumachen.

34. Die wichtigsten Klassenauseinandersetzungen der Nachkriegsphase waren der 8 Wochen lange dauernden Streik der Arbeiter in der Schuhindustrie (1948) und der Oktoberstreik (1950). In dieser Phase erachtete die IKÖ aufgrund ihrer weit übertriebenen revolutionären Perspektive den Aufbau einer Massenpartei für möglich. Im starken Kontrast dazu steht hingegen ihr subjektives Verharren in weitgehender Passivität zu den Streiks. IKÖ und Kampfbund griffen nicht mittels ihrer Organisationen in die betreffenden Streiks ein, sondern über individuelle Mitglieder, die in den bestreikten Betrieben beschäftigte Arbeiter waren. Diese Mitglieder traten in den Betrieben und in den Streiks als KPÖ/SPÖ Mitglieder in Erscheinung. Die *Gruppe gegen den Strom* hat anlässlich des Oktoberstreiks als Organisation mit einer Broschüre interveniert. Insgesamt erwiesen sich IKÖ und Kampfbund außerstande, eine ähnliche Tätigkeit wie die viele Jahre im Untergrund arbeitenden Bolschewiki zu entfalten - sowohl was eine illegale Massenarbeit und Verbreitung von Propaganda betrifft als auch der Schaffung eines eigenen Profils mittels legaler Möglichkeiten. Losgelöst vom illegalen Wirkungsbereich und der Mitgliedschaft der KPÖ/SPÖ sind hingegen die von der IKÖ anlässlich der Streiks aufgestellten Forderungen zu betrachten. Während des Schuarbeiterstreik als auch im Oktoberstreik ging die IKÖ analog zu ihrer Entrismus-Praxis mit ihrem Forderungskatalog im wesentlichen nicht weiter als die fortschrittlichen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. IKÖ und Kampfbund verzichteten auf die Aufstellung weitergehender Forderungen. In einem Streik sind weitergehende Forderungen solche, die das Potential haben, den Streik voranzutreiben. Es handelt sich dabei um solche Forderungen, die die Verbindung zur revolutionären Perspektive darstellen. Um einem Streik diesen Impuls verleihen zu können, war aber eine stärkere Hinwendung zu den Klassenkämpfen notwendig. IKÖ und Kampfbund beschränkten sich hingegen während der wichtigsten Klassenauseinandersetzung der zweiten Republik weitgehend darauf, in ihren Organen abstrakt auf die Notwendigkeit der „unabhängigen Klassenpartei“ zu verweisen.

Die 4. Internationale und die österreichischen Trotzkisten

35. Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre hat die Internationale Linksoption (ILO) den Mitgliederstatus zweier nationaler linksoptioneller Gruppierungen anerkannt - des Mahnrufs als auch der KPÖ(O). Die in der ILO eher unübliche Organisationspraxis der Anerkennung zweier sich auf die russische Linksoption berufenden nationale Gruppierungen erfolgte in Aussicht auf eine Vereinigung. Von der Warte der ILO aus betrachtet, waren die den Bruch zwischen Landau und Frey (1928) auslösenden politischen Differenzen nicht ausgewiesen. Andernfalls hätte die Sonderexistenz zweier separater nationaler Organisationen keine Rechtfertigung haben können. Das war aber nicht der Fall gewesen. Erschwert durch die von einem Spinnennetz möglicher und echter GPU-AgentInnen umgebene ILO scheiterten ihre Vereinigungsbemühungen im Dickicht nicht nachweisbarer gegenseitiger Anschuldigungen illoyalen Verhaltens durch den Mahnruf und der KPÖ(O). Entscheidend war aber der Unwillen beider zu einer Einigung. Der im Vergleich zur

KPÖ(O) eine geringere politische Substanz ausweisende Mahnruf ist nach dem Februar 34 zerfallen. Kurt Landau hat sich nach dem Fiasko in der deutschen Linksoption vom Trotzismus politisch zunehmend entfernt. Kurt Landau trat im Anschluß daran in die zentristische POUM über und sanktionierte ihre Politik der Klassenzusammenarbeit in Katalonien. Bis zu seinem bis heute unaufgeklärten Verschwinden in den Folterkammern des stalinistischen Geheimdienstes in Spanien hielt Kurt Landau in Abgrenzung zur ILO weiter an der Reformierung der Komintern fest.

36. Die von der KPÖ(O), dem Kampfbund vertretenen unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der kritischen Wahlunterstützung der Sozialdemokratie als Fraktion der KPÖ und der Entrismus-Frage in den 30er Jahren haben sich innerhalb und nicht außerhalb des Rahmens der internationalen Linksoption bewegt. Diese Differenzen waren keine KPÖ(O)/Kampfbund-Besonderheiten. Unglaublich sind so die von Frey immer wieder ins Treffen geführten „Organisationsmethoden des Trotzismus“ zur Begründung einer auf Österreich beschränkten nationalen Sonderexistenz des Kampfbundes. In der Stellung zum zweiten imperialistischen Weltkrieg hat auch das Beispiel des Kampfbund die Richtigkeit der marxistischen Organisationstheorie bekräftigt. Letztendlich drückt das Programm den Stempel einer Organisation auf und entgegen der Frey'schen Sichtweise der Dinge, nicht umgekehrt. Die nationale organisatorische Beschränktheit und internationale Abkapselung des Kampfbundes findet seine programmatische Entsprechung in einem durchgängig im nationalen Rahmen befangenen Zugang zum Klassenkampf in der imperialistischen Epoche. Unvereinbar mit der 4. Internationale waren hingegen die vom Kampfbund in der KKT vertretenen Haltungen zum imperialistischen Krieg und den darin enthaltenen Positionen zum Internationalismus, Stalinismus und Imperialismus. Der Kampfbund führte neben einer real existierenden revolutionären Internationale eine nationale beschränkte österreichische Sonderexistenz. Diese internationale Isolierung hat den Kampfbund noch vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges auf die Bahnen des Zentrismus geworfen. Nach 1945 haben den Kampfbund drei Schlüsselfragen von der 4. Internationale getrennt: die Perspektive der Fortsetzung des zweiten Weltkrieges, die Orientierung der 4. Internationale auf einen „Vollentrismus“ in die sozialdemokratischen bzw. stalinistischen Parteien Westeuropas, die Anerkennung der Errichtung von Arbeiterstaaten in Jugoslawien und Osteuropa durch den 3. Weltkongreß (1951). Diese Differenzen veranlaßten Frey, den Kampfbund nach der Episode der Fusion mit der IKÖ/4. Internationale aus der 4. Internationale zurückzuziehen. Diese drei Punkte haben unterdessen die Bemühungen des Rest-Kampfbundes unterlaufen, die nationale Abschottung zu überwinden. Eine angestrebte internationale Organisation mit dem von Frey bevorzugt behandelten IK, das in der Grundlinie vom Zentrismus des IS überhaupt nicht abgewichen ist, scheiterte.

37. Die offizielle Sektion, die RK-BL(Ö), entwickelte sich sukzessive von der 4. Internationale weg. Eine Entwicklung, die nach der Gründung der 4. Internationale (1938), an der Georg Scheuer und Karl Fischer teilnahmen, unaufhörlich ihren Gang genommen hat. Unter dem Vorwand der „Scheinproklamation“ lehnten die jungen österreichischen Delegierten den Aufbau der IV. Internationale ab. Dahinter versteckte sich eine tiefe Skepsis gegenüber den Möglichkeiten des bolschewistischen Parteaufbaus und einer proletarischen Revolution. Sie sprachen von einer reaktionären Periode, spalteten sich wenige Monate nach dem Gründungskongreß der IV. Internationale ab und entwickelten gemeinsam mit anderen Splintern eine fundamentale Kritik des Trotzismus (man hätte Orientierung auf Reform der Komintern bereits 1928 aufgeben sollen, Entrismus war falsch und auch die proletarische Militärpolitik). Auch wenn die RKÖ im französischen Widerstand heroisch aktiv war und unter den deutschen Wehrmachtssoldaten revolutionär-defätistische Propagandaarbeit leisteten, so segelten sie politisch immer mehr und mehr in ultralinkes Fahrwasser. Bezüglich der sowjetischen stalinistischen Bürokratie hat die RK das Konzept der „neuen Klasse“ vertreten, wodurch sich für die RK die Verteidigung der „staatskap-

alistischen“ Sowjetunion erübrigt hat. Das nur scheinbare Spannungsverhältnis der RK zwischen Ultra-Linkstum und tiefen Pessimismus löste sich am Ende des zweiten Weltkrieges auf. Nach dem sich abzeichnenden Versiegen ihrer äußerst optimistischen revolutionären Erwartungen nach einer spontanen Erhebung der ArbeiterInnenklasse fand ihre Auflösung statt.

38. Die Gruppe *Gegen den Strom* kämpfte wie auch die anderen Trotzisten heroisch gegen die Nazi-Diktatur (und hatte auch einige von der GESTAPO Ermordete zu beklagen). Zwar war auch bei ihr eine politische Weiterentwicklung seit ihrem Ausschluß aus dem Kampfbund festzustellen. Insgesamt blieb sie jedoch eine schwache und politisch konfuse Gruppe. Trotz schärfster Kritiken z.B. an PI konnte sie im Unterschied zu dieser selber nur wenig bezüglich schriftlicher Klärungen programmatischer Fragen leisten. Ebenso kritisierte sie nicht näher genannte „Mängel“ der „Kriegsthesen“ der IV. Internationale von 1934 und forderte während des Krieges eine „von jedem Opportunismus befreite IV. Internationale“. Kurz – eine um sich schlagende Verurteilung wurde nicht durch ernsthafte programmatische Arbeit fundiert. Dementsprechend spielte sie im Vereinigungsprozeß der österreichischen Trotzisten während des Krieges keine bedeutende Rolle. Allerdings war sie andererseits nach dem Krieg etwas mehr als die IKÖ in der Lage, nach außen zu intervenieren anstatt sich in eine durch Sicherheitsargumente getarnte Zirkel-Existenz zurückzuziehen.

39. Die PI repräsentierte unter den Kampfbund-Splintern die an Kadern und Mitgliederzahlen stärkste Strömung. In Erwartung der revolutionären Perspektiven der Nachkriegsphase war die PI die treibende Kraft, die nach einer Überwindung der Differenzen der unter dem Faschismus in der Illegalität wirkenden Strömungen suchte. Verbunden mit dem Bestreben nach einer nationalen Vereinheitlichung war für die PI die Einsicht in die Notwendigkeit des Bruchs mit der nationalen Beschränktheit der Kampfbund-Tradition und ihre Aufhebung durch die Organisation in der 4. Internationale. Insgesamt war sie jener Teil der österreichischen Trotzisten, der sich politisch – ungeachtet verschiedener unüberwundener Schwächen – am meisten entwickelte und die Aufgaben des Parteaufbaus (Vorantreiben einer intensiven Diskussion mit und Vereinigung der trotzkistischen Gruppen; internationaler Anschluß an die IV.) am besten verstand. Der Zusammenschluß mit der 4. Internationale, der nach der Vereinigung aller Strömungen zur IKÖ bewirkt wurde, erfolgte im Sommer 1946. Die IKÖ zählte zum Gründungszeitpunkt inkl. Sympathisierende nach den Jahren der Illegalität beachtliche 100 Mitglieder. Die Bedeutung des Versuchs eines organisatorischen Zusammenschlusses durch die PI mit der 4. Internationale liegt darin, daß die in Form des europäischen Exekutivkomitees wieder errichtete 4. Internationale (1943) in verschiedenen von ihr verabschiedeten Stellungnahmen zur Kriegsfrage ihr revolutionäres Potential untermauerte. Diese Fähigkeit des Anknüpfens an den revolutionären Faden hat die 4. Internationale in ihrer Kritik an sozialpatriotischen Abweichungen einzelner nationaler Sek-



US-amerikanische Trotzisten: Max Shachtman und James P. Cannon

tionen als auch gegenüber sektiererischen Abweichungen wie im griechischen oder französischen Fall unter Beweis gestellt. In die revolutionäre Kontinuität stellen sich auch noch die beiden ersten Weltkongresse (1946 und 1948), die sich zum revolutionären Programm bekannt haben. Der Gehalt dieser im ersten und zweiten Weltkongreß verabschiedeten programmatischen Substanz ist aber in einer Reihe von Schlüsselfragen - z.B. zum Stalinismus - zunehmend unterhöhlt worden. Die politisch-programmatische Vereinheitlichung der gesamten IKÖ mit der 4. Internationale begann indessen erst mit der fortschreitenden Überwindung der Spaltung in ihrer Niedergangphase Mitte der 50er Jahre zu greifen. Die IKÖ-Mehrheit wies beachtliche Differenzen hinsichtlich ihrer realistischeren Einschätzung der Klassenkampflage, zum Entrismus, am Bemerkenswerten aber zum Stalinismus mit der 4. Internationale/IKÖ-Minderheit auf.

40. Die 4. Internationale drängte weltweit in den Ländern, in denen es mehrere trotzkistische Gruppen gab, auf deren Vereinigung – so auch im Falle der IKÖ. Dabei wurde auf die Klärung wichtiger programmatischer Differenzen verzichtet. Es war aber durchaus richtig, auf eine Vereinigung zu drängen, da neue revolutionäre Aufschwünge bevorstanden. Die Differenzen hätten aber durch programmatische Diskussionen und auch solche über vergangene Fehler überwunden werden und dem Test der Praxis unterzogen werden müssen. Die damals gewählte Vorgangsweise hat aber die Klärung der Differenzen und die Erarbeitung eines gemeinsamen Programms zugunsten einer gemeinsamen Praxis hintenangestellt. Analog zur Internationale hat die IKÖ es vermieden, unter dem Vorwand eines revolutionären Ansturms in der Nachkriegsentwicklung eine Bilanz zur Kriegsfrage zu ziehen. Die IKÖ/4.Internationale tendierte überhaupt dazu, eine allgemeine Homogenisierung in programmatischer Hinsicht nicht als vorrangige Aufgabe zu betrachten. Nach dem Rückzug des Kampfbundes (1947) aus der IKÖ und dem Ausschluß der zur Massenarbeit unter illegalen Bedingungen tendierenden *Gruppe gegen den Strom* (1947) entsprach die IKÖ im Kern der PI, aus deren Reihen ihr Führungsstamm kam. Eine Bilanz zur Kriegsfrage ist dagegen in der 4. Internationale allen Anschein nach aus opportunen Gründen unterblieben. Die von der IKÖ eingenommene Position des nationalen Selbstbestimmungsrechtes imperialistischer Staaten im Kriegsfall war bei allen vorhandenen Nuancierungen innerhalb der 4. Internationale keine Ausnahmeposition. Bezogen auf die konkrete österreichische Nachkriegssituation einer vierfachen Besetzung durch ausländische Truppen entwickelte die IKÖ nicht die These einer unterdrückten Nation. Die IKÖ verband ihre berechtigte Forderung nach einem sofortigen Abzug der alliierten Militärs aus Österreich mit einer weitgehend ausdrücklichen Abgrenzung zu den auf den antikommunistischen antirussischen Chauvinismus setzenden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Das gleiche gilt ebenso für den außerhalb der 4. Internationale stehenden Kampfbund.

Die revolutionäre Kontinuität

41. In den vorangehenden Punkten sind die verschiedenen Stellungnahmen der sich auf den Trotzkismus berufenden Organisationen zu den wichtigsten Fragestellungen ihrer Zeit präsentiert und eingeschätzt worden. Jeder Frage kommt nicht in jeder Epoche eine gleichrangige Bedeutung zu. Die KPÖ(O) hat nach ihrem Bruch mit der KPÖ Schlüsselfragen revolutionärer Politik in Anwendung der ersten 4 Weltkongresse der Komintern in Österreich propagiert. Eng verknüpft mit der Linksoption war von ihrem Beginn an die für die KPÖ zu einer Existenzfrage gewordene Einheitsfrontpolitik. In ihrer Einschätzung zur Sowjetunion vermied sie die staatskapitalistischen Versuchen anderer internationaler linksoppositioneller Strömungen. Die KPÖ(O) betonte nachdrücklich die nachkapitalistischen Grundlagen der sowjetischen Gesellschaft. Daraus ergab sich für die KPÖ(O) bis zur Machtergreifung des deutschen Faschismus die Notwendigkeit der Reformierung der Komintern. In Berücksichtigung der Bedeutung dieser historischen und aktuellen Fragestellungen verkörperten die KPÖ(O) und der Kampfbund unter

gewissen Vorbehalten hinsichtlich sektiererischer Tendenzen zur Sozialdemokratie in Österreich eine revolutionäre Kontinuität. Solange die RK-BL/Ö den Mitgliederstatus der IKL genoß, trifft dies auch auf sie zu.

42. Ein qualitativer Bruch mit revolutionärer Politik und ein Übergang in den Zentrismus setzten im Kampfbund mit der von Frey entwickelten KKT am Vorabend des zweiten Weltkrieges ein. Dieser Bruch stand in engen Zusammenhang mit der Abkoppelung des Kampfbundes von der von Trotzki geführten IKL/4. Internationale. Von diesem Bruchpunkt an hat sich die nationale Isolierung des Kampfbundes von der Internationalen und sein Zentrismus verfestigt. So stellte in der österreichischen Nachkriegsphase nicht der Kampfbund, sondern die IKÖ/4.Internationale bis zum 3. Weltkongreß (1951) eine revolutionäre Kontinuität dar. Nach dem Abrutschen der 4. Internationale in den Zentrismus bestanden zwischen ihr und dem Kampfbund keine qualitativen Unterschiede. Die verschiedenen Kampfbund-Splitter, PI, Gruppe gegen den Strom, PR waren im Recht, die von Frey vorgeschlagene KKT abzulehnen. Frey vertrat mit der KKT eine Minderheitsposition im Kampfbund. Die PI konnte nach ihrem Bruch mit dem Kampfbund und der Kritik an der KKT weitere wichtige Schritte weg von ihrer zentristischen Erbmasse machen. Sie war die mit Abstand ernsthafteste, programmatisch entwickeltste und internationalistisch ausgerichtetste Gruppe und kann trotz ihrer einzelnen zentristischen Fehler für sich in Anspruch nehmen, die in Österreich aufgrund politischer und organisatorischer Schwächen ohne Zweifel nur schwach vorhandene revolutionäre Kontinuität weitergeführt zu haben. Die GdS dagegen kombinierte Unernsthaftigkeit mit organisatorischer und programmatischer Schwäche.

43. Wie schon im Falle des Kampfbundes angedeutet, nahm das Verhältnis der in die Illegalität gedrängten österreichischen Trotzkisten zur 4. Internationale eine Schlüsselstellung zur Frage revolutionärer Kontinuität ein. Die PI stand nach der Abspaltung vom Kampfbund in ihrer methodischen Vorgangsweise zum imperialistischen Krieg und Stalinismus dem Kampfbund am Nächsten. Umgekehrt zum Kampfbund hat die PI durch ihre Annäherung und den Zusammenschluß mit der 4. Internationale (1946) ihre nationalen und zentristischen Beschränkungen vor und während des imperialistischen Krieges sukzessive überwinden können. Eine vollständige Überwindung der zentristischen Erbmasse der PI/IKÖ ist durch die in der 4. Internationale selber vorherrschenden politischen Beschränkungen gehemmt worden. Die ersten beiden Weltkongresse der 4. Internationale haben das revolutionäre Übergangsprogramm von 1938 als politische Grundlage akzeptiert. Die Annahme des revolutionären Übergangsprogramms ist hinsichtlich ihrer Bedeutung mehr als nur eine formale Angelegenheit. Vor dem Hintergrund zentristischer Verrenkungen beinhaltete das Bekenntnis zum revolutionären Übergangsprogramm das in der 4. Internationale noch steckende Potential für revolutionäre Politik. Folglich hätte eine revolutionäre Partei keine Neugründung einer Internationalen veranlaßt. Der Rückzug des Kampfbundes aus der 4. Internationale 1947 war ein schwerer Fehler und Konsequenz seiner zentristischen Politik. Der qualitative Umschlag in den Zentrismus erfolgte auf dem 3. Weltkongreß (1951), der fundamentale Veränderungen des revolutionären Programms sanktionierte (Stalinismus...). Bis dahin kann die IKÖ bei all ihren Mängeln zu Recht beanspruchen, die revolutionäre Kontinuität in Österreich repräsentiert zu haben.

44. Trotz aller Schwächen und Fehler des österreichischen Trotzkismus von 1927-1950 repräsentiert dieser eine revolutionäre Tradition, auf die wir zu Recht stolz sein und an die wir ansetzen können. Die *Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt* als österreichische Sektion der LRKI hat mit ihrer Gründung 1986 den für viele Jahrzehnte abgerissenen Faden der revolutionären Kontinuität in diesem Land wieder aufgenommen. Unsere Aufgabe besteht darin, den von den GenossInnen damals geführten Kampf für die proletarische Revolution und die ein sozialistisches Räte-Österreich wiederaufzunehmen und zu einem erfolgreichen Ende zu führen. ■

DIE GESCHICHTE DER FRAUENBEWEGUNG UND IHRE KLASSENDIFFERENZEN

Zur Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung und dem Kampf der Kommunistinnen gegen den Feminismus

Von Nina Gunić

Ofmals bekommt man den Eindruck, daß der Feminismus eine sehr frühe Entwicklung erlebt hat, da sich feministische Strömungen sehr stark auf die ersten Formen des Kampfes für Frauenrechte stützen. In Wirklichkeit allerdings waren diese Kämpfe in keinsten Weise auf feministische Konzepte gestützt. Ihre Basis war vielmehr ein allgemeines Verständnis von Menschenrechten und der Forderung, daß Frauen auch darin berücksichtigt werden.

Eine der ersten schriftlichen Quellen für diese Forderung nach gleichen Rechten kommt von der aus verarmtem Altadel stammenden Französin Marie Le Jars de Gournay. Sie schrieb schon 1622 das Werk „Die Gleichheit von Männern und Frauen“ und prangerte die Mißstände der damaligen Zeit (die Zeit der Hexenverbrennungen in Europa) an. Da sie an keiner politischen Bewegung teilnahm, der Analphabetismus damals der Normalzustand war, sind ihre Ideen nie über ein sehr kleines Spektrum an Gebildeten rund um den Philosophen und Bürgermeister von Bordeaux Michel de Montaigne bekannt geworden. Literarisch folgten ihr in größeren Abständen einige Frauen, die Ausarbeitungen über die Frage der Frauenrechte lieferten. Diese allerdings erlangten aufgrund ähnlicher Umstände kaum Einfluß auf die politischen Geschehnisse der damaligen Zeit.

Die französische Revolution

Eine starke, reale Verbindung zu Klassenkämpfen dagegen brachten die Entwicklungen der französischen Revolution mit sich – auch da ohne eine Ausarbeitung feministischer Theorien. Vielmehr waren es Ideen zu neuen Gesellschaftsformen, in denen Frauenrechte Einzug fanden. So schrieb der utopische Sozialist Charles Fourier in einem seiner zentralen Werke „*Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen*“ (1808) über seine Vorstellung einer gerechten und freien Gesellschaft und beschrieb bis ins letzte Detail die Lebensweise der Menschen in einer solchen freien Welt.

Wie ein roter Faden zieht sich dabei auch die Gleichstellung der Frau in seiner Vorstellung dieser freien Welt und wird auch bewusst behandelt. Klammert man beim Lesen von Fourier diverse sehr religiöse Darstellungen aus (die Seelen wandern nach ihrem Tod umher und suchen sich einen neuen Platz, um wiedergeboren zu werden), so bleibt eine beeindruckende Tatsache: Fourier widmete sich intensiv der Frage zur Gleichstellung der Geschlechter und hatte für die damalige Zeit eine beeindruckend fortschrittliche Haltung. So schrieb er als eine vielzitierte Schlußfolgerung seiner Ideen: „*Der soziale Fortschritt und der Anbruch neuer Epochen vollzieht sich entsprechend dem Fortschritte der Frau zur Freiheit, und der Verfall der Gesellschaftsordnung vollzieht sich entsprechend der Verminderung der Freiheit der Frau (...) Zusammenfassend gesagt, die Ausdehnung der Vorrechte der Frau ist das allgemeine Prinzip jeden sozialen Fortschritts.*“ (1)

Diese Tatsache war ein Mitgrund für den berühmten deutschen Marxisten und ArbeiterInnenführer August Bebel, sich näher mit Fouriers Arbeit auseinanderzusetzen und eine kritische Aufarbeitung seines Werkes zu vollziehen. Wenn sich FeministInnen

heute auf Fourier beziehen, scheint ihnen in der Regel nicht bewusst zu sein, das für ihn die tatsächliche Befreiung der Frau nur in einer neuen, kommunistischen, Gesellschaft möglich war.

Doch nicht nur die theoretischen Arbeiten der damaligen Zeit haben sich mit der Frage der Frauenrechte und der Gleichberechtigung der Geschlechter befasst. Real haben die politischen Entwicklungen, die Entwicklungen der revolutionären Bewegung diese theoretischen Auseinandersetzungen ins Leben gerufen. Noch heute finden sich sogar von der französischen Literatur bis hin zu den Asterix-Comics Anspielungen auf den Marsch der Poissarden wieder. Die Poissarden waren Fischerfrauen, die am 5. Oktober 1789 zu Tausenden aus Paris zum Schloss Versailles zogen, mit Piken und Säbeln bewaffnet. Später folgten ihnen als „Unterstützung“ tausende Angehörige der Garde Nationale (der selbst-organisierten bewaffneten Volksmilizen) nach. Sie belagerten Versailles die ganze Nacht, obwohl der König die Forderungen der Nationalversammlung unterschrieb, um sicher zu stellen, daß er sich mit ihren Rufen nach Brot wirklich auseinandersetzt. Dieser Marsch der Poissarden stellt ein beeindruckendes Beispiel in der Geschichte dar, welche Rolle Frauen in revolutionären Situationen spielen. Die Forderungen einzelner Frauenrechtlerinnen, wie Olympe de Gouges, stützten sich somit auf realen Entwicklungen und hatten zum Teil eine breite Masse an Frauen hinter sich.

Olympe de Gouges forderte in ihrer *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin* (1791) in erster Linie die Gleichstellung der Frau in allen Ämtern, der Gesetzgebung und der Frage des Besitzes und Erbes. Sie brachte somit vor allem die Interessen der Frauen ihrer eigenen, bürgerlichen, Klasse zum Ausdruck. Daß die



Führende Kommunistinnen: Clara Zetkin, Alexandra Kollontai u.a.

Frage der Frauenrechte überhaupt in Teilen der revolutionären Bewegung Frankreichs Gehör fand, daß die Forderungen einer Olympe de Gouge wie ihre eigene Person überhaupt Einzug in die Geschichte fand, das alles war nicht der ausschließliche oder auch nur hauptsächlich Verdienst der bürgerlichen Frauen der damaligen Zeit. Es war vielmehr die Teilnahme an der Revolution durch die Frauen des Volkes, der Proletarierinnen und der Bäuerinnen, die überhaupt die Basis geschaffen haben für die Auseinandersetzungen mit eben solchen Forderungen wie der *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin*. Nur allzuoft werden diese Basis und die Rolle des weiblichen Teils des revolutionären Volkes in der geschichtlichen Darstellung unter den Tisch gekehrt. Umso mehr gilt es eben diese historische Bedeutung und den Einfluß der revolutionären Bewegung auf die Entwicklung des Kampfes für Frauenrechte hervorstreichend.

Die tatsächlichen Ursprünge des Feminismus

Die tatsächlichen Ursprünge des Feminismus finden sich in der Entstehung der bürgerlichen Frauenbewegung und deren Strukturen. Gerade die Forderungen nach dem allgemeinen Wahlrecht für Frauen, der Frage des Erb- und Besitzrechtes und der Zugang zur Universität standen bei dieser Bewegung im Vordergrund. Im Zuge der Kämpfe zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für Männer um 1905 in Österreich, haben sich auch bürgerliche Frauenverbände mit ihren Forderungen in die Debatte eingebracht.

Interessant sind die ursprünglichen Motive dieser Verbände: Damals stand zur Diskussion, das zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende direkte Wahlrecht zur Reichstagswahl für die Großgrundbesitzerinnen (wie auch das indirekte Wahlrecht für Frauen bei der Handels- und Gewerbekammerwahl) wieder abzuschaffen. Dementsprechend setzten sich die bürgerlichen Frauenverbände, zusammengefasst im *Frauenrechtskomitee* und im *Bund österreichischer Frauenvereine*, für die Beibehaltung dieser bestehenden Rechte und die Ausweitung auf das allgemeine Frauenwahlrecht, sowie die Gleichstellung im Vereins- und Versammlungsrecht ein. In erster Linie steckt hinter ihrem Versuch, Frauen aus anderen Klassen für den Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht zu gewinnen, weniger eine aufopfernde Haltung gegenüber den Frauen der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft, als ein taktisches Kalkül.

Die damaligen Kämpfe für das allgemeine Wahlrecht wurden von der ArbeiterInnenbewegung getragen. Um einen wirklichen Druck ausüben zu können, war es für die bürgerlichen Frauen absolut notwendig auf die breite Unterstützung der werktätigen Frauen und der Bäuerinnen zurückzugreifen. Gerade in einer Zeit der stärker werdenden ArbeiterInnenbewegung sind die Chancen einer Einbeziehung des weiblichen Proletariats und der Bauernschaft in solche Kämpfe am ehesten möglich. So hatten sich die bürgerlichen Frauenverbände entweder auch für das allgemeine Frauenwahlrecht auszusprechen, um eine solche Teilnahme der nicht-bürgerlichen Frauen zu garantieren, oder sie verloren den politischen Einfluß, den sie schon hatten.

Es lag somit nicht im Interesse der bürgerlichen Frauenverbände eine Klassendifferenz zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Klasse einzugestehen, sondern vielmehr ein „Gesamtinteresse“ aller Frauen aller Klassen zu kreieren.

Kein Wunder also, daß sich einerseits die Kampfformen dieser bürgerlichen Frauenverbände in erster Linie in der Sammlung von Unterschriften und Petitionsgesuchen und in zweiter Linie in der Organisierung von Kundgebungen und Demonstrationen äußerten. Und andererseits, daß auch in bestimmten Petitionen Lobhudeleien an die Rolle der „großen Kaiserin Maria Theresia“ zu finden sind. (2) Dieses Leugnen einer Klassenlinie, das Betonen eines Gesamtinteresses aller Frauen aller Klassen ist ein Fundament der bürgerlichen Frauenbewegung, daß letztendlich auch den Feminismus auszeichnet.

Viele der damaligen Frauenverbände haben auch den Eintritt der Frau in die Welt der kapitalistischen Lohnarbeit und somit zum berufstätigen Teil der ArbeiterInnenklasse als Zwang, der den Frauen auferlegt wird, dargestellt und im selben Atemzug

die Notwendigkeit und den Vorteil der Teilnahme der Frau in die akademische Welt und die Wissenschaft betont. Sehr zentral war somit auch die Forderung des Eintrittes in die Universitäten, die die Frauen der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft zur damaligen Zeit kaum berührten, da nicht einmal die Männer ihrer Klassen diese Möglichkeit hatten (die bürgerlichen Frauenverbände forderten dies natürlich auch nicht).

Der Erste Weltkrieg

Welch rückschrittliche Rolle letzten Endes die bürgerlichen Frauenverbände schon damals gespielt haben, zeigt sich aber besonders deutlich an ihrer Position zum ersten Weltkrieg, der 1914 begann und ein Kampf der imperialistischen Großmächte um die Vorherrschaft war. Das Interesse der Frauen der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft lag zuerst in der Verhinderung dieses Weltkrieges. Als der Krieg nichtsdestotrotz ausbrach, ging es darum, den Krieg durch die Beseitigung seiner Grundlagen – dem kapitalistischen Profitsystem – zu beenden. Die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung um den russischen Marxisten Lenin trat daher seit 1914 für die Umwandlung des imperialistischen Krieges hin zum Bürgerkrieg – sprich zum Krieg zwischen den Klassen – für die sozialistische Revolution ein. (3)

Als der Erste Weltkrieg einsetzte, standen die bürgerlichen Frauenverbände innerhalb der beteiligten Staaten dagegen in vorderster Front, um die Massen für die Unterstützung der Kriegsführung zu gewinnen. Dies ging beispielsweise in Deutschland und Russland so weit, daß diese Verbände offen für die Vaterlandsverteidigung aufriefen. Plötzlich war das gemeinsame Interesse aller Frauen aller Klassen, das sie zuvor so lauthals ausriefen, nicht mehr so wichtig. Wichtiger war für sie, zugunsten der Weiterführung des Krieges auf den Kampf für die allgemeinen Frauenrechte zu verzichten – solange die politischen Rechte der Frauen des Bürgertums und des Kleinbürgertums gewahrt bleiben können.

Die proletarische Frauenbewegung, sprich die Frauenbewegung, die sich bewusst im Dienste der ArbeiterInnenklasse sieht, macht eine ganz andere Politik als die bürgerliche Frauenbewegung. Allein schon dadurch, daß sich die proletarische Frauenbewegung klar einer Klasse zugehörig fühlt und *OFFEN* für die Interessen dieser Klasse eintritt, trennt sie von der bürgerlichen Frauenbewegung und der feministischen Politik.

Wir erkennen durchaus den bestehenden geschichtlichen Wert, den auch Frauenrechtlerinnen wie eine Marie Le Jars de Gournay oder eine Olympe de Gouges haben, an. Aber wir übersehen nicht das tatsächliche Verhältnis zum Einfluß, den sie zur Erreichung bestimmter Frauenrechte ausgeübt haben. Wir erkennen die Rolle der tausenden und hunderttausenden Frauen hoch an, die im Zuge der revolutionären Umwälzungen die notwendigen Kräfteverhältnisse schufen, um auch tatsächlich bestimmte Frauenrechte zu erkämpfen. Die Geschichte, die in erster Linie vom Blickpunkt der herrschenden Klasse erzählt wird, vernachlässigt diese Frauen rigoros und zollt wenn überhaupt nur den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gebührend Tribut. Alle unsere Kämpfe, alle unsere Forderungen reihen sich dagegen in die Tradition der Kämpfe dieser tausenden und hunderttausenden Arbeiterinnen und Bäuerinnen ein. Sie werden immer unsere höchste Anerkennung erfahren.

Die Klassenfrage und die proletarische Frauenbewegung

Der Marxismus ist mit der bürgerlichen Frauenbewegung, ist mit dem Feminismus auf Kriegsfuß und wird niemals mit diesen vereinbar sein. So schreibt auch die Kommunistische Internationale am III. Weltkongreß 1921: „Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale warnt die Arbeiterinnen vor jeder Mitarbeit und jedem Kompromiß mit den kapitalistischen Feministen...“ (4)

Gerade die Tatsache der führenden Teilnahme der Frauen an den revolutionären Umwälzungen, sowohl in Frankreich 1789, als auch in der russischen, proletarischen Revolution 1917 zeigt die Notwendigkeit einer starken proletarischen Frauenbewegung. Denn wie die bürgerlich-feministischen Kräfte in der Frage der

Unterstützung des ersten Weltkrieges schon deutlich machen, werfen sie ihre These des Gesamtinteresses aller Frauen schnell über Bord, wenn es ihrer eigenen Besserstellung innerhalb der herrschenden Klasse bzw. der Mittelschicht schadet.

Im Mittelpunkt des Interesses der bürgerlichen Frau steht ihre eigene Besserstellung im kapitalistischen System. Kapitalistinnen können, haben schon, und werden immer genauso ArbeiterInnen entlassen, Löhne kürzen, Profit scheffeln, usw. wie es auch männliche Kapitalisten tun. Was nützt es der Arbeiterin, wenn es eine Frau statt einem Mann ist, die sie entlässt? Wichtig dagegen ist für die Arbeiterin mit den anderen ArbeiterInnen gegen eben genau solche Angriffe vorzugehen. Ihr Grundinteresse als Teil der gesamten ArbeiterInnenklasse gegen den Kapitalismus zu kämpfen, wiegt tausendfach mehr als Fußsoldatin für die Machtinteressen der bürgerlichen Frau zu sein.

Die proletarische Frauenbewegung ist daher bestrebt einen engen Schulterschluss mit den männlichen Arbeitern zu vollziehen. Nur vereint kann die ArbeiterInnenklasse sowohl den Sturz des Systems, das sie als gesamtes unterdrückt vollziehen – als auch eben dieses System, den Kapitalismus, als Nährboden für die permanente Unterdrückung der Frau zerstören.

Das Erstarken der proletarischen Frauenbewegung

In Europa spielte besonders die deutsche Sozialdemokratie – allen voran Clara Zetkin, Marxistin und wichtige Vertreterin des linken Flügels in der Partei – die führende Rolle im Aufbau einer proletarischen Frauenbewegung. So hat Zetkin am zweiten internationalen Frauenkongress der Sozialistinnen im Jahre 1910 die Idee eines internationalen Frauentages für den 8. März ins Leben gerufen. Ab dem folgenden Jahr fanden an diesem Tag international Demonstrationen sowie Konferenzen statt. Der proletarischen Frauenbewegung wurde damit ein zentraler Tag im Jahr gegeben anhand dem sich systematisch Aktionen vorbereiten ließen.

Zetkin selbst hat stark betont, daß es die Erste Internationale um Karl Marx und Friedrich Engels war, die erste und bedeutende Schritte im Aufbau einer proletarischen Frauenbewegung gesetzt hat und in dessen Tradition sich auch die Zweite, später die Dritte Internationale zu sehen hat. Der Eintritt der Frau als Berufstätige in die Arbeiterklasse setzte die unmittelbare Bedingung, daß sie auch in die Rolle als aktive Mitstreiterin für die revolutionäre Befreiung versetzt wurde. Die russische Revolutionärin Alexandra Kollontai brachte dies auf den Punkt: *„Die ledige Frau (hiermit ist die ökonomisch vom Mann unabhängige Frau gemeint, Anm. d. Aut.) ist keine seltene Erscheinung, aber als sich gesetzmäßig wiederholende alltägliche Massenerscheinung ward sie gleichzeitig mit dem höllischen Gekreische der Maschinen und den zur Arbeit rufenden Sirenen der Fabriken geboren.“* (5)

Bereits die Erste Internationale erkannte diese Wandlung der Geschichte. Sie erkannte, daß mit dem Eintritt in das Proletariat die Lösung der Jahrtausende andauernden Frauenunterdrückung greifbar wurde.

Auf Deutschland bezogen bringt es Clara Zetkin folgendermaßen auf den Punkt: *„So hatte die wirtschaftliche Entwicklung unter den erzgebirgischen Textilarbeitern den Boden bereitet, auf dem die Ideensaat der Ersten Internationale rasch und üppig in die Halme schießen konnte.“* (6) Weiters brachte Engels Werk *Zum Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* einen nicht hoch genug zu schätzenden Beitrag zur Analyse und den richtigen Schlußfolgerungen aus der Frauenunterdrückung.

Die Konflikte innerhalb der proletarischen Frauenbewegung

Die Zweite Internationale setzte diese Tradition von Marx und Engels fort und nahm auch die Frage der Frauenbefreiung zentral in ihr Programm auf. Die revolutionären MarxistInnen am linken Flügel innerhalb der Sozialdemokratie um Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Wladimir Illich Lenin u.a. leisteten dabei heftigen Widerstand gegen eine Vernachlässigung des Kampfes für die Frauenbefreiung. Eine solche Vernachlässigung wurde v.a. vom rechten, reformistischen Flügel betrieben und z.T. vom Partei-

zentrum toleriert.

Diese MarxistInnen stellten klar, daß die Politik der bürgerlichen Frauenbewegung, ihrer Verwischung der Klassenlinie, ihre Versuche die proletarische Frauen und die Bäuerinnen für ihre Interessen zu benützen, nicht dazu führen dürfe, der Frage der Frauenrechte weniger Gewicht zuzusprechen.

Ein konkreter Konfliktpunkt war, daß die damals noch revolutionäre sozialdemokratische Partei in Österreich und auch der rechte Flügel der deutschen Partei die Losung eines allgemeinen Frauenwahlrechtes zurückstellte und als ersten Schritt die Erreichung des allgemeinen Männerwahlrechtes ansah.

Der damalige österreichische Parteivorsitzende Victor Adler meinte beispielsweise im Zuge des Frauenkongresses 1903, bei dem damals seitens führender Sozialdemokratinnen das Aufgreifen der Losung des Frauenwahlrechtes im Zuge der anstehenden Kämpfe für das allgemeine Männerwahlrecht gefordert wurde: *„Es hat niemals eine Sozialdemokratie gegeben, die nicht das Frauenwahlrecht als eine ebenso notwendige Sache angesehen hätte wie das der Männer. (...) Aber es fragt sich, ob die politische Lage reif ist, um einen Feldzug für das Frauenwahlrecht zu unternehmen. Und da sage ich ihnen rundweg, in Ländern wie Österreich, Belgien usw., wo das Männerwahlrecht noch nicht einmal erkämpft ist, wo wir alle Kräfte auf diesen Punkt konzentrieren müssen, wäre es eine politische Torheit, diesen Kampf abzulenken auf einen Punkt, der voraussichtlich erst später zu erreichen sein wird. Von diesem Standpunkt der politischen Taktik muss ich sagen: Wir müssen bei jeder Gelegenheit erklären, daß wir für das Frauenwahlrecht sind, daß wir auch den ersten Schritt auf diesem Gebiet machen wollen, aber daß der letzte Schritt erst dann gemacht werden kann, wenn der erste Schritt gemacht ist, und der ist: die Erkämpfung des Wahlrechtes für die Männer.“* (7)

Dieser Fehler spielte den Feministinnen in die Hände, und erschwerte es den sozialdemokratischen Parteien, Frauen für die Interessen der gesamten ArbeiterInnenklasse und somit für den



Clara Zetkin: Gründerin der proletarischen Frauenbewegung

Eintritt in die Partei zu gewinnen. Die bürgerlichen Frauenverbände nutzten dies auch aus und erklärten offiziell ihre Ablehnung irgendeiner Partei beizutreten. Natürlich versuchten diese feministischen Kräfte auch die Frauen der ArbeiterInnenklasse und Bauernschaft für eine solche Parteiablenkung zu gewinnen. Noch heute wird von verschiedenen feministischen Kräften der Vorwurf erhoben, daß der Marxismus nicht offensiv und effektiv genug die Interessen der Frauen vertreten kann. Als Stütze dieser Verleumdung wird der damalige Fehler von Teilen der Sozialdemokratie angeführt.

Umso zentraler war der Kampf der SozialdemokratInnen innerhalb der Parteien dafür, daß dieser Fehler korrigiert wird. Der Stuttgarter Frauenkongreß im Jahre 1907 verurteilte zum Beispiel scharf diese Vorgehensweise der Parteien. Ebenso gelang es dem linken Flügel, auf dem Kongreß der II. Internationale 1907 eine Mehrheit gegen die opportunistische Taktik von Victor Adler, Adelheid Popp und der österreichischen Parteiführung zu gewinnen. (8)

Gleichzeitig hatten die sozialdemokratischen Führerinnen eine zweite Front, gegen die sie innerparteilich antreten mussten: Der revisionistische Flügel um den damaligen Sozialdemokraten Eduard Bernstein, dem auch führende Sozialdemokratinnen wie die Frauenrechtlerin Lily Braun angehörten. Während Clara Zetkin sich unversöhnlich gegen eine Fusion der Interessen feministischer Kräfte mit dem Aufbau einer revolutionären Frauenbewegung aussprach, war Braun offensiv dafür. Mehr als aussagekräftig sind die Aussagen der bürgerlichen Lily Braun, dass die Feministinnen, diese „bösen Bourgeois auch Menschen sind“ oder noch deutlicher 1895 an Kautsky gerichtet: „Die Sozialdemokratie verlangt von ihren Vertretern, daß sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Ich gestehe Ihnen offen, daß weder mein Mann noch ich diesen Satz verstanden haben.“ (9)

Die fortschrittlichen deutschen und österreichischen Sozialdemokratinnen führten somit einen innerparteilichen Kampf sowohl gegen diesen revisionistischen Flügel und dessen Einfluß in der Frauenarbeit der Partei, als auch gegen das Unverständnis verschiedener Führer wie Victor Adler.

Letztenendes gelang es Zetkin, Lily Braun sowohl als Mitherausgeberin der Zeitschrift „Gleichheit“ zu verdrängen, und die eigene politische Dominanz darüber zu sichern, als auch mit 1902 ein Verfahren zum Ausschluß von Lily Braun einzuleiten. Zwar wurde fünf Jahre später zugunsten von Lily Braun entschieden, doch der innerparteiliche Kampf gegen die zähe Zetkin hatte Braun zermürbt und sie trat freiwillig aus.

Der Kampf der KommunistInnen für die Frauenbefreiung

Nach dem Verrat der Sozialdemokratie, der Befürwortung der Kriegskredite im Ersten Weltkrieg 1914, waren ein Bruch mit der Zweiten und die Schaffung der Dritten, Kommunistischen Internationale vordringlich. Die Bedeutung der Dritten Inter-

nationale für die proletarische Frauenbewegung - wie überhaupt der Befreiung der Frau als solche - war enorm und umfaßte eine neue Dimension. Bedeutend war unter anderem die aus der Vorkriegserfahrung der russischen Revolutionäre, der Bolschewiki, hervorgegangene *Zhenotdel*, das als eine Art Frauenbüro bzw. Kommission in der Partei die Arbeit unter den Frauen der ArbeiterInnenklasse und Bauernschaft anleitete. Ebenso die regelmäßige Publikation der Zeitung *Rabotnisa* (russ. für die Arbeiterin), die für Massen von Frauen ein wichtiger Angelpunkt ihrer politischen Aktivität wurde. Es waren auch und vor allem die Revolution selbst und die Machtergreifung durch die Bolschewiki, die dazu geführt hat, daß die Sowjetunion als erster Staat massive Verbesserungen für Frauen umsetzen konnte. Hierbei sei vor allem das eingeführte Recht auf Abtreibung sowie auf Scheidung genannt, das ansatzweise Auslagern der Hausarbeit auf die gesamte Gesellschaft durch den massiven Ausbau von Waschküchen, Kantinen und Kinderbetreuungseinrichtungen, usw. Kurz und gut: Die Frauen haben mit dem Massenstreik, den sie im Februar 1917 ausgelöst haben, eine Revolution eingeläutet, die ihnen Rechte in einem noch nie zuvor dagewesenen Ausmaß brachte.

Umso schwerer wiegt die Degeneration der Sowjetunion durch die systematische Bürokratisierung seit Mitte der 1920er Jahren auch für die Frauen. Unter Stalin wurden letztendlich die Errungenschaften für Frauen weitgehend abgebaut, Abtreibung wurde wieder verboten, bei den Ausgaben für öffentliche Einrichtungen wurde massiv gespart, eine Art Mutterkreuz wurde eingeführt, etc. Trotzki, der Führer der Vierten Internationale, der zeitweilig einen unerbittlichen Kampf gegen diese Degeneration führte, schrieb in seinem Werk *Verratene Revolution*: „Die thermidorianische Gesetzgebung geht nun zu den bürgerlichen Vorbildern zurück und verhüllt ihren Rückzug mit heuchlerischen Reden über die Heiligkeit der ‚neuen‘ Familie.“ (10)

Der Kampf der Vierten Internationale gegen dieses Zurückfallen der Errungenschaften, gegen die Degeneration des Sowjetstaates war daher untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen Frauenunterdrückung und für das Wachsen und Erstarben einer proletarischen Frauenbewegung.

Heute ist der Kampf für eine Fünfte Internationale, die sich in der Tradition der vergangenen vier Internationalen sieht, ein Angelpunkt zur Wiederbelebung der proletarischen Frauenbewegung. Gerade weil sich die Klassenfrage nicht lösen lässt von der Frauenfrage, gerade weil die proletarische Frauenbewegung immer Interesse an einer organisierten Führung und dem Mitwirken in einer organisierten Führung der ArbeiterInnenbewegung hat, erkennt sie die Rolle der revolutionären Partei im Kampf gegen Frauenunterdrückung an. Denn die Befreiung der Frau ist immer Sache und im Interesse der gesamten ArbeiterInnenklasse! *Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus - kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung!* ■

Fußnoten

(1) Charles Fourier: „Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen“ (1808); zitiert in: Thilo Ramm (Hrsg.): Der Frühsozialismus. Quellentexte, Stuttgart 1968, S. 170

(2) Siehe auch *Petition des Frauenwahlrechtskomitees in Wien um das allgemeine Frauenwahlrecht*, Haus der Abgeordneten, 439. Sitzung der 18. Sektion am 24. Oktober 1906 in Wien, Anhang IV

(3) Siehe dazu u.a. Michael Pröbsting: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Die Strategie Lenins und der Bolschewiki; in: *Revolutionärer Marxismus* Nr. 40 (2009)

(4) Kommunistische Internationale: Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Kommunistischen Parteien, Resolution des III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1921; in: *Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen*, Band II, Köln 1984, S. 152

(5) Alexandra Kollontai: Die neue Moral und die Arbeiterklasse

(1918), S. 43

(6) Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands (1928), Berlin 1978, S. 89f.

(7) Victor Adler; zitiert in: Der Kampf um das Frauenwahlrecht, <http://www.renner-institut.at/frauenakademie/wahlrecht/wahlrecht.htm>

(8) Siehe W. I. Lenin: Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart (1907); in: *Lenin Werke* 13, S. 82f.

(9) Zitiert bei: Antje Trosien und Claudia Walther: Lily Braun - Kämpferische und bekämpfte Sozialistin; in: *SPW - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft*, Nr. 1/97, <http://www.spw.de/9701/braun.html>

(10) Leo Trotzki: *Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie?* (1936), Schriften Band 1.2, S. 850

THESEN ÜBER DIE METHODEN UND FORMEN DER ARBEIT UNTER DEN FRAUEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

Resolution des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1921)

Im folgenden veröffentlichen wir die Resolution „*Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Kommunistischen Parteien*“. Im vorhergehenden Artikel von Nina Gunić „*Die Geschichte der Frauenbewegung und ihre Klassendifferenzen*“ haben wir die Entstehung der marxistischen Haltung zur Frauenbefreiung dargelegt. Die Kommunistische Internationale (Komintern) hat in ihrer revolutionären Periode (1919-1923) dem Kampf für Frauenbefreiung einen zentralen Stellenwert eingeräumt. Auf drei der vier Weltkongresse in dieser Zeit diskutierte und beschloß die Komintern Resolutionen zu diesem Thema.

Die folgende Resolution wurde auf dem III. Kongreß 1921 (auf der 20. Sitzung am 8. Juli) beschlossen. Sie ist die ausführlichste der drei Dokumente. Die Kommunistische Internationale betont in dieser Resolution die zentrale Bedeutung der Entfaltung einer organisierten Arbeit unter den Frauen der ArbeiterInnenklasse und aller unterdrückter Schichten. Sie legt dar, wie die nationalen Sektionen Abteilungen für Arbeit unter Frauen organisieren und aufbauen sollten. Dies schloß alle zentralen Taktiken ein, die die Bolschewiki und die deutsche sozialistische Frauenbewegung benützt hatten. Sie forderten dringend Sektionen für spezielle Arbeit unter den Frauen in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, in den Gemeinden etc. Dies hätte, falls es erfolgreich durchgeführt worden wäre, zu einer Art von kommunistischer Massenfrauenbewegung, wie sie sich zu dieser Zeit in der Sowjetunion entwickelt hatte, geführt. Die Thesen bieten eine korrekte, revolutionäre Perspektive für die Arbeit in einer Periode, in der es kommunistische Massenparteien gibt, die in der Lage waren, die Avantgarde der ArbeiterInnenklasse, Männer und Frauen, für ihre Fahne durch Massenarbeit zu gewinnen.

Wir haben die Resolution aus dem Buch „*Die Kommunistische Internationale. 3. und 4. Weltkongreß 1921/1922. Thesen und Resolutionen. Band II*“ (Dortmund 1978) entnommen.

Redaktion des FAREV

* * *

Grundprinzipien

I. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale bekräftigt noch einmal gemeinsam mit der Internationalen Konferenz der Kommunistinnen die Entscheidungen des I. und II. Kongresses, die dahin lauten, daß es nötig sei, die Arbeit der Kommunistischen Parteien des Westens und des Ostens unter dem weiblichen Proletariat zu verstärken, die breiten Massen der Arbeiterinnen im Geiste des Kommunismus zu erziehen und sie für den Kampf um die Sowjetmacht oder für den Aufbau der Sowjetrepublik heranzuziehen.

In der ganzen Welt erhebt sich vor der Arbeiterklasse, folglich auch vor den Arbeiterinnen, die wesentliche Frage über die Diktatur des Proletariats.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist in eine Sackgasse geraten, im Rahmen des Kapitalismus ist kein Raum mehr für eine Weiterentwicklung der Produktionskräfte. Die Verarmung der Werktätigen, die Kraftlosigkeit der Bourgeoisie, die Produktion

zu erneuern, das hohe Ausmaß der Spekulation, der Zerfall der Produktion, die Arbeitslosigkeit, die Preisschwankungen, das Mißverhältnis des Arbeitslohnes zu den Preisen, alle diese Erscheinungen führen unausbleiblich zur Verschärfung des Klassenkampfes in allen Ländern, in diesem Kampfe entscheidet sich die Frage der Leitung, Führung, Organisation und des Systems der Produktion, und ob diese Führung von einem Häuflein Bourgeois und Ausbeutern auf der Grundlage des Kapitalismus und des Privateigentums oder von der Klasse der Erzeuger auf kommunistischer Grundlage übernommen werden soll. Die neue, aufstrebende Klasse, die Klasse der Erzeuger, muß nach den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung den Produktionsapparat in ihre Hände nehmen, um neue Wirtschaftsformen zu schaffen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Höchstentwicklung der Produktionskräfte zu ermöglichen, die bis jetzt durch die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise hintangehalten wurde.

Solange die Macht in den Händen der bürgerlichen Klasse ist, ist das Proletariat nicht imstande, das Produktionsverfahren zu heben. Solange die Macht in den Händen des Kapitals ist, sind keinerlei Reformen, keinerlei Maßregeln einer demokratischen oder sogenannten sozialistischen Regierung in einem bürgerlichen Lande imstande, die Lage zu retten und die schweren, unerträglichen Leiden der Arbeiterinnen und der Arbeiter zu erleichtern, die durch den Zerfall des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervorgerufen sind. Nur die Ergreifung der Macht durch das Proletariat gibt der Klasse der Erzeuger die Möglichkeit, die Produktionsmittel in Besitz zu nehmen und die wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der Werktätigen zu fördern. Um die Stunde des unausbleiblichen Entscheidungskampfes des Proletariats gegen die verfaulte kapitalistische Welt zu beschleunigen, muß sich die Arbeiterklasse fest und unerbittlich an die Taktik halten, die von der III. Internationale festgelegt ist. Die Arbeiterdiktatur des Proletariats ist das Nächste, das für die Methoden der Arbeit und die Kampflinie des Proletariats beider Geschlechter bestimmend ist.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale geht von dem Grundsatz aus, daß der Kampf um die Diktatur des Proletariats den Proletariern aller kapitalistischen Staaten bevorsteht, ebenso wie der Aufbau des Kommunismus die nächste Aufgabe jener Länder ist, in denen sich die Diktatur schon in den Händen der Arbeiter befindet. Der III. Kongreß der Kommunisten sehen Internationale konstatiert, daß weder die Er kämpfung der Macht, noch die Verwirklichung des Kommunismus in einer Lande, in dem das Kapital bereits gestürzt ist, ohne aktive Unter-Stützung von Seiten der breiten Frauenmassen des Proletariats und Halbproletariats möglich ist.

Andererseits lenkt der Kongreß noch einmal die Aufmerksamkeit aller Frauen auf den Umstand, daß alle Versuche, die die Befreiung der Frau aus der Knechtschaft und ihre Gleichstellung zum Ziele haben, ohne ihre Unterstützung unmöglich sind.

II. Das Interesse der Arbeiterklasse erfordert gerade gegenwärtig besonders dringend die Einbeziehung der Frauen in die organisierten Reihen des Proletariats, die für den Kommunismus kämpfen, und dies um so mehr, als die wirtschaftliche

Zerrüttung sich für die Stadt- und Landarmut immer entscheidender und unerträglicher gestaltet und die Durchführung der sozialen Revolution für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder immer unerlässlicher wird, die Arbeiter in Sowjetrußland aber den Wiederaufbau der Volkswirtschaft auf neuen kommunistischen Grundlagen durchzuführen haben. Beide Aufgaben werden um so leichter zu lösen sein, je aktiver, bewußter und williger die Frauen an ihrer Lösung Anteil nehmen.

III. Die kommunistischen Parteien müssen überall dort, wo die Frage der Eroberung der Macht auftritt, die große Gefahr für die Revolution richtig einschätzen, die die Massen der Arbeiterinnen, Hausfrauen, weiblichen Angestellten und Bäuerinnen darstellen, die nicht in die Bewegung einbezogen wurden, nicht vom Einfluß der kapitalistischen Weltanschauung, der Kirche und der bürgerlichen Vorurteile losgelöst und auf diese oder jene Art mit der großen Freiheitsbewegung des Kommunismus in Zusammenhang gebracht wurden. Die Frauenmassen des Westens und des Ostens, die nicht in die Bewegung einbezogen wurden, stellen uns bedingt eine Stütze des Kapitals, ein Objekt für konterrevolutionäre Propaganda dar. Die Erfahrung der ungarischen Revolution, in deren Verlauf nichtklassenbewußte Frauenmassen eine derartige traurige Rolle spielten, muß für die Proletarier aller Länder, die den Weg der sozialen Revolution beschritten haben, als Warnung dienen.

Andererseits hat die Praxis der Sowjetrepublik gezeigt, wie wichtig die Teilnahme der Arbeiterinnen und Bäuerinnen sowohl in der Verteidigung der Republik als auch auf allen Gebieten des Sowjetaufbaus ist. Die Bedeutung der Rolle, die die Arbeiterinnen und Bäuerinnen bei der Organisation der Verteidigung des Hinterlandes, im Kampf gegen die Fahnenflucht und im Kampfe gegen alle Arten von Konterrevolution, Sabotage usw., in der Sowjetrepublik spielten, ist durch Tatsachen bewiesen. Die Erfahrung der proletarischen Republik muß vom Proletariat der übrigen Länder ausgenutzt werden.

Daraus ergeben sich für die kommunistischen Parteien folgende Aufgaben: sie müssen den Einfluß der Partei und des Kommunismus durch gesteigerte und besondere Methoden innerhalb der Partei auf die breiten Frauenmassen ihres Landes ausdehnen — durch solche Methoden, die es ihnen ermöglichen, die Frauen von dem Einfluß der kapitalistischen Weltanschauung oder der Kompromißparteien zu befreien, sie zu tatsächlichen Kämpferinnen zu erziehen und auf diese Weise ihre tatsächliche Befreiung zu erreichen.

IV. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale legt es den kommunistischen Parteien des Westens und des Ostens besonders ans Herz, die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat zu verstärken und verweist gleichzeitig die Arbeiterinnen der ganzen Welt darauf, daß nur der Sieg des Kommunismus ihre Befreiung aus der Knechtschaft und Unterdrückung möglich macht. Das, was der Kommunismus der Frau geben kann, kann ihr die kapitalistische Frauenbewegung in keinem Falte geben. Solange die Macht des Kapitals und des Privateigentums in den kapitalistischen Ländern besteht, kann die Befreiung der Frau aus der Abhängigkeit vom Manne nicht weiter gehen, als bis zu dem

Rechte, über ihr eigenes Besitztum, ihren Verdienst zu verfügen, und gleichberechtigt mit dem Mann das Schicksal der Kinder zu entscheiden. Das Streben der Feministinnen während der Herrschaft des Parlamentarismus, das Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen, entscheidet nicht die Frage der tatsächlichen Gleichstellung der Frauen und besonders nicht der Frauen der nichtbesitzenden Klassen, was die Arbeiter aller jener kapitalistischen Länder erfahren haben, in denen die Bourgeoisie in den letzten Jahren formell die politische Gleichberechtigung der Geschlechter eingeführt hat. Das Wahlrecht kann die ursprünglichen Gründe der Fesselung der Frau an die Familie und die Gesellschaft nicht zerstören. Die Einführung der Zivilehe anstelle der unlösbaren Ehe gleicht in den kapitalistischen Ländern, bei der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Proletarierin vom Kapitalisten und vom Mann-Ernährer, bei dem Fehlen des Mutter-

und Jugendschutzes und der sozialen Erziehung, die Lage der Frau in ehelicher Hinsicht nicht aus und kann das Problem der gegenseitigen Beziehungen der Geschlechter nicht lösen.

Die nicht nur formelle, sondern tatsächliche Gleichstellung der Frau ist nur im Kommunismus möglich, d. h. nur dann, wenn die Frau der werktätigen Masse in den Stand gesetzt wird, am Besitze der Produktionsmittel, an der Verteilung und Leitung teilzunehmen und die Arbeitspflicht in gleicher Weise, wie alle übrigen Glieder der werktätigen Gesellschaft zu erfüllen; mit anderen Worten, sie ist nur dann möglich, wenn das System der kapitalistischen Produktion gestürzt und durch die kommunistische Wirtschaftsweis ersetzt wird. Nur der Kommunismus schafft die Bedingungen, unter denen die natürliche Funktion der Frau, die Mutterschaft, nicht mit ihren gesellschaftlichen Pflichten in Konflikt geraten und ihre schöpferische Arbeit zugunsten der Allgemeinheit stören, sondern im Gegenteil die harmonische Entwicklung der Persönlichkeit allseitig fördern wird, die eng und untrennbar mit den Aufgaben und dem Leben des werktätigen Kollektivs im Zusammenhang steht. Der Kommunismus muß das Ziel aller Frauen sein, die für die Befreiung der Frau und die Anerkennung ihrer Rechte kämpfen.

Der Kommunismus ist aber gleichzeitig das Ziel des gesamten Proletariats, folglich muß der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter im Interesse beider Seiten gemeinsam und geschlossen geführt werden.

V. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale betont den grundlegenden Satz des revolutionären Marxismus, daß es keine „besondere Frauenfrage“ gibt und daß jegliches Zusammengehen der Arbeiterinnen mit dem kapitalistischen Feminismus zu einer Schwächung der Kräfte des Proletariats führt, er betont aber andererseits auch, daß jede Unterstützung, die die Arbeiterinnen der verräterischen Taktik der Sozialkompromißler und Opportunisten zuteil werden lassen-, gleichfalls die Kräfte des Proletariats schwächt, die soziale Revolution hinausschiebt und den Sieg des Kommunismus und folglich auch die Stunde der Befreiung der Frau verzögert.

Der Kommunismus ist nicht durch die vereinigten Anstrengungen der Frauen verschiedener Klassen, sondern nur durch den vereinigten Kampf aller Ausgebeuteten möglich.

Die proletarischen Frauenmassen sind in ihrem eigenen Interesse verpflichtet, die revolutionäre Taktik der kommunistischen Parteien zu unterstützen und aktiv und unmittelbar an den Massenaktionen und am Bürgerkrieg teilzunehmen, wie er sich in allen seinen Normen im nationalen, wie im internationalen Maßstabe auswirkt.

VI. Der Kampf der Frau gegen ihre zweifache Unterdrückung (Kapitalismus und Abhängigkeit vom Familienleben) muß im nächsten Stadium seiner Entwicklung internationalen Charakter annehmen und sich unter dem Banner der III. Internationale in einen Kampf des Proletariats beider Geschlechter um die Diktatur und um den Sowjetaufbau verwandeln.

VII. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale warnt die Arbeiterinnen vor jeder Mitarbeit und jedem Kompromiß mit den kapitalistischen Feministen und verweist sie gleichzeitig darauf, daß jegliche Illusion darüber, daß die proletarische Frau die II. Internationale oder opportunistisch gestimmte Elemente, die dieser nahestehen, ohne Schaden für sich unterstützen könnte, der Bewegung einen riesigen Schaden bringt. Die Frauen müssen sich folgendes ständig vor Augen halten: Die Knechtschaft der Frau wurzelt im kapitalistischen Bau, um dieser Knechtschaft ein Ende zu machen, muß zu einer neuen Gesellschaftsform übergegangen werden.

Die Unterstützung der II. und II 1/2. Internationale und ähnlicher Gruppen verhindert die Entwicklung der sozialen Revolution und folglich auch die Herbeiführung neuer Gesellschaftsformen. Je entschiedener sich die breiten Frauenmassen von der II. und II 1/2. Internationale abwenden, desto gesicherter ist der Sieg der sozialen Revolution. Es ist die Pflicht der Kommunistinnen, alle jene zu verurteilen, die vor der revolutionären Taktik der Kom-

munistischen Internationale zurückschrecken, und unerbittlich ihren Ausschluß aus den geschlossenen Reihen derselben zu verlangen.

Die Frauen müssen sich erinnern, daß die II. Internationale nicht einmal den Versuch machte, ein Organ zu schaffen, dessen Aufgabe es gewesen wäre, den Kampf für die allseitige Befreiung der Frau zu führen. Die Internationale Vereinigung der Sozialistinnen kam, soweit sie schon verwirklicht wurde, außerhalb des Rahmens der II. Internationale auf eigenen Antrieb der Arbeiterinnen zustande.

Die III. Internationale formulierte schon auf ihrem I. Kongreß 1919 konkret ihr Verhältnis zur Frage der Einbeziehung der Frauen in den Kampf um die Diktatur. Auf Anlaß des I. Kongresses wurde die erste Konferenz der Kommunistinnen einberufen, und im Jahre 1920 das Internationale Sekretariat für die Arbeit unter den Frauen mit einer ständigen Vertretung im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gegründet. Es ist die Pflicht der klassenbewußten Arbeiterinnen aller Länder, unweigerlich mit der II. und II 1/2. Internationale zu brechen und die revolutionäre Haltung der Kommunistischen Internationale kräftig zu unterstützen.

VIII. Die Unterstützung der Kommunistischen Internationale soll von seiten der Arbeiterinnen, Bäuerinnen und weiblichen Angestellten durch den Eintritt in die kommunistische Partei ihres Landes bewiesen werden.

In jenen Ländern und Parteien, in denen der Kampf zwischen der II. und III. internationale noch nicht zu Ende geführt wurde, ist es Pflicht der Arbeiterinnen, jene Partei oder Gruppe mit allen Kräften zu unterstützen, die für die Kommunistische Internationale eintritt, und einen erbarmungslosen Kampf gegen alle schwankenden oder offenkundig verräterischen Elemente zu führen, ohne auf irgendwelche Autoritäten Rücksicht zu nehmen. Die klassenbewußten Proletarierinnen, die ihre tatsächliche Befreiung anstreben, dürfen nicht in Parteien verbleiben, die außerhalb der Kommunistischen Internationale stehen. Wer ein Gegner der III. Internationale ist, der ist ein Feind der Befreiung der Frau.

Die zielbewußten werktätigen Frauen des Westens und des Ostens haben nur einen Platz: unter dem Banner der Kommunistischen Internationale, d. h. in den Reihen der kommunistischen Partei ihres Landes. Jedes Schwanken seitens der werktätigen Frauen, jedes Ausweichen vor dem Kampf mit den Kompromiß-Parteien, die sich sozialistische nennen und ihren Führern, wirkt verderblich auf den Kampf des Proletariats zurück, gefährdet seinen Erfolg. Denn dieser Kampf hat den Charakter eines offenen und erbarmungslosen nationalen und internationalen Bürgerkrieges angenommen.

Die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen

Von allen oben angeführten Grundsätzen ausgehend, bestimmt der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß die kommunistischen Parteien aller Länder ihre Arbeit unter dem weiblichen Proletariat auf folgender Grundlage ZU führen haben:

I. Die Frauen sind als gleichberechtigte Mitglieder der Partei und aller Klassenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Räte der Fabriksältesten usw.) zu betrachten.

II. Es ist die Notwendigkeit dessen anzuerkennen, daß die Frauen aktiv in alle Gebiete des proletarischen Kampfes (die militärische Selbstverteidigung des Proletariats nicht ausgeschlossen), des Aufbaus der neuen gesellschaftlichen Grundlagen und der Organisation der Produktion und des Lebens auf kommunistischer Basis einzubeziehen sind.

III. Es ist die Funktion der Mutterschaft als soziale Funktion anzuerkennen und für die Durchführung und Verwirklichung von Maßregeln einzutreten, die die Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter schützen.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale spricht sich in entschiedenster Weise gegen die Bildung besonderer, separater Frauenvereinigungen innerhalb der Partei, der Gewerkschaften oder anderer besonderer Frauenorganisationen aus, erkennt aber trotzdem die Notwendigkeit der Anwendung besonderer Arbeitsmethoden von Seiten der Kommunistischen Parteien unter den Frauen an, und konstatiert deshalb die Zweckmäßigkeit der Schaffung besonderer Organe zur Durchführung dieser Arbeit innerhalb aller Kommunistischen Parteien. Der Kongreß läßt sich hierbei von folgenden Erwägungen leiten:

a) daß sich einerseits die Unterjochung der Frau in den kapitalistischen Ländern und andererseits ihre schwere Lage in den Sowjetländern, die den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus durchmachen, fühlbar macht.

b) daß eine gewisse Passivität und politische Rückständigkeit der Frauenmassen konstatiert werden muß, die sich daraus erklärt, daß die Frau von altersher vom gesellschaftlichen Leben ferngehalten und an die Familie gekettet wurde.

c) daß die besonderen Funktionen (Mutterschaft), die die Natur der Frau auferlegt und die daraus entsprungene Eigentümlichkeiten der Frau einen größeren Schutz der Gesundheit und der Kräfte der Frau im Interesse der Allgemeinheit erfordern. Aus eben diesen Erwägungen konstatiert der Kongreß die Zweckmäßigkeit der Schaffung besonderer Organe zur Durchführung der Arbeit unter den Frauen. Solche Organe sind Sektionen und Kommissionen, die bei allen Parteikomitees vom ZK der Partei an bis zum Stadtbezirk oder Kreisparteiomitee herab organisiert werden müssen. Diese Entscheidung ist für alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören, verbindlich.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale verweist darauf, daß die Aufgaben dieser Sektionen und Kommissionen in folgendem bestehen:

1. Die breiten Frauenmassen im Geist des Kommunismus zu erziehen und sie in die Reihen der Partei einzugliedern.

2. Den Kampf gegen die Vorurteile, die mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau zusammenhängen, zu führen und in den Arbeitern und Arbeiterinnen das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Interessen der Proletarier beiderlei Geschlechts zu bekräftigen.

3. Die Willenskraft der Arbeiterinnen zu stärken, sie in alle Formen und Arten des Bürgerkrieges in den kapitalistischen Ländern einzubeziehen und die Aktivität der Frauen durch



Inessa Armand: Führerin der Bolschewiki und der kommunistischen Frauenbewegung

ihre Heranziehung zu Massenaktionen und zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung (Wohnungsnot, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Kinderelend) zu wecken, in den Sowjetrepubliken dasselbe Ziel aber durch Heranziehung der Frauen zum Aufbau der kommunistischen Wirtschaft und Lebensweise zu erreichen.

4. Die Fragen, die sich unmittelbar auf die Gleichberechtigung und den Schutz der Frau als Mutter beziehen, aufzurollen und die Aufmerksamkeit der Partei und der gesetzlichen Organe (in Sowjetländern) auf sie zu lenken.

5. Einen planmäßigen Kampf mit der Macht der Tradition, der bürgerlichen Gewohnheiten und der Religion zu führen und auf diese Weise gesündere und harmonischere Beziehungen zwischen den Geschlechtern herbeizuführen, die die physische und moralische Gesundung der werktätigen Menschheit sicherzustellen imstande sind.

Die Parteikomitees haben die Arbeit der Kommissionen unmittelbar zu leiten und sind für sie verantwortlich. An der Spitze jeder Kommission soll ein Mitglied des Komitees stehen. Nach Möglichkeit sollen mehrere Kommunisten Mitglieder dieser Kommissionen sein.

Die Kommissionen sollen selbständig alle Maßregeln durchführen, die sich vor ihnen erheben; sie sollen diese in den Sowjetländern durch die entsprechenden wirtschaftlichen oder politischen Organe (Sowjets, Kommissariate, Kommissionen, Gewerkschaften usw.), in den kapitalistischen Ländern aber mit Hilfe der entsprechenden Organe des Proletariats (Gewerkschaften, Räte usw.) zu erreichen suchen. Überall, wo die kommunistischen Parteien illegal oder halblegal bestehen, schaffen sie einen illegalen Apparat für die Arbeit unter den Frauen. Dieser Apparat muß dem illegalen Apparate der Gesamtpartei unterstellt und angepaßt sein. So wie in der legalen Organisation ist auch in der illegalen in jedem Orts-, Bezirks- bzw. Zentralkomitee eine Genossin vertreten, die die illegale Propagandaarbeit unter den Frauen verantwortlich zu leiten hat.

In der gegenwärtigen Periode stellen die Gewerkschafts- und Produktionsverbände, ferner die Genossenschaften die hauptsächlichste Grundlage für die Arbeit unter den Frauen seitens der kommunistischen Parteien dar; dies gilt sowohl in den Ländern, in denen sich noch der Kampf um den Sturz des Kapitals abspielt, als auch in den werktätigen Sowjetrepubliken. Die Arbeit unter den Frauen muß im Geiste der Einheitlichkeit der Parteibewegung und Organisation, der Anerkennung der selbständigen Initiative gegenüber den Kommissionen geführt werden usw. bei allen jenen Unternehmungen, die sich auf die völlige Befreiung und Gleichstellung der Frau, die von der Partei in vollem Ausmaße zu verwirklichen ist, beziehen.

Kein Parallelismus in der Arbeit, sondern Ergänzung der Arbeit der Partei durch die schöpferische Selbstbetätigung und Initiative der Frau.

Die Arbeit der Partei unter den Frauen in Sowjetländern

Die Aufgabe der Frauensektionen in einer werktätigen Sowjetrepublik besteht darin, die breiten Frauenmassen im Geiste des Kommunismus zu erziehen und sie für die kommunistische Partei zu gewinnen. Sie haben die Aktivität und Selbstbetätigung zu wecken und zu heben, indem sie die Frauen zur Arbeit beim Aufbau des Kommunismus heranziehen, um sie zu standhaften Schützerinnen der Kommunistischen Internationale heranzubilden. Die Frauensektionen müssen mit allen Mitteln bestrebt sein, die Frauen in alle Gebiete des Sowjetaufbaues hereinzuziehen, von der Verteidigung angefangen bis zu ihrer Einbeziehung in die vielseitigen wirtschaftlichen Pläne der Republik.

Die Frauensektionen müssen in der Sowjetrepublik darauf achten, daß die Bestimmungen des VIII. Rätekongresses durchgeführt werden, die von der Einbeziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Aufbau und der Organisation der Volkswirtschaft sprechen und die Teilnahme der Frauen an allen Organen, bei denen es sich um die Organisation, Kontrolle und Leitung der Produktion handelt, gesichert sehen wollen.

Die Frauensektionen müssen durch ihre Vertreter und durch die Organe der Partei an der Ausarbeitung neuer Gesetzforderungen teilnehmen und auf Änderung jener hinwirken, die zwecks wirtschaftlicher Befreiung der Frau einer Veränderung bedürfen. Die Sektionen müssen besonders bei der Ausarbeitung jener Gesetze Initiative zeigen, die die Frauen- und Kinderarbeit zu schützen haben.

Die Frauensektionen sind verpflichtet, die größtmögliche Anzahl von Arbeiterinnen und Bäuerinnen für die Kampagne bei Rätewahlen heranzuziehen und sich darum zu kümmern, daß auch Arbeiterinnen und Bäuerinnen Mitglieder von Räten und Vollzugskomitees werden.

Die Frauensektionen müssen für die schleunige Durchführung aller politischen und wirtschaftlichen Kampagnen, die von der Partei eingeleitet werden, Sorge tragen.

Es ist die Aufgabe der Frauensektionen, die Qualität der Frauenarbeit durch Erhöhung der gewerkschaftlichen Ausbildung zu heben und sich darum zu kümmern, daß die Arbeiterinnen und Bäuerinnen in den entsprechenden Lehranstalten Zutritt erhalten.

Die Frauensektionen müssen für den Eintritt von Frauen in die Kommissionen für Arbeitsschutz in den einzelnen Unternehmungen Sorge tragen und auf die Förderung der Tätigkeit der Hilfskommissionen für Frauen und Jugendschutz bedacht sein.

Die Frauensektionen müssen das ganze Netz jener gesellschaftlichen Institutionen (öffentliche Waisenhäuser, Wäschereien, Reparaturwerkstätten, Kommunehäuser, Institutionen für soziale Erziehung usw.) zu heben suchen, die die Lebensweise auf neue kommunistische Grundlage stellen, den Frauen die Schwere der Übergangszeit erleichtern, ihre materielle Unabhängigkeit fördern und die Sklavin des Hauses und der Familie zur freien Gefährtin des Schöpfers der neuen Lebensformen machen.

Die Frauensektionen müssen für die Erziehung der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaftsverbände im Geiste des Kommunismus Sorge tragen, wobei sie sich der Hilfe der Organisationen für die Arbeit unter den Frauen, die von der Fraktion der Kommunisten in den Gewerkschaftsverbänden gestellt werden, zu bedienen haben.

Die Frauensektionen haben darauf zu sehen, daß die Fabrikarbeiterinnen die Fabriksdelegiertenversammlungen besuchen. Sie sind verpflichtet, eine planmäßige Verteilung der weiblichen Delegierten — Praktikantinnen — für die verschiedensten Arbeiten (in den Räten, auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, der Gewerkschaftsverbände) vorzunehmen.

In den kapitalistischen Ländern

Die nächsten Aufgaben der Kommissionen für die Arbeit unter den Frauen werden durch die objektive Lage bestimmt. Einerseits der Zerfall der Weltwirtschaft, das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit, (die sich besonders im Nachlassen der Nachfrage nach Frauenarbeit ausdrückt), das Anwachsen der Prostitution und der Teuerung, die Wohnungsnot, drohende neue imperialistische Kriege; andererseits die unaufhörlichen ökonomischen Streiks der Arbeiter, die wiederholten Versuche des bewaffneten Aufstandes des Proletariats und die immer mehr sich verdichtende Atmosphäre des Bürgerkrieges im Weltmaßstabe, dies alles ist der Prolog der unausbleiblichen sozialen Weltrevolution.

Die Kommissionen der Arbeiterinnen müssen die Kampfaufgaben des Proletariats betonen, für die gesamten Losungen der Kommunistischen Partei eintreten und die Frauen zur Teilnahme an den revolutionären Aktionen der Kommunisten gegen die Bourgeoisie und die Sozialverräter heranziehen.

Die Kommissionen müssen dafür Sorge tragen, daß die Frauen nicht nur als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitglieder in die Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und andere Klassenorganisationen aufgenommen werden, indem sie gegen jede Trennung oder Sonderstellung der Arbeiterin auftreten, sondern sie müssen auch dahin wirken, daß die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen in die leitenden Organe der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften auf-

genommen werden.

Die Kommissionen sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß die breiten Massen des weiblichen Proletariats und der Bauernschaft ihr Recht bei den Wahlen ins Parlament und in alle öffentlichen Institutionen zugunsten der kommunistischen Partei zur Geltung bringen, wobei sie gleichzeitig die Beschränkung dieser Rechte sowohl in bezug auf die Beseitigung oder Milderung der kapitalistischen Ausbeutung, als auch in bezug auf die Befreiung der Frau aufzeigen und den Parlamentarismus dem Sowjetsystem gegenüberstellen müssen.

Die Kommissionen müssen auch dafür Sorge tragen, daß die Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten und Bäuerinnen an den Wahlen der revolutionären, ökonomischen und politischen Räte der Arbeiterdeputierten in lebhaftester und klassenbewußter Weise Anteil nehmen, wobei sie sich zu bemühen haben, daß es ihnen gelingt, die politische Aktivität der Hausfrau zu wecken und die Idee der Räte ganz besonders unter den Bäuerinnen zu propagieren. Eine besondere Arbeit besteht für die Kommissionen darin, die Verwirklichung des Prinzips der gleichen Zahlung für gleiche Arbeit zu erreichen. Es ist die Aufgabe der Kommissionen, die Arbeiterinnen und Arbeiter in kostenlosen und allgemein zugänglichen Kursen für diese Kampagne zu gewinnen, kurz sich die höhere Einschätzung der Frau zur Aufgabe zu machen.

Die Kommissionen müssen darauf hinwirken, daß Kommunistinnen an gesetzgebenden, kommunalen und allen anderen sozialen Organen teilnehmen, in denen die Frauen auf Grund des Wahlrechts Sitz und Stimme haben, um dort die revolutionäre Politik ihrer Partei zu treiben.

Bei ihrer Betätigung in den gesetzgebenden, kommunalen und anderen Körperschaften des bürgerlichen Staates müssen die Kommunistinnen die Grundsätze und die Taktik ihrer Partei streng einhalten. Ihre Hauptaufgabe darf und kann nicht sein, Reformen innerhalb der bürgerlichen Ordnung zu erreichen, sondern die Lage und die Forderungen der werktätigen Frauen dazu auszunutzen, die Frauen für die Verwirklichung ihrer Forderungen und die Wahrung ihrer Interessen auf den Weg des revolutionären Kampfes, auf den Weg des Kampfes zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur zu verweisen.

Die Kommissionen sollen in engstem Kontakt mit den Parlaments- und Gemeindefraktionen stehen und über alle die Frauen betreffenden Anträge etc. gemeinsam beraten.

Die Kommissionen müssen den Frauen die Rückständigkeit und Unzweckmäßigkeit der getrennten häuslichen Wirtschaft, die Unvollkommenheit der kapitalistischen Erziehungsmethode begreiflich machen und die Aufmerksamkeit der Arbeiterinnen auf die praktischen Fragen der Verbesserung des Haushalts der Arbeiter lenken, die von der Partei aufgestellt und unterstützt werden. Die Kommissionen müssen alles daran setzen, die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften für die kommunistische Partei zu gewinnen, zu welchem Zwecke von der Gewerkschaftsfraktion eigene Organisatoren für die Arbeit unter den Frauen aufzustellen sind, die unter der Leitung der Partei und der örtlichen Sektionen zu arbeiten haben.

Die Frauenagitationskommissionen haben ihre Propaganda auch darauf zu richten, daß die proletarischen Frauen in den Genossenschaften versuchen, die Idee des Kommunismus zu verbreiten und durch Eindringen in die Leitung Einfluß auf die Führung der Genossenschaften zu gewinnen, da diese Organisationen als Verteilungsorgane während und nach der Revolution von größter Bedeutung sind.

Die gesamte Arbeit der Kommissionen muß die Entwicklung der revolutionären Aktivität der Massen, die die soziale Revolution beschleunigt, zum Ziele haben.

In den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern (Osten)

Die kommunistischen Parteien müssen in den Ländern mit gering entwickelter Industrie gemeinsam mit den Frauensektionen die Anerkennung der Gleichstellung der Frau sowohl in den Rechten, als in den Pflichten von seiten der Partei, der Gewerkschaften und der anderen Organisationen der werktätigen Klasse

zu erringen versuchen.

Die Sektionen der Kommission müssen einen energischen Kampf gegen alle Vorurteile, Sitten und religiösen Gebräuche, die auf die Frau einwirken, führen, wobei sich ihre Agitation auch auf die Männer zu erstrecken hat.

Die kommunistische Partei und ihre Sektionen der Kommissionen müssen das Prinzip der Gleichberechtigung der Frau in bezug auf Kindererziehung, auf Familienverhältnisse und auf das öffentliche Leben aufstellen.

Die Sektionen müssen sich unter den vom Kapital ausgebeuteten Arbeiterinnen des Kleingewerbes, der Reis-, Baumwoll- und anderen Plantagen eine Stütze suchen, und überall dort, wo es möglich ist (in erster Linie unter den Völkern des Ostens, die auf dem Territorium Sowjetrußlands leben), die Entstehung von Arbeiterwerkstätten, Kooperativindustrien fördern und auch die Einbeziehung der Plantagenarbeiterinnen in die Gewerkschaften zu erreichen suchen.

Die Hebung des allgemeinen kulturellen Niveaus der Bevölkerung ist das beste Kampfmittel gegen die Rückständigkeit des Landes und gegen religiöse Vorurteile. Die Kommissionen müssen die Entwicklung der Schulen für Erwachsene und Kinder zu heben suchen; in diese Schulen müssen sich die Frauen Zutritt verschaffen. In den kapitalistischen Ländern müssen die Kommissionen unmittelbar gegen den, bürgerlichen Einfluß der Schule agitieren.

Wo es nur möglich ist, müssen die Frauensektionen oder Kommissionen ihre Agitation im Hause ausnützen; es müssen Klubs für die Arbeiterinnen eingerichtet werden, die gerade auf die rückständigsten Elemente unter den Frauen einwirken sollen. Die Klubs sollen kulturelle Aufklärungszentren sein und in praktischer Weise zeigen, was die Frau durch ihre Selbstbetätigung (Einrichtung von Kinderheimen, Kindergärten, Schulen usw.) für die Befreiung erreichen kann.

Für Nomadenvölker sind transportable Klubs einzurichten.

In den Sowjetländern sollen die Sektionen gemeinsam mit der Partei zum Übergang von der vorkapitalistischen Wirtschaftsform zur gemeinsamen Produktionsweise beitragen und die Arbeiterinnen durch die praktische Erfahrung davon überzeugen,



Nadeshda Krupskaja: Mitbegründerin der Bolschewistischen Partei

daß die Hauswirtschaft und die früheren Familienverhältnisse sie knechten, während die gemeinsame Arbeit sie befreit.

In Sowjetrußland sollen die Frauensektionen, die unter den Völkern des Ostens arbeiten, dafür sorgen, daß die Sowjetgesetzgebung, die die Frau rechtlich mit dem Manne gleichstellt und die Interessen der Frau schützt, auch tatsächlich eingehalten wird. Deshalb sollen die Sektionen die Aufstellung von Frauen als Richter und Geschworene in den Volksgerichten unterstützen.

Die Sektionen müssen die Frauen zu den Sowjetwahlen heranziehen und bestrebt sein, dahin zu wirken, daß Frauen Mitglieder der Räte und Vollzugskomitees werden. Die Arbeit unter den Proletarierinnen des Ostens muß auf der Grundlage des Klassenprinzips ausgeführt werden.

Es ist die Aufgabe der Sektionen, die Frauen über die Nutzlosigkeit der Anstrengungen der Feministinnen bezüglich der Lösung der Frauenfrage aufzuklären.

In den Sowjetländern des Ostens sind die intellektuellen weiblichen Kräfte (z. B. Lehrerinnen) zu Aufklärungsarbeiten heranzuziehen.

Die Sektionen oder Kommissionen müssen jeden taktisch nicht richtigen und groben Ausfall gegen den religiösen Glauben oder die nationale Tradition auf das energischste vermeiden, aber doch auf das bestimmteste gegen den Einfluß des Nationalismus und der Religion ankämpfen.

Sowohl im Westen wie im Osten darf sich die Organisation der Arbeiterinnen nicht um den Schutz der nationalen Interessen gruppieren, sondern um das Organ der Vereinigung des internationalen Proletariats beider Geschlechter und um die einheitlichen Klassenaufgaben. Da die Arbeit bei den Frauen des Ostens von besonderer Wichtigkeit ist, so wird eine besondere Instruktion der Thesen folgen, die die Richtlinien der Arbeit bei den Frauen des Ostens der K. P. feststellt, indem sie die eigenartigen Verhältnisse des Lebens der Ostvölker berücksichtigt.

Agitations- und Propagandamethoden

Um die Hauptaufgaben der Sektionen — die kommunistische Erziehung der breiten Massen der Proletarierinnen — erfüllen und dadurch die Reihen der kommunistischen Kämpfer stärken zu können, ist es notwendig, daß sich alle kommunistischen Parteien des Westens und des Ostens das Grundprinzip der Arbeit unter den Frauen „Agitation und Propaganda durch die Tat“ zu eigen machen.

Unter Agitation durch die Tat ist vor allem die Fähigkeit zu verstehen, die Selbstbetätigung der Arbeiterin zu wecken, ihr Vertrauen in die eigenen Kräfte zu stärken und durch ihre Heranziehung zur praktischen Arbeit auf dem Gebiete des Aufbaus oder des Kampfes sie zur Überzeugung zu bringen, daß jeder Erfolg der kommunistischen Partei, jede Aktion, die sich gegen die kapitalistische Ausbeutung richtet, einen Schritt zur Erleichterung der Lage der Frau bedeutet. Von der Praxis und Aktion — zur Erkenntnis der Ideale des Kommunismus und der theoretischen Prinzipien desselben. Das ist die Methode, mit welcher die kommunistischen Parteien und ihre Sektionen an die breiten Massen der Arbeiterinnen herantreten sollen.

Sofern die Sektionen nicht nur Organe der Propaganda des Wortes, sondern solche der Tat sein sollen, müssen sie sich auf die kommunistischen Zellen innerhalb der Betriebe und Werkstätten stützen und dafür Sorge tragen, daß jede kommunistische Zelle einen Organisator zur Arbeit unter den Frauen der Betriebe beordnet.

Die Sektionen müssen sich durch ihre Vertreter oder Organisatoren mit den Gewerkschaften in Verbindung setzen, die von der Gewerkschaftsfraktion beigelegt werden und ihre Arbeit unter der Leitung der Sektionen leisten.

Propaganda der Idee des Kommunismus durch die Tat bedeutet in Sowjetrußland soviel wie Heranziehung der Arbeiterinnen. Bäuerinnen, Hausfrauen und weiblichen Angestellten zu allen Gebieten des Sowjetaufbaus, angefangen von der Armee und Miliz bis zu den Gebieten der Befreiung der Frau (Organisationen der gesellschaftlichen Verpflegung, der sozialen Erziehungs-

gsinstitutionen, des Mutterschutzes usw.) Besonders wichtig ist im gegenwärtigen Augenblick die Heranziehung der Arbeiterinnen zu allen Arbeiten auf dem Gebiete der Wiederherstellung der Volkswirtschaft.

In den kapitalistischen Ländern bedeutet Propaganda durch die Tat soviel, wie Heranziehung der Arbeiterinnen zur Teilnahme an Streiks, Demonstrationen und Aufständen, die den revolutionären Willen und das revolutionäre Bewußtsein festigen und stärken; aber auch soviel, wie Heranziehung der Arbeiterinnen zu allen Arten von Parteiarbeiten, von illegaler Arbeit (besonders auf dem Gebiete des Verbindungsdienstes), die Organisation von Subotniki oder Woskresniki (komm. Sonntags- und Sonntagsarbeit), durch die die sympathisierenden Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten lernen, durch freiwillige Arbeit der Partei nützlich zu sein.

Auch das Prinzip der Heranziehung der Frauen zu allen politischen, ökonomischen oder kulturell aufklärenden Kampagnen, die von der kommunistischen Partei eingeleitet werden, dienen dem Ziele der Propaganda durch die Tat. Die arbeitenden Frauenorgane der kommunistischen Parteien müssen ihre Betätigung ausdehnen auf immer weitere Kreise der ausgebeuteten und sozial geknechteten Frauen der kapitalistischen Länder, den Geist der unfreien oder durch die Überbleibsel der alten Ordnung gefesselten Frauen in den Sowjetstaaten. Sie haben an alle Nöte und Übel, an alle Interessen und Forderungen anzuknüpfen, die den Frauen zeigen, daß der Kapitalismus als ihr Todfeind niedrigerungen, daß dem Kommunismus als ihrem Befreier das Tor weit geöffnet werden muß.

Zur Durchführung ihrer planmäßigen. Agitations- und Propagandaarbeit durch das gesprochene Wort organisieren die Frauenkommissionen Betriebswerkstätten und Volksversammlungen, wie öffentliche Versammlungen für die Arbeiterinnen, die weiblichen Angestellten und Beamten, sei es einzelner Berufe oder Bezirke, sei es im allgemeinen, öffentliche Frauen- und Hausfrauenversammlungen usw. Sie lassen agitierende und organisierende Vertreterinnen in die kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsräte, in alle arbeitenden, verwaltenden, kontrollierenden und leitenden Organe der Sowjetordnung wählen, kurz, in alle Organisationen, die in den kapitalistischen Ländern der Revolutionierung der ausgebeuteten und unterdrückten Massen und ihrem Kampf um die Eroberung der politischen Macht nutzbar gemacht werden müssen, die in Sowjetstaaten der Verteidigung der proletarischen Diktatur, der Verwirklichung des Kommunismus dienen. Sie delegieren erfahrene Kommunistinnen als Arbeiterinnen oder Angestellte in Betriebe und Unternehmungen, in denen viele Frauen berufstätig sind; sie siedeln solche Genossinnen in großen proletarischen Bezirken und Zentren an, so wie es in Sowjetrußland erfolgreiche Praxis ist. Wie die arbeitenden Frauenorgane der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands die außerordentlich wertvollen parteilosen Delegiertenversammlungen und Delegiertenkonferenzen veranstalten, so haben die kommunistischen Frauenausschüsse in den kapitalistischen Ländern öffentliche Versammlungen von Arbeiterinnen, weiblichen Berufstätigen jeder Art, Bäuerinnen, Hausfrauen einzuberufen, die zu bestimmten Nöten und Forderungen der Versammelten Stellung nehmen und Ausschüsse ad hoc wählen, die in steter Verbindung mit ihren Auftraggeberinnen und den kommunistischen Frauenorganen die aufgerollte Frage weiter behandeln. Sie schicken Diskussionsrednerinnen in gegnerische Veranstaltungen. Die Propaganda und Agitation durch Versammlungen und ähnliche Veranstaltungen muß durch eine dauernde regelmäßige Hausagitation ergänzt werden. Jede mit derselben beauftragte Kommunistin sollte nicht mehr als 10 Frauen in ihrer Häuslichkeit aufsuchen, müßte das aber mindestens einmal regelmäßig in der Woche und bei jeder wichtigen Betätigung der kommunistischen Parteien, der proletarischen Massen tun.

Die arbeitenden Frauenorgane der kommunistischen Parteien sind beauftragt, zur Durchführung ihrer Agitations-, Organisations- und Erziehungsarbeit mittels geschriebenen Wortes in jedem Lande auf das Erscheinen eines kommunistischen Zentralfrauenblattes hinzuwirken, das Erscheinen von Frauen-

seiten oder Frauentribünen in der kommunistischen Presse zu sichern wie auch von Artikeln und Beiträgen in den politischen und gewerkschaftlichen Blättern, die Redakteurinnen dieser Veröffentlichungen zu stellen und Mitarbeiterinnen für sie aus den Reihen der berufstätigen und kämpfenden Frauen zu gewinnen und zu erziehen. Sie müssen eine geeignete, einfache, erweckende und sammelnde Flugblatt- und Broschürenliteratur schaffen und verbreiten.

Die Kommissionen haben auf die eifrigste Ausnutzung aller Bildungseinrichtungen und Bildungsmittel der kommunistischen Parteien durch die weiblichen Mitglieder hinzuwirken. Sie müssen zur Klärung und Vertiefung der Erkenntnis und der Stärkung des Willens der noch rückständigen und verschüchterten organisierten Kommunistinnen und erwachender werktätiger Frauen diese zu den allgemeinen Parteikursen und Diskussionen heranziehen und nur dort, wo es zweckmäßiger ist, eigene Bildungsinstitutionen in Gestalt von Lese- und Diskussionsabenden, Kursen, Vortragsreihen schaffen.

Damit der Solidaritätsgeist zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern gestärkt wird, ist es wünschenswert, keine separaten Kurse und Schulen, sondern in jeder Parteschule einen obligatorischen Kursus über die Methoden der Arbeit unter den Frauen einzurichten.

Die Kommission soll das Recht haben, eine Anzahl von ihren Mitgliedern zur Parteschule zu delegieren.

Struktur der Sektionen

Frauenagitationskommissionen werden bei jedem örtlichen Parteikomitee, bei den Bezirks- (Gebiets-)Parteikomitees und bei dem Zentralkomitee der Partei gegründet. Die Zahl der Mitglieder der Kommissionen wird nach den Bedürfnissen jedes Landes geregelt. Auch die Zahl der bezahlten Mitarbeiter wird von der Partei festgelegt. Die Leiterin der Frauenagitationskommission im Reiche in den Bezirks- und Ortsgruppen, hat Sitz und Stimme in der Zentrale, in den Bezirks- und Ortsleitungen der Partei. Die Leiterin der F.A.K. ist gleichzeitig Mitglied der örtlichen Parteileitung. In den Fällen, wo dies nicht zutrifft, wohnt die Leiterin der F. A. K. allen Sitzungen des Komitees bei, und zwar in allen Fragen, die die Frauensektion betreffen mit beschlußfähiger Stimme, in allen übrigen Fragen mit beratender Stimme.

Zu den Obliegenheiten der Bezirkskommissionen oder der Gouvernementskommissionen gehören außer den oben angeführten allgemeinen Aufgaben der Sektionen noch folgende Funktionen: die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Frauenagitationskommissionen des gegebenen Bezirks mit der Bezirksleitung, das Sammeln von Material über die Tätigkeit der Sektion oder der Kommissionen des gegebenen Bezirks (Gebiets); die Sorge dafür, daß die Ortskommissionen das Material austauschen; die Versorgung des Bezirks (Gouvernements) mit Literatur, die Verteilung der Agitationskräfte in den Bezirken (Gebieten); die Mobilisierung der Parteikräfte für die Arbeit unter den Frauen; die Einberufung (mindestens zweimal jährlich) von Bezirks- (Gouvernements-) Konferenzen der Kommunistinnen, die die Kommissionen vertreten (Vertretungsnorm eine bis zwei von jeder Sektion, Bäuerinnen und Hausfrauen des gegebenen Bezirks, Gouvernements).

Bezirks- (Gouvernements-) F. A. K. bestehen aus 5-7 Mitgliedern.

Die Mitglieder der Kommissionen werden vom Gouvernement oder vom Vorsteher des Kreisvorstandes auf Vorschlag der Kommissionsleiterin bestätigt. Die Leiterin und alle übrigen Mitglieder der Kreis- und Gouvernementskommission werden auf der Parteikonferenz des Kreises oder des Gouvernements gewählt.

Die Mitglieder der Bezirks- (Gouvernements-) und der Ortskommissionen werden auf der städtischen, der Kreis- oder Bezirks- (Gouvernements-) Konferenz gewählt oder von der entsprechenden Kommission nach Übereinkommen mit dem Parteikomitee ernannt. Die Zentralkommission für Arbeit unter den Frauen besteht aus 2-5 Mitgliedern» von denen mindestens eine von der Partei bezahlt wird.

Außer den Funktionen, die oben für die Bezirks- (Gouvernements-) Kommissionen angeführt sind, hat die Zentralkommission (Frauenreichskomitee) folgendes durchzuführen: die Überwachung der Arbeit der Kommissionen, Leitung und Verteilung der Kräfte, die unter den Frauen arbeiten; Überwachung der Bedingungen und der Entwicklung der Frauenarbeit, wobei die Forderungen betreffs der Rechtslage und der wirtschaftlichen Lage der Frau in Erwägung zu ziehen sind; Beteiligung der Vertreter und Bevollmächtigten der Zentralkommission an den speziellen Kommissionen, die die Fragen der Verbesserung oder Veränderung der Lebensweise der Arbeiterklasse, des Arbeitsschutzes, des Kinderschutzes usw. ausarbeiten; die Herausgabe des Zentral- und Frauenblattes und die Schriftleitung der Zeitschriften und Frauenseiten der Arbeiterinnen; Einberufung (mindestens einmal jährlich) der Vertreterinnen aller Bezirke (Gouvernementssektionen); Organisation von Agitationskreisen der Instrukteure für Arbeit unter den Frauen im ganzen Lande; Überwachung der Heranziehung der Arbeiterinnen und der Beteiligung aller Kommissionen bei den verschiedenen politischen und ökonomischen Kampagnen und Aktionen der Partei; Aufrechterhaltung der ständigen Verbindung mit dem Internationale Sekretariat der Kommunistinnen; die alljährliche Durchführung des internationalen Frauentages.

Ist der Leiter der Frauensektion des Zentralkomitees nicht Mitglied des Zentralkomitees, so hat er das Recht, allen Sitzungen des Zentralkomitees beizuwohnen, und zwar in allen Fragen, die die Sektion betreffen, mit beschlußfähiger Stimme, in allen übrigen Fragen aber mit beratender Stimme. Die Vorsitzende der Kommission wird vom Zentralkomitee der Partei ernannt oder vom allgemeinen Parteikongreß gewählt. Die Beschlüsse und Verfügungen aller Kommissionen müssen vom zuständigen Parteikomitee bestätigt werden.

Über die Arbeit im internationalen Maßstabe

Die Leitung der Arbeit der kommunistischen Parteien aller Länder, der Zusammenschluß der Arbeiterinnen und die Lösung der von der Kommunistischen Internationale gestellten Aufgaben und die Einbeziehung der Arbeiterinnen aller Länder und Völker in den revolutionären Kampf um die Macht der Räte und die Diktatur der Arbeiterklasse im Weltmaßstabe, das sind die Aufgaben, die dem Internationalen Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale obliegen. Die Zahl der Mitglieder der Zentralkommission und die Zahl der beschlußfähigen Mitglieder wird vom Z.K. der Partei festgelegt. ■

Revolutionäre Frauenzeitung!



RevolutionärIN

Zeitung des REVOLUTIONÄREN FRAUENKOLLEKTIVS von LSR & REVOLUTION, Nr. 1, März 10



Publikationen der Liga der Sozialistischen Revolution und der Liga für die 5. Internationale



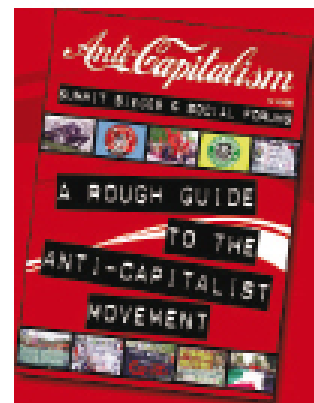
BROSCHÜREN und ZEITUNGEN DER LSR



Buch über Globalisierung, Antikapitalismus und Krieg



Programm der Liga für die Fünfte Internationale



Broschüre über die antikapitalistische Bewegung (englisch)



REVOLUTIONÄRER MARXISMUS - Deutschsprachiges theoretisches Journal der Liga für die Fünfte Internationale